

**PAPERS**

**JOCHEN WEICHOLD**

**ZUR SITUATION  
DER GRÜNEN  
IM HERBST 2014**

**JOCHEN WEICHOLD**

**ZUR SITUATION DER *GRÜNEN*  
IM HERBST 2014**

**REIHE PAPERS  
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Zum Autor:**

Dr. JOCHEN WEICHOLD ist freier Politikwissenschaftler.

**IMPRESSUM**

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
und erscheint unregelmäßig

V. i. S . d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-0916 • Redaktionsschluss: November 2014

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

## Inhalt

Einleitung	5
Wahlergebnisse der <i>Grünen</i> bei Europa- und bei Bundestagswahlen	7
Ursachen für die Niederlage der <i>Grünen</i> bei der Bundestagswahl 2013	11
Wählerwanderungen von und zu den <i>Grünen</i> bei Europa- und bei Bundestagswahlen	16
Wahlergebnisse der <i>Grünen</i> bei Landtags- und bei Kommunalwahlen	18
Zur Sozialstruktur der Wähler der <i>Grünen</i>	24
Mitgliederentwicklung der <i>Grünen</i>	32
Zur Sozialstruktur der Mitglieder der <i>Grünen</i>	34
Politische Positionen der Partei <i>Bündnis 90/Die Grünen</i>	36
Haltung der <i>Grünen</i> zu aktuellen Fragen	46
Innerparteiliche Differenzierungsprozesse bei den <i>Grünen</i>	48
Ausblick: Schwarz-Grün auf Bundesebene?	54
<b>Anhang</b>	58
Zusammensetzung des Bundesvorstandes der <i>Grünen</i> (seit Oktober 2013)	58
Zusammensetzung des Parteirates der <i>Grünen</i> (seit Oktober 2013)	58
Abgeordnete der <i>Grünen</i> im Deutschen Bundestag im Ergebnis der Bundestagswahl 2013	59
Abgeordnete der <i>Grünen</i> im Europäischen Parlament im Ergebnis der Europawahl 2014	61
Wählerwanderungen von bzw. zu den <i>Grünen</i> bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009	62

Wählerwanderungen von bzw. zu den <i>Grünen</i> bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009	62
Wählerwanderungen von bzw. zu den <i>Grünen</i> bei der Landtagswahl in Thüringen 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009	63
Zur Sozialstruktur der Grün-Wähler bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2014	63
<b>Anmerkungen</b>	65

## Einleitung

Die Partei *Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)* stellt zwar mit 63 Abgeordneten die kleinste Fraktion im Deutschen Bundestag. Sie ist aber in allen Landesparlamenten vertreten, ist an sieben der 16 Landesregierungen der Bundesrepublik Deutschland beteiligt und stellt in Baden-Württemberg mit Winfried Kretschmann den Ministerpräsidenten (siehe Grafik 1).<sup>1</sup> Damit kann sie über den Bundesrat durch Initiativen oder durch Blockaden die Bundespolitik weit stärker beeinflussen als die Partei DIE LINKE, die mit 64 Abgeordneten die größte Oppositionsfraktion im Bundestag stellt, aber lediglich an einer Landesregierung beteiligt ist.<sup>2</sup>

### Grafik 1: Grüne Regierungsbeteiligungen



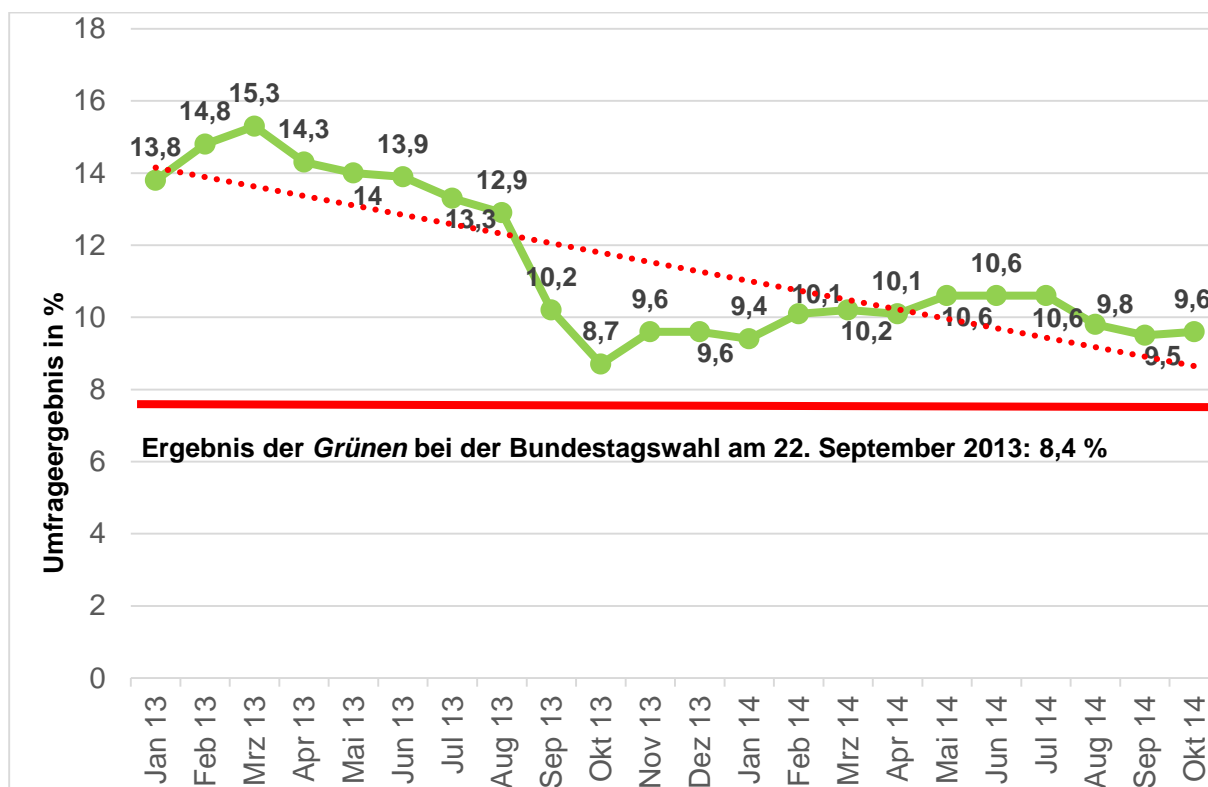
Darüber hinaus sind *Die Grünen* auch personell an der Bundesregierung beteiligt: Das *Grünen*-Mitglied Rainer Baake wurde von Wirtschafts- und Energieminister Siegmund Gabriel als beamteter Staatssekretär in sein Ministerium geholt.<sup>3</sup> Der einstige Vorsitzende des Verbraucherzentrale Bundesverbands (VZBV), Gerd Billen, Mitglied der *Grünen*, ist beamteter Staatssekretär im sozialdemokratisch geleiteten Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Der frühere Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, der 2003 vom damaligen grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin zum Abteilungsleiter Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) berufen wurde, ist

beamteter Staatssekretär im nunmehr SPD-geführten Bundesumweltministerium.<sup>4</sup> Schließlich wurde Michael Schroeren, langjähriger Sprecher der *Grünen*-Fraktion im Bundestag, Ende 2013 von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zum Pressesprecher des BMUB berufen.<sup>5</sup>

Dazu kommt, dass die Umweltpartei dort, wo sie an Landesregierungen beteiligt ist, Zugriff auf die dort vorhandene Fachkompetenz hat. Zwar nicht direkt, aber doch mittelbar kann sie diese Kompetenz für ihre Fraktionsarbeit im Deutschen Bundestag und für ihre generelle politische Arbeit nutzen.<sup>6</sup>

Die neue Fraktionsführung der *Grünen* im Bundestag mit der frommen Katrin Göring-Eckardt und dem waldschratigen Anton Hofreiter hatte eine konstruktive Opposition angekündigt. „Ich persönlich halte es nicht für zielführend“, erklärte Hofreiter, „alles, was die Bundesregierung tut, per se für falsch zu erklären.“<sup>7</sup> In der Sache mag das sicher richtig sein. Doch die Kehrseite ist eine verminderte Wahrnehmbarkeit im medialen hauptstädtischen Politikbetrieb, die sich in gewisser Weise auch in den Ergebnissen der sogenannten Sonntagsfrage spiegelt (siehe Grafik 2).

**Grafik 2: Ergebnisse der Sonntagsfrage für Die Grünen seit Anfang 2013<sup>8</sup>**



Das moderate Auftreten von Göring-Eckardt und Hofreiter unterscheidet sich deutlich vom aggressiven Stil ihrer Vorgänger Renate Künast und Jürgen Trittin, die als starke Fraktionsführung auch innerparteilich ein erhebliches politisches Gewicht verkörperten. „Bei den Grünen haben sich die Machtverhältnisse verschoben“, stellte schon im

Frühjahr 2014 der SPIEGEL-Journalist Dirk Kurbjuweit fest. „In den Zeiten Fischers und Trittins dominierten die Bundespolitiker. Nun fehlt in Berlin die starke Figur, und die Landesverbände sitzen in sieben Regierungen, stellen sogar einen Ministerpräsidenten, Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg. Mit diesem Selbstbewusstsein wird auf das Zentrum geschaut.“<sup>9</sup> Dazu kommt, dass auch die neue Parteivorsitzende Simone Peter – verglichen mit ihrer Vorgängerin Claudia Roth – farblos wirkt. Der frühere *Grünen*-Parteichef Ludger Volmer ätzte Anfang Juni 2014 im „FOCUS Magazin“, es wimmele auf der Bundesebene der Öko-Partei von „guten braven Fachpolitikern“: „Gesellschaftspolitische Generalisten und Strategen wurden abgedrängt.“<sup>10</sup> Zum Zeitpunkt der Europawahl 2014 meinten denn auch 81 Prozent der befragten Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der *Grünen*: „Ihnen fehlt überzeugendes Führungspersonal.“<sup>11</sup>

Kein Wunder, dass aus den Kreisen der Landespolitiker die Kritik laut wird, *Die Grünen* würden auf der bundespolitischen Ebene in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit eine zu geringe Rolle spielen, sie würden praktisch „untergehen“. Vor allem Göring-Eckardt und Hofreiter wird „rhetorische Tatenlosigkeit“ vorgeworfen.<sup>12</sup> Hofreiter hatte versprochen, der Bundestagsmannschaft eine gewisse Unverwechselbarkeit zu garantieren „mit seiner kumpeligen Art, der bayerisch-deftigen Sprache und der aus der Zeit gefallenen Langhaarfrisur“, schrieb die „taz“ Ende Juni 2014. „Doch der Bayer blieb blass, seine erste große Rede im Bundestag wirkte ungeübt, der Neue kassierte zunehmend Spott und Dresche.“<sup>13</sup> Die SPIEGEL-Journalistin Nicola Abé hieb in die gleiche Kerbe: Hofreiter sei seit Oktober 2013 Chef der *Grünen* im Bundestag. Doch: „Knapp ein Jahr später kennen viele Deutsche bestenfalls seine Frisur.“<sup>14</sup>

Und Göring-Eckardt, höhnte Kurbjuweit, gelinge „keine Formulierung, die haften bleibt“<sup>15</sup> Eine Opposition habe aber die Pflicht, die Schwächen der Regierung bloßzustellen und eigene Rezepte dagegenzusetzen.<sup>16</sup> Und in der Tat: Nur dann wird eine Opposition in der Öffentlichkeit auch wahrgenommen.

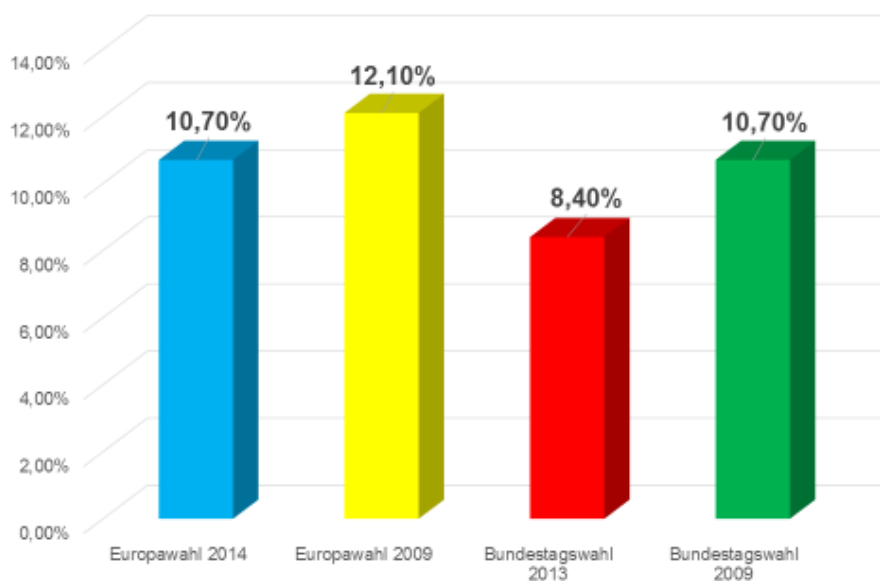
## **Wahlergebnisse der *Grünen* bei Europa- und bei Bundestagswahlen**

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichten *Die Grünen* lediglich 8,4 Prozent der Zweitstimmen, 2,3 Prozent weniger als bei der Bundestagswahl 2009. In den alten Bundesländern (einschließlich Berlin-West) schnitten sie mit 9,2 Prozent deutlich besser ab als in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) mit 5,1 Prozent.<sup>17</sup> 2009 hatten sie in den alten Bundesländern noch 11,5 Prozent der Wählerstimmen eingefahren, in den neuen Bundesländern 6,8 Prozent.<sup>18</sup> *Die Grünen* erhielten 2013 insgesamt 63 Mandate im Deutschen Bundestag (- 5), darunter ein Direkt-Mandat. Wie bereits 2009, 2005 und 2002 konnte Hans Christian Ströbele den Wahlkreis 84 Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost erobern. Er erzielte 39,9 Prozent der Erststimmen (2009: 46,7 Prozent).<sup>19</sup>

Auch bei der Europawahl 2014 mussten *Die Grünen* gegenüber der Europawahl 2009 Verluste hinnehmen und erzielten 10,7 Prozent der Stimmen (- 1,4 Prozent). Wie bei vorangegangenen Wahlen schnitten *Die Grünen* in den alten Bundesländern deutlich



**Grafik 3: Wahlergebnisse der Grünen bei der Europawahl 2014 und bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich mit der jeweils vorangegangenen Wahl<sup>20</sup>**



2

besser ab als in den neuen Bundesländern. 2014 konnten sie in den alten Bundesländern 11,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen, in den neuen Bundesländern dagegen nur 6,4 Prozent.<sup>21</sup> Bei der Europawahl 2009 hatten *Die Grünen* in Westdeutschland noch 12,9 Prozent der Wählerstimmen geholt, in Ostdeutschland 9,1 Prozent.<sup>22</sup> Die Zahl der Mandate der *Grünen* im Europäischen Parlament (EP) verringerte

**Tabelle 1: Wahlergebnisse der Grünen bei der Europawahl 2014 und bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich mit der jeweils vorangegangenen Wahl<sup>23</sup>**

	Europa- wahl 2014	Europa- wahl 2009	Bundes- tagswahl 2013	Bundes- tagswahl 2009
Stimmenanteil in %	10,7	12,1	8,4	10,7
Differenz zur vorangegan- genen Wahl in %	- 1,4	+ 0,2	- 2,3	+ 2,6
Stimmen <sup>24</sup>	3.139.274	3.194.509	3.694.057	4.643.272
Differenz zur vorangegan- genen Wahl	- 55.235	+ 114.781	- 949.215	+ 804.946
Mandate	11	14	63	68
Differenz zur vorangegan- genen Wahl	- 3	+ 1	- 5	+ 17

**Tabelle 2: Wahlergebnisse der Grünen nach Bundesländern<sup>25</sup>**

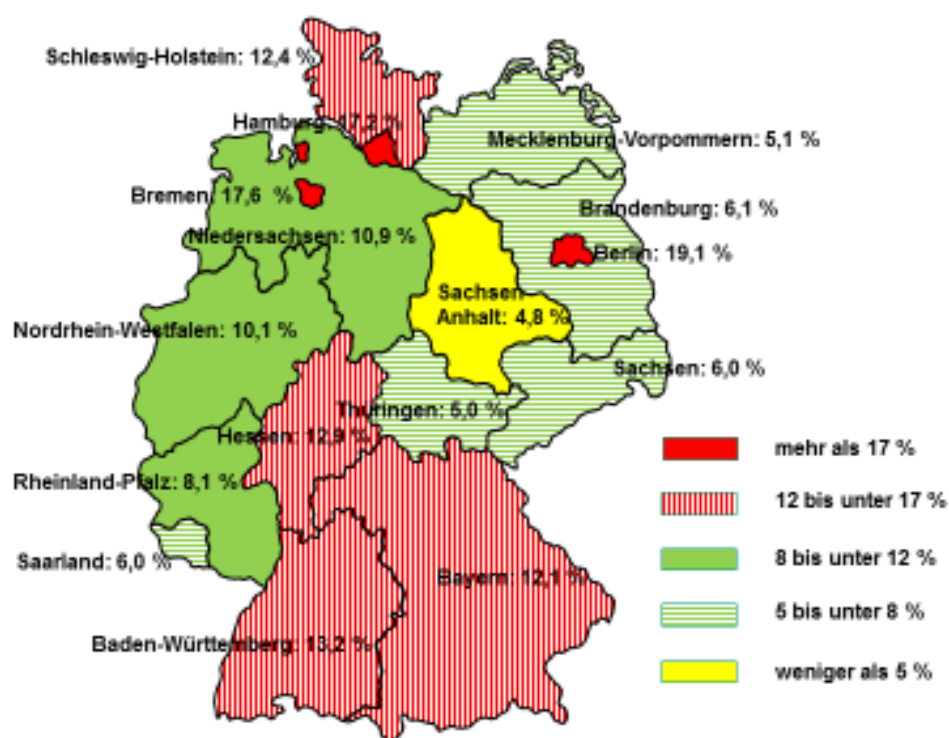
Bundesland	Europa- wahl 2014 (Stimmen in %)	Europa- wahl 2009 (Stimmen in %)	Differenz zwischen den Europa- wahlen 2014 und 2009 (in %)	Bundes- tagswahl 2013 (Zweit- stimmen in %)	Bundes- tagswahl 2009 (Zweit- stimmen in %)	Differenz zwischen den Bundes- tags- wahlen 2013 und 2009 (in %)
Baden- Württemberg	13,2	15,0	- 1,8	11,0	13,8	- 2,8
Bayern	12,1	11,5	+ 0,6	8,4	10,8	- 2,4
Berlin	19,1	23,8	- 4,7	12,3	17,3	- 5,0
Brandenburg	6,1	8,4	- 2,3	4,7	6,3	- 1,4
Bremen	17,6	22,1	- 4,5	12,1	15,4	- 3,3
Hamburg	17,2	20,5	- 3,3	12,7	15,7	- 3,0
Hessen	12,9	15,0	- 2,1	9,9	12,0	- 2,1
Mecklenburg- Vorpommern	5,1	5,5	- 0,4	4,3	5,5	- 1,2
Niedersachsen	10,9	12,5	- 1,6	8,8	10,7	- 1,9
Nordrhein- Westfalen	10,1	12,5	- 2,4	8,0	10,1	- 2,1
Rheinland-Pfalz	8,1	9,5	- 1,4	7,6	9,6	- 2,0
Saarland	6,0	7,7	- 1,7	5,7	6,8	- 1,1
Sachsen	6,0	6,7	- 0,7	4,9	6,7	- 1,8
Sachsen-Anhalt	4,8	5,4	- 0,6	4,0	5,2	- 1,2
Schleswig- Holstein	12,4	13,5	- 1,1	9,4	12,7	- 3,3
Thüringen	5,0	5,8	- 0,8	4,9	6,0	- 1,1
<b>Deutschland</b>	<b>10,7</b>	<b>12,1</b>	<b>- 1,4</b>	<b>8,4</b>	<b>10,7</b>	<b>- 2,3</b>

sich im Ergebnis der Wahl 2014 von 14 um 3 auf 11 Sitze. Gegenüber der Bundestagswahl 2013 konnte sich die Öko-Partei jedoch deutlich stabilisieren (siehe Grafik 3 und Tabelle 1).

Die aus früheren Wahlen bekannten regionalen Schwerpunkte hatten auch bei der Bundestagswahl 2013 Bestand, auch wenn *Die Grünen* hier wie anderswo deutliche Verluste hinnehmen mussten. Neben den Stadtstaaten Hamburg (12,7 Prozent), Berlin

(12,3 Prozent) und Bremen (12,1 Prozent) gehörten hierzu Baden-Württemberg (11,0 Prozent) und Hessen (9,9 Prozent), durchweg Bundesländer mit modernen, für *Die Grünen* günstigen Strukturen – mit einem hohen Urbanisierungsgrad, mit Wählerinnen und Wählern mit einem überdurchschnittlich hohen formalen Bildungsgrad und mit einem großen Gewicht des Dienstleistungssektors.<sup>26</sup> Ein ungünstiges Terrain für *Die Grünen* bieten offensichtlich die ostdeutschen Flächenländer und das Saarland. In Sachsen-Anhalt kamen sie lediglich auf 4,0 Prozent der Stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern auf 4,3 Prozent, in Brandenburg auf 4,7 Prozent sowie in Sachsen und Thüringen jeweils auf 4,9 Prozent (siehe Tabelle 2).

**Grafik 4: Wahlergebnisse der Grünen bei der Europawahl 2014 nach Bundesländern (Stimmen in Prozent)**



Das gleiche Bild – wenn auch mit leicht veränderter Reihenfolge – bietet die Europawahl 2014. Auf die Stadtstaaten Berlin (19,1 Prozent), Bremen (17,6 Prozent) und Hamburg (17,2 Prozent) folgen Baden-Württemberg (13,2 Prozent) und Hessen (12,9 Prozent). Am schlechtesten schnitten *Die Grünen* auch bei dieser Wahl in den ostdeutschen Flächenländern und im Saarland ab. In Sachsen-Anhalt blieben sie mit 4,8 Prozent unter der Fünf-Prozent-Marke (siehe Grafik 4).

Das Durchschnittsalter der grünen Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages liegt mit 46,8 Jahren unter demjenigen der Mandatsträger der anderen Parteien. Mit

35 weiblichen zu 28 männlichen Abgeordneten weist die Fraktion der *Grünen* den (nach der LINKEN) zweithöchsten Frauenanteil auf (55,6 Prozent).<sup>27</sup> Sieben Abgeordnete der *Grünen* haben einen Migrationshintergrund. Das ist mit 11,1 Prozent der höchste Anteil unter allen Bundestagsparteien.<sup>28</sup>

Im Frühsommer 2013 lagen *Die Grünen* in den Umfragewerten noch bei 15 Prozent. Sie galten über ihre Stammwählerschaft hinaus auch in neuen bürgerlichen sozialen Schichten, die sie bei vergangenen Bundestagswahlen bis dahin nicht erreicht hatten, als wählbar. Sie wurden aber vor allem im letzten Monat des Wahlkampfes auf das Niveau ihrer Stammwählerschaft zurückgeworfen (siehe Grafik 5).<sup>29</sup>

Nach wie vor verbinden die Wählerinnen und Wähler mit den *Grünen* insbesondere das Umweltthema (und ökologisch durchbuchstabierte Politikbereiche wie die Energiepolitik) als deren Kernkompetenz. In diesem Sinne waren bei der Bundestagswahl 2013, bei der die Partei insgesamt 8,4 Prozent der Zweitstimmen erzielte, 35 Prozent der Befragten der Meinung, *Die Grünen* könnten die Probleme der „Energie“ am besten lösen – ein Wert, der weit vor allen anderen Parteien lag. Dagegen rangierte die Öko-Partei bei den Themen „Wirtschaft“, „Arbeitsplätze“ oder „Rente“ unter „ferner liefern“.<sup>30</sup> Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der Wahltagbefragung durch die Forschungsgruppe Wahlen bei der Landtagswahl in Hessen, die zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfand und bei der *Die Grünen* insgesamt 11,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Auch hier lag die Umweltpartei beim Thema „Energie“ mit 39 Prozent in der Parteienkompetenz weit vor ihren Konkurrenten. Beim Thema „Verkehr“ konnte sie überdurchschnittliche 15 Prozent der Befragten von ihrer Kompetenz überzeugen. Bei den Themen „Familie“ und „Schule/Bildung“ kam sie auf leicht unterdurchschnittliche 10 bzw. 9 Prozent, bei „Wirtschaft“ und „Arbeitsplätzen“ rangierte sie jedoch weit hinter den anderen Landtagsparteien.<sup>31</sup>

## **Ursachen für die Niederlage der *Grünen* bei der Bundestagswahl 2013**

Wesentliche Ursachen für die Wahlniederlage der *Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 und für das Verpuffen ihres demoskopischen Höhenflugs besonders in den letzten Wochen vor der Wahl dürften folgende gewesen sein:

- Wie die anderen Parteien im linken Spektrum litten *Die Grünen* unter einer fehlenden Wechselstimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Verglichen mit den Bundestagswahlen von 2005 und 2009 sank der Stimmenanteil für SPD, LINKE und *Grüne* zusammen von 51 über 46 auf 43 Prozent.<sup>32</sup> Der Spitzenkandidat der *Grünen*, Jürgen Trittin, erklärte dazu: „Wir müssen feststellen, dass es in Deutschland eine konservative Mehrheit gibt. Union, FDP und AfD haben mehr als 50 Prozent der Wähler für sich mobilisieren können.“ Diese Stimmung im Land habe die grüne Partei nicht erkannt.<sup>33</sup>
- Der demoskopische Höhenflug der *Grünen* in der der Bundestagswahl 2013 vorangegangenen Legislaturperiode fußte auf einer erfolgreichen Ansprache

bürgerlicher Wählerschichten, die *Die Grünen* bis dahin in der Vergangenheit nicht erreichen konnten. Die Öko-Partei vermochte sowohl den Ängsten im Kontext der Atom-Katastrophe von Fukushima als auch den „Wutbürgern“ von Stuttgart 21 einen adäquaten Ausdruck zu verleihen. „Diesem erfolgreichen Vorstoß in bisher für die Grünen nicht erreichbare Wählerschichten lief die dezidiert linke programmatische Profilierung im Wahlkampf entgegen“<sup>34</sup>, stellen die Wahlforscher Matthias Jung, Yvonne Schroth und Andrea Wolf fest.<sup>35</sup> Letztlich gelang es den *Grünen* nicht, den Spagat zwischen bisherigen Stammwählern und neuen Wählerschichten zu bewältigen.<sup>36</sup>

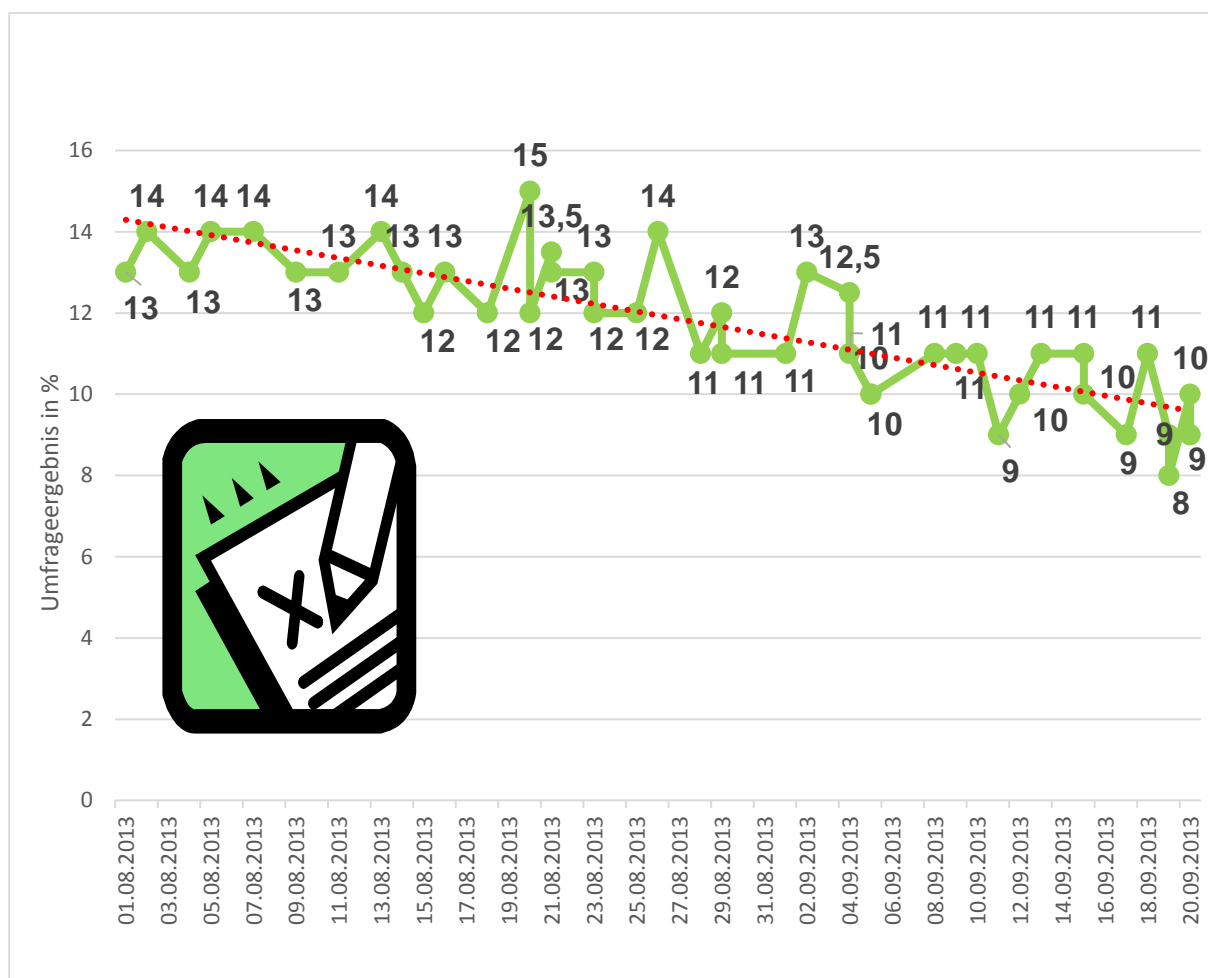
- Statt des Klimawandels, der Energiewende und der Ökologie-Problematik insgesamt gerieten – von der Parteispitze eher ungewollt – andere Themen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Insbesondere die Frage der Steuererhöhungen hat potentielle *Grün*-Wähler aus besser verdienenden Schichten verängstigt. In der Wahltagbefragung von Infratest dimap fanden 68 Prozent der Wähler, dass *Die Grünen* mit ihren Steuerplänen die Wähler verschreckt hätten.<sup>37</sup> *Die Grünen* vermochten nicht deutlich zu machen, dass zum Beispiel der von ihnen verlangte höhere Spitzensteuersatz lediglich sieben Prozent der Einkommenssteuerzahler und die von ihnen geforderte Vermögensabgabe aufgrund der hohen Freibeträge, die vorgesehen waren, nur das reichste eine Prozent der Bevölkerung zur Kasse gebeten hätten. Es entstand vielmehr der Eindruck, die Steuerpläne würden die Mehrheit der Bevölkerung treffen. Rückblickend sagte die Bundestagsabgeordnete Lisa Paus, die zum linken Parteiflügel gehört: „Da ist im Wahlkampf einiges schief gelaufen, unsere Entlastungsbotschaft für kleine und mittlere Einkommen ist überhaupt nicht angekommen.“<sup>38</sup>
- Der deutsch-französische *Grünen*-Politiker Daniel Cohn-Bendit hat in diesem Kontext die deutschen *Grünen* nicht zu Unrecht kritisiert, sie hätten einen „technokratischen Wahlkampf“ gemacht. Die Partei habe allen Wählern haarklein vorgerechnet, wie das perfekte Steuersystem, die perfekte Gesetzgebung, das perfekte Abgabensystem auszusehen haben. „Aber die Herzen hat sie nicht erreicht, sie hat keine Vision von einer grünen Gesellschaft vermittelt.“<sup>39</sup>
- *Die Grünen* vermochten es auch nicht, ihre eigene Klientel von ihrem Steuerkonzept in seiner Gesamtheit zu überzeugen. Die Politikwissenschaftler Joachim Raschke und Ralf Tils schrieben in einer Wahlanalyse, dass die Anhänger der *Grünen* in der Frage der Erhöhung der Erbschaftssteuer gespalten gewesen seien und dass ein Abschmelzen des Ehegattensplittings von ihnen kritisch gesehen wurde. Vor allem habe sich aber die schwer absehbare Kumulation von Steuern und die Grauzone der Betroffenheit als Belastung für grüne Mittelschichten dargestellt.<sup>40</sup> Jürgen Trittin äußerte auf die Interview-Frage, ob die von führenden *Grünen* im Bundestagswahlkampf aufgestellte Behauptung, die *Grün*-Wähler seien so weit, dass sie ein Programm mittragen, das sie finanziell belastet, richtig gewesen sei: „Das war im Einzelnen richtig, aber in der Summe falsch. [...] Ein höherer Spitzensteuersatz war für die meisten noch okay. [...]

Aber die Abschaffung des Ehegattensplittings, das wollten viele nicht mehr mittragen.<sup>41</sup> Peter Siller, einer der Vordenker der *Grünen*, kritisierte im Herbst 2013, die Führungsriege der Partei hätte „unter Einbeziehung der geforderten Abschaffung des Ehegattensplittings merken müssen, dass in der Addition der Bogen überspannt wird“.<sup>42</sup>

- Der Atomausstieg spielte nach der doppelten Wende der Union in dieser Frage zum ersten Mal in einem grünen Wahlkampf keine Rolle mehr. Damit war den *Grünen* ein einfaches, identitätsstiftendes Großthema abhandengekommen, für das sie keinen Ersatz fanden. „Die Energiewende erwies sich als zu komplex und drohte stets auf Fragen von Strompreis und Managementfehlern reduziert zu werden“<sup>43</sup>, analysieren die Politikwissenschaftler Joachim Raschke und Ralf Tils. Auch die Problematik des Klimawandels und andere Fragen der Ökologie boten offensichtlich keinen Stoff für einfache, zündende Botschaften an den Wähler oder zur Identifikation von Gegnerschaften, von denen die Öko-Partei hätte profitieren können. Der damalige Landeschef der *Grünen* in Hessen, Tarek Al-Wazir, konstatierte unmittelbar nach der Wahl, „dass viele unserer Wahlziele von den Menschen eher als Bedrohung und nicht als Chance wahrgenommen wurden“<sup>44</sup>. Den *Grünen* fehlte, wie der Linkspartei, ein neuer „strategischer Hebel“<sup>45</sup>, nachdem ihre Kernforderung (der Atomausstieg) von der politischen Konkurrenz aufgegriffen wurde.
- Die frühe Festlegung der Parteispitze auf eine rot-grüne Koalition hat sich als kontraproduktiv erwiesen, da die Partei als grüne Kraft nicht mehr ausreichend erkennbar gewesen war und sich vor allem im Wahlkampf damit zu keiner Zeit eine Machtoption verbunden hat. Jürgen Trittin stellte rückblickend fest: „Wir hatten keine Machtoption, nirgends.“<sup>46</sup> Die *Grünen* folgten der SPD geradezu sklavisch im Ausschließen einer irgendwie gearteten Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE auf Bundesebene. Der Grüne Robert Habeck, Energieminister in Schleswig-Holstein, sagte kurz nach der Wahl: „Wir haben zwar nichts formal ausgeschlossen, uns aber faktisch bei der SPD eingeschlossen.“<sup>47</sup>
- Nicht zuletzt haben sich einige Wirtschaftsverbände im Bundestagswahlkampf gegen *Die Grünen* und ihre Inhalte entschieden und für Schwarz-Gelb positioniert. Diese Kräfte fuhren harte Kampagnen insbesondere gegen die Steuerpläne der Partei<sup>48</sup> und gegen die Bürgerversicherung. Jürgen Trittin hatte bereits im Juli 2013 in einem SPIEGEL-Beitrag eine „rechte Apo“, eine rechte außerparlamentarische Opposition, ausgemacht, die gegen einen rot-grünen Wechsel kämpfte.<sup>49</sup> Sie reichte von der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, die sich nett als „Familienunternehmer“ vermarktet, über den „Stahldialog 2013“, neoliberale Think Tanks und konservative Meinungseliten bis zum Freien Verband Deutscher Zahnärzte, der seine Bataillone gegen die grüne Bürgerversicherung in Stellung brachte. Bereits auf dem Wahlprogramm-Parteitag der *Grünen* im April 2013 verteilten Betriebsräte der Privaten Krankenversicherung (PKV) vor der Tagungshalle Flugblätter und Aufkleber gegen die Bürgerversicherung.

- Die Veggie-Day-Debatte hat den *Grünen* das Image der „Verbotspartei“ beschert, die mit einer Politik des erhobenen Zeigefingers agiert und die Bürgerinnen und Bürger bevormunden will. Die Grünen-Politikerin Renate Künast erklärte später selbstkritisch: „So, wie wir den ‚Veggie-Day‘ im Wahlkampf kommuniziert haben, war er letztlich ein Angebot an die Gegenseite, die Grünen zu desavouieren.“<sup>50</sup> Dagegen gelang es nicht, *Die Grünen* als „Partei der Vielfalt und der solidarischen Freiheit“, als die sie sich selbst vermarktet, erscheinen zu lassen. Die Delegierte Manuela Rottmann vom Kreisverband Frankfurt am Main brachte das auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der *Grünen* im Oktober 2013 in Berlin auf den Punkt: „Wir sind eine Klugscheißer-Partei geworden.“<sup>51</sup>

**Grafik 5: Umfrageergebnisse für Die Grünen im August und September 2013 vor der Bundestagswahl<sup>52</sup>**



- Insbesondere die Pädophilie-Debatte um Beschlüsse der Partei dazu aus den Anfangsjahren hat den *Grünen* in der letzten Phase des Bundestagswahlkampfes geschadet. Durch die zu lange Ausblendung dieses „dunklen Kapitels“ und ihre zögerliche Aufarbeitung dieses Themas geriet die Partei in die Defensive. Die langjährige Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke analysierte, dass diese

gegnerische Kampagne *Die Grünen* in den letzten Wochen vor der Wahl von zweistelligen Werten in den Meinungsumfragen in die Einstelligkeit gedrückt habe (siehe Grafik 5). Zudem sei niemandem in der Bundesgeschäftsstelle bekannt gewesen, was dazu in den frühen Programmen der Partei gestanden habe.<sup>53</sup> Die Pädophilie-Debatte raubte den *Grünen* den Nimbus der Gutbürgerlichkeit, auf den sie gerade bei den neu erschlossenen bürgerlichen Schichten angewiesen waren.

- *Die Grünen* sind selbst nach Meinung eines Teils ihrer eigenen Mitglieder als Oppositionspartei im Bundestag „zu staatstragend“ aufgetreten, in dem sie den Regierungskurs beim Atomausstieg, bei den europäischen Rettungspaketen und beim Fiskalpakt mitgetragen haben. Sie haben sich als „Regierungspartei im Wartestand“ verhalten und sich nicht wie früher als freche, frische und aufmüpfige Oppositionspartei präsentiert.
- Nicht zuletzt gab es Störfeuer aus den eigenen Reihen. Indem Winfried Kretschmann im Wahlkampf von den *Grünen* „Maß und Mitte“ insbesondere in der Steuerpolitik gefordert hatte, bescheinigte er dem grünen Wahlprogramm Maßlosigkeit. Eine solche Kritik am Steuerkonzept der Partei, die Kretschmann unmittelbar vor dem Wahlprogramm-Parteitag der Öko-Partei im April 2013 öffentlichkeitswirksam in Interviews geäußert hatte<sup>54</sup> und bei der ihm andere Hard-Core-Realos wie der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer assistierten, lieferte frühzeitig die Stichworte für die Kampagne der Wirtschaftsverbände gegen *Die Grünen*. „Beides – die Reduktion auf das Thema Steuern und die Steilvorlagen für den politischen Gegner – wurde durch grüninterne Auseinandersetzungen rund um die April-BDK initialisiert“<sup>55</sup>, stellte der Berliner Landesvorsitzende der *Grünen*, Daniel Wesener, fest. In diesem Kontext warnte er, die Energiewende sei heute eben nicht mehr ein grünes Gewinnerthema per se. Ihre Kosten seien nicht nur Gegenstand der politischen und der Fachdebatte, sondern würden die Menschen in ihrem Alltag beschäftigen. „Wenn die grüne Energiewende gesellschaftlich mehrheitsfähig sein soll, dürfen wir ihre soziale und ökonomische Dimension nicht ausblenden.“<sup>56</sup>
- Schließlich war die Werbekampagne der Partei gründlich missglückt. Die Plakate auf den ökologisch korrekten Pappen der Firma Pappwelle erwiesen sich als nicht wetterfest. Das Logo in Gestalt einer *weißen* Sonnenblume wurde von den Wählerinnen und Wählern nicht mit der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* identifiziert. Die Frage „Und Du?“ wurde als erhobener Zeigefinger interpretiert, und viele der grünen Wähler möchten nicht mit „Du“ angesprochen werden.

Der auf dem Leitantrag des Bundesvorstandes fußende Beschluss der BDK der *Grünen* im Oktober 2013 in Berlin „Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft“ spiegelte diese Analyse der Ursachen der Wahlniederlage der *Grünen* zu einem großen Teil wider. „Wir haben die Änderungsbereitschaft von großen Teilen der Ge-



sellschaft überschätzt“<sup>57</sup>, räumten *Die Grünen* ein. Insbesondere hinsichtlich der steuerpolitischen Vorschläge konstatierten sie, dass der angesprochenen Wählerklientel „die verschiedenen Maßnahmen in der Gesamtschau zu viel auf einmal erschienen“<sup>58</sup>.

Zur Frage künftiger Koalitionen beschloss der Berliner Parteitag, dass *Die Grünen* grundsätzlich bereit seien, „mit allen demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten, wenn die inhaltlichen Schnittmengen tragen“<sup>59</sup>. Es dürfe nicht wieder vorkommen, wird dann betont, „dass Gespräche mit den Linken an der Befindlichkeit einer in sich unklaren SPD scheitern“<sup>60</sup>. Und: „Andere Koalitionsoptionen müssen grundsätzlich möglich sein – sei es Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Grün.“<sup>61</sup>

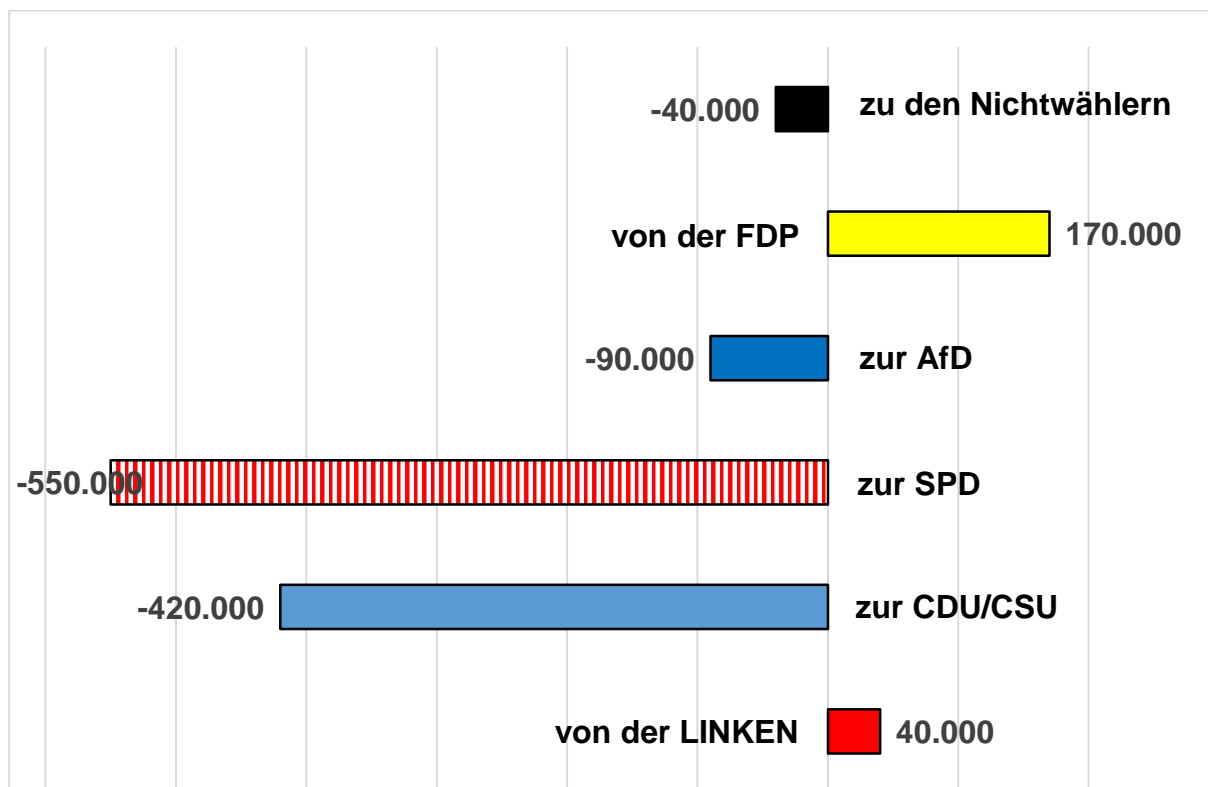
### **Wählerwanderungen von und zu den *Grünen* bei Europa- und bei Bundestagswahlen**

Bei der Bundestagswahl 2013 verloren *Die Grünen* vor allem an die SPD und an die CDU/CSU. 550.000 Wählerinnen und Wähler wechselten per Saldo zur SPD, 420.000 zur CDU/CSU und 90.000 zur Alternative für Deutschland (AfD). 170.000 Stimmen konnten *Die Grünen* von der FDP und 40.000 von der LINKEN holen (Siehe Tabelle 3 und Grafik 6).

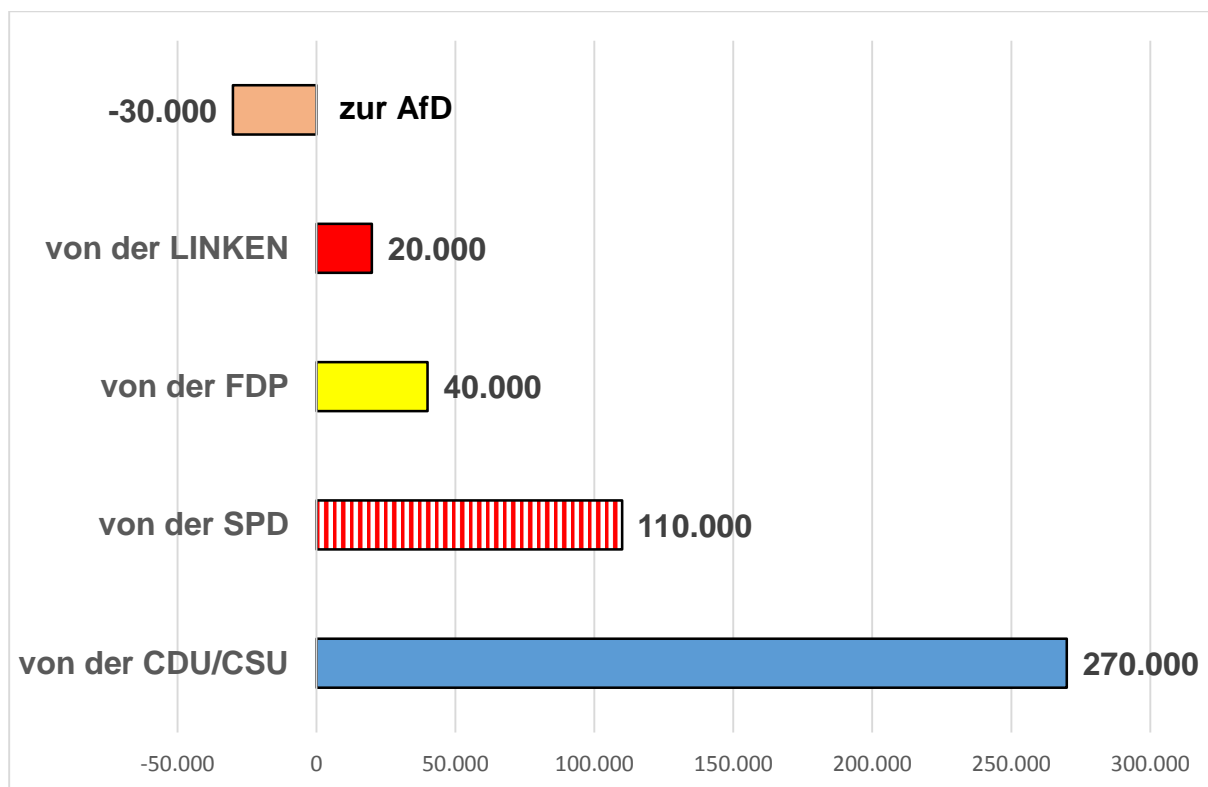
**Tabelle 3: Wählerwanderungen von bzw. zu den *Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 gegenüber der Bundestagswahl 2009<sup>62</sup>**

<b>Partei</b>	<b>von der Partei ... zu den Grünen</b>	<b>von den Grünen zur Partei ...</b>	<b>Gewinne bzw. Verluste der Grünen 2013 zu 2009 per Saldo</b>
CDU/CSU	140.000	560.000	- 420.000
SPD	440.000	990.000	- 550.000
FDP	190.000	20.000	+ 170.000
DIE LINKE	240.000	200.000	+ 40.000
AfD	-	90.000	- 90.000
Andere	60.000	170.000	- 110.000
<i>Nichtwähler</i>	<i>200.000</i>	<i>240.000</i>	<i>- 40.000</i>
<i>Zugezogene</i>	<i>10.000</i>	-	<i>+ 10.000</i>
<i>Gestorbene</i>	-	<i>150.000</i>	<i>- 150.000</i>

**Grafik 6: Wählerwanderungen von bzw. zu den Grünen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl<sup>63</sup>**



**Grafik 7: Wählerwanderungen von bzw. zu den Grünen bei der Europawahl 2014 im Vergleich mit der Bundestagswahl 2013<sup>64</sup>**



*Die Grünen* gewannen bei der Europawahl 2014 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 rund 270.000 Stimmen von der Union und 110.000 von der SPD. Sie konnten damit einen Teil der Wähler, die sie bei der Bundestagswahl 2013 an Union und SPD verloren hatten, zurückgewinnen. Erneut konnten *Die Grünen* Wählerinnen und Wähler von FDP und LINKE gewinnen: 40.000 von der FDP und 20.000 von der LINKEN. Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 zusammengenommen waren das per Saldo 210.000 Wählerinnen und Wähler von der FDP und 60.000 von der LINKEN. Wie bei der Bundestagswahl 2013 verloren *Die Grünen* hingegen Wählerinnen und Wähler an die AfD. Dieses Mal mussten sie 30.000 Stimmen an die AfD abgeben (Siehe Grafik 7). Bei beiden Wahlen zusammen büßten sie 120.000 Wählerinnen und Wähler an die AfD ein. Bei der Europawahl 2009 hatten *Die Grünen* (gegenüber der Bundestagswahl 2005) 650.000 Wähler von der SPD, 30.000 Wähler von der CDU/CSU und 40.000 Wähler von der LINKEN für sich mobilisieren können.<sup>65</sup>

Bei Wahlen zum Europäischen Parlament gelingt es den *Grünen* nach wie vor sehr gut, ihre Anhänger zu mobilisieren. Bei der Europawahl 2014 betrug der Anteil der absoluten Stimmen für *Die Grünen* 85,0 Prozent der Zweitstimmen, die sie bei der Bundestagswahl 2013 auf sich ziehen konnten. Bei der Europawahl 2009 betrug der Anteil der absoluten Stimmen für *Die Grünen* 83,2 Prozent der Zweitstimmen, die sie bei der Bundestagswahl 2005 auf sich vereinigen konnten.<sup>66</sup>

## **Wahlergebnisse der *Grünen* bei Landtags- und bei Kommunalwahlen**

Die Ergebnisse der *Grünen* bei Landtags- und Bürgerschaftswahlen weisen nur hinsichtlich der Resultate beim Vergleich West- zu Ostdeutschland das gleiche regionale Muster auf wie bei Bundestags- und Europawahlen. Die Ergebnisse, die *Die Grünen* bei derartigen Wahlen in Ostdeutschland erzielen konnten, bleiben deutlich hinter denjenigen in Westdeutschland zurück. Nur die Wahlergebnisse im Saarland ähneln denen in Ostdeutschland. In Westdeutschland selbst erreichten *Die Grünen* insbesondere nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima besonders herausragende Werte: in

**Tabelle 4: Ergebnisse der *Grünen* bei Landtags- und Bürgerschaftswahlen<sup>67</sup>**

Bundesland	letzte Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl			vorhergehende Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl		
	Datum	Stimmen in %	Sitze	Datum	Stimmen in %	Sitze
Baden-Württemberg	März 2011	24,2	36	März 2006	11,7	17

Bundesland	letzte Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl			vorhergehende Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl		
	Datum	Stimmen in %	Sitze	Datum	Stimmen in %	Sitze
Bayern	September 2013	8,6	18	September 2008	9,4	19
Berlin <sup>68</sup>	September 2011	17,6	29	September 2006	13,1	23
Brandenburg	September 2014	6,2	6	September 2009	5,7	5
Bremen	Mai 2011	22,5	21	Mai 2007	16,5	14
Hamburg	Februar 2011	11,2	14	Februar 2008	9,6	12
Hessen	September 2013	11,1	14	Januar 2009	13,7	17
Mecklenburg-Vorpommern	September 2011	8,7	7	September 2006	3,4	-
Niedersachsen	Januar 2013	13,7	20	Januar 2008	8,0	12
Nordrhein-Westfalen	Mai 2012	11,3	29	Mai 2010	12,1	23
Rheinland-Pfalz	März 2011	15,4	18	März 2006	4,6	-
Saarland	März 2012	5,0	2	August 2009	5,9	3
Sachsen	August 2014	5,7	8	August 2009	6,4	9
Sachsen-Anhalt	März 2011	7,1	9	März 2006	3,6	-
Schleswig-Holstein	Mai 2012	13,2	10	September 2009	12,4	12
Thüringen	September 2014	5,7	6	August 2009	6,2	6

Baden-Württemberg 24,2 Prozent, in Bremen 22,5 Prozent, in Berlin 17,6 Prozent und in Rheinland-Pfalz, wo die Öko-Partei in der Vergangenheit stets relativ schwach abschnitt, 15,4 Prozent (siehe Tabelle 4).

Bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen am 31. August 2014 und in Brandenburg und Thüringen am 14. September 2014 mussten *Die Grünen* gegenüber den vorangegangenen Landtagswahlen in diesen ostdeutschen Flächenländern zwar deutliche Verluste an absoluten Stimmen hinnehmen. Trotzdem gelang ihnen aber der Wiedereinzug in die drei Landtage. Während die Öko-Partei in Sachsen und Thüringen auch prozentual Stimmenanteile einbüßte, konnte sie in Brandenburg in dieser Hinsicht leicht zulegen (siehe Tabelle 5).

**Tabelle 5: Ergebnisse der Grünen bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2014<sup>69</sup>**

	Landtagswahlen in Brandenburg	Landtagswahlen in Sachsen	Landtagswahlen in Thüringen
Stimmenanteil 2014 in %	6,2	5,7	5,7
Zweitstimmenanteil 2009 in %	5,7	6,4	6,2
Differenz zwischen der Wahl 2014 und der Wahl 2009 in %	0,5	- 0,7	- 0,5
Zweitstimmen 2014 absolut	60.762	93.852	53.395
Zweitstimmen 2009 absolut	78.550	114.963	64.912
Differenz zwischen der Wahl 2014 und der Wahl 2009 (Stimmen absolut)	- 17.788	- 21.111	- 11.517
Mandate 2014	6	8	6
Mandate 2009	5	9	6
Differenz zwischen der Wahl 2014 und der Wahl 2009	1	- 1	± 0

In Sachsen büßten *Die Grünen* absolut fast ein Fünftel ihrer Stimmen von 2009 ein. Sie verloren vor allem Wählerinnen und Wähler an die SPD (7.000), DIE LINKE (6.000) und die AfD (3.000), während sie insbesondere 3.000 ehemalige FDP-Wählerinnen und -Wähler auf ihrem Haben-Konto verbuchen konnten (siehe Grafik im Anhang).<sup>70</sup> Auch in Thüringen ging fast ein Fünftel der Grün-Wählerinnen und -Wähler von 2009 von der Parteifahne. *Die Grünen* gewannen hier zwar Wählerinnen und Wähler von der SPD (5.000), verloren aber vor allem an LINKE (4.000) und Nichtwähler (4.000) (siehe Grafik im Anhang).<sup>71</sup> In Brandenburg verloren *Die Grünen* sogar mehr als ein

Fünftel ihrer Wählerinnen und Wähler von 2009. Sie gaben vor allem Stimmen an DIE LINKE (3.000) und die CDU (2.000) und insbesondere an die Nichtwähler (7.000) ab, gewannen aber Wählerinnen und Wähler von der SPD (2.000) und von der FDP (2.000) (siehe Grafik im Anhang).<sup>72</sup>



### Plakate der *Grünen* zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg

Im Landtagswahlkampf 2014 in Brandenburg setzten *Die Grünen* voll auf die Kompetenz, die ihnen von den Wählerinnen und Wählern attestiert wird: die Ökologie. Sie führten einen Zweitstimmen-Wahlkampf und verwendeten entsprechende Sachthemen-Plakate (mit den Stichworten: Naturschutz, Braunkohle, Massentierhaltung, Fluglärm u. ä.) und nur ein einziges Personen-Plakat mit den beiden Spitzen-Kandidat/innen Ursula Nonnemacher und Axel Vogel, auf dem der Hinweis „Zweitstimme: GRÜN“

prangte (siehe Plakat-Serie). Als Teil der Proteste gegen den Braunkohletagebau Welzow-Süd konnten *Die Grünen* ihre Kernwählerschaft mobilisieren.<sup>73</sup> Eine Machtoption hatte die Partei aber zu keiner Zeit.

In Sachsen richteten *Die Grünen* ihren Wahlkampf unter dem Motto „Von Natur aus grün“ auf die Themen Energiewende, Massentierhaltung, Verkehrspolitik, Überwachung, Rechtspopulismus und Bildungspolitik aus.<sup>74</sup> Sie berücksichtigten dabei vor allem, dass ihnen 47 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Sachsen Kompetenz in Sachen Umweltpolitik zuschrieben.<sup>75</sup> Hinsichtlich der Koalitionsoptionen zeigte sich die Öko-Partei sowohl für eine schwarz-grüne wie für eine rot-grün-rote Koalition offen, wobei ihre Spitzenkandidatin Antje Hermenau aus ihrer Vorliebe für Schwarz-Grün keinen Hehl machte.<sup>76</sup>

In Thüringen hielten sich *Die Grünen* im Wahlkampf sowohl eine schwarz-grüne Koalitionsoption als auch eine rot-grün-rote Koalitionsoption offen. Mit dem Verzicht auf eine klare Positionierung für eins der möglichen Koalitionsmodelle gab die Öko-Partei jedoch die Formulierung eines Gestaltungsanspruches für ein solches Bündnis und die Darstellung ihrer politischen Funktion nach außen preis.<sup>77</sup> Inhaltlich setzten *Die Grünen* vor allem auf die ihnen zugeschriebene Kompetenz in Sachen Ökologie (Schutz der Umwelt, Energiewende, Beendigung der Massentierhaltung) und in der Bildungspolitik.<sup>78</sup>

Hochburgen der sächsischen *Grünen* waren Wahlkreise in Dresden und Leipzig (Leipzig 5 – WK 31: 16,1 %; Leipzig 4 – WK 30: 15,9 %; Leipzig 2 – WK 28: 15,1 %; Dresden 1 – WK 41: 15,0 %; Dresden 5 – WK 45: 12,4 %).<sup>79</sup> In Brandenburg erzielten *Die Grünen* ihre besten Ergebnisse in Potsdam und Umgebung (Potsdam I – WK 21: 19,2 %; Potsdam-Mittelmark IV – WK 20: 13,8 %; Havelland II – WK 06: 13,6 %; Potsdam-Mittelmark III/Potsdam III – WK 19: 11,3 %; Oberhavel II – WK 08: 10,6 %).<sup>80</sup> Während die Öko-Partei im Berliner Umland insgesamt auf 9 Prozent der Stimmen kam, erzielte sie im restlichen Brandenburg nur 4 Prozent.<sup>81</sup> Die Hochburgen der thüringischen *Grünen* lagen in Jena, Weimar und Erfurt, wo sie rund zweimal so viele Stimmenanteile erreichen konnten als im Landesdurchschnitt (Jena I – WK 037: 15,3 %; Weimar II – WK 032: 14,4 %; Erfurt III – WK 026: 13,3 %; Jena II – WK 038: 11,4 %; Erfurt II – WK 025: 11,1 %).<sup>82</sup> Damit bestätigte sich auch bei diesen drei Landtagswahlen, dass die Öko-Partei besonders gut in Großstädten und in Universitäts- und Hochschulorten abschneidet (siehe unten).

*Die Grünen* sind auf der kommunalen Ebene gut verankert – Basis ihres Standings auf Landes- und Bundesebene. Selbst im tiefschwarzen Bayern stellen sie nach den Kommunalwahlen vom März 2014 zwei Landräte und 14 Bürgermeister.<sup>83</sup> Allerdings bleiben die Ergebnisse, die *Die Grünen* bei Kommunalwahlen in Ostdeutschland erzielen konnten, wie bei Landtagswahlen deutlich hinter denjenigen in Westdeutschland zurück. Nur die Wahlergebnisse im Saarland ähneln denen in Ostdeutschland (siehe Tabelle 6). *Die Grünen* eroberten die Oberbürgermeister-Posten solch bedeutender Städte wie Stuttgart (Fritz Kuhn), Freiburg im Breisgau (Dieter Salomon), Tübingen (Boris Palmer) und Darmstadt (Jochen Partsch).<sup>84</sup> Im März 2013 stellten *Die Grünen*

bundesweit insgesamt 37 Bürgermeister, die meisten davon in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg.<sup>85</sup>

**Tabelle 6: Ergebnisse der Grünen bei Kommunalwahlen<sup>86</sup>**

Bundesland	letzte Kommunalwahl			vorhergehende Kommunalwahl		
	Datum	Stimmen in %	Bemerkungen	Datum	Stimmen in %	Bemerkungen
Baden-Württemberg	Mai 2014	9,0	Wahl der Gemeinderäte (gleichwertige Stimmen)	Juni 2009	7,5	Wahl der Gemeinderäte (gleichwertige Stimmen)
		12,4	Wahl der Kreisträte (gleichwertige Stimmen)		10,8	Wahl der Kreisträte (gleichwertige Stimmen)
Bayern	März 2014	10,2	Kreistage und kreisfreie Städte	März 2008	8,2	Kreistage und kreisfreie Städte
Brandenburg	Mai 2014	6,2		September 2008	4,7	
Hessen	März 2011	18,3	Kreise und kreisfreie Städte	März 2006	9,2	Kreise und kreisfreie Städte
Mecklenburg-Vorpommern	Mai 2014	5,8	Kreistage und kreisfreie Städte	September 2011	5,0	Kreistage und kreisfreie Städte
Niedersachsen	September 2011	14,3		September 2006	7,8	
Nordrhein-Westfalen	Mai 2014	11,7		August 2009	12,0	
Rheinland-Pfalz	Mai 2014	9,5	Kreise und kreisfreie Städte	Juni 2009	8,1	Kreise und kreisfreie Städte
Saarland	Mai 2014	6,1	Kreistagswahlen	Juni 2009	6,5	Kreistagswahlen
Sachsen	Mai 2014	5,8		Juni 2009	5,0	
Sachsen-Anhalt	Mai 2014	5,5	Kreise und kreisfreie Städte	2007/2009	4,3	Kreise und kreisfreie Städte
Schleswig-Holstein	Mai 2013	13,7		Mai 2008	10,3	
Thüringen	Mai 2014	5,0	Kreise und kreisfreie Städte	Juni 2009	4,5	Kreise und kreisfreie Städte



## Zur Sozialstruktur der Wähler der *Grünen*

Der typische Grün-Wähler ist urban geprägt, verfügt über eine höhere formale Bildung und steht als Beamter, Selbständiger oder Angestellter im Berufsleben. Die Wählerinnen und Wähler der *Grünen* sind mit der Partei älter geworden. Gleichzeitig gelang es der Öko-Partei, nachwachsende Wähler-Generationen an sich zu ziehen.

Die Hochburgen der *Grünen* sind die urbanen Regionen, insbesondere Universitäts- und Hochschulorte (siehe Tabelle 7). Unter den 25 Wahlkreisen, in denen *Die Grünen* bei der Europawahl 2014 die höchsten Stimm-Ergebnisse erzielen konnten, sind 24 Universitäts- und Hochschulstädte und mit Lüchow-Dannenberg ein Kreis, in dem die Spitzenkandidatin der *Grünen* zur Europawahl, Rebecca Harms, als Aktivistin gegen den Bau des Atom-Endlagers Gorleben fest verwurzelt ist.

**Tabelle 7: Hochburgen der Grünen<sup>87</sup>**

Wahlkreis <sup>88</sup>	Europa- wahl 2014 (Stimmen in %)	Europa- wahl 2009 (Stimmen in %)	Differenz zwischen den Europa- wahlen 2014 und 2009 (in %)	Bundes- tagswahl 2013 (Zweit- stimmen in %)	Bundes- tagswahl 2009 (Zweit- stimmen in %)	Differenz zwischen den Bundes- tags- wahlen 2013 und 2009 (in %)
Berlin- Friedrichshain- Kreuzberg	33,9	43,1	- 9,2	20,8	27,4	- 6,6
Freiburg im Breisgau, Stadt	27,7	32,5	- 4,8	19,8	22,8	- 3,0
Lüchow- Dannenberg	25,6	29,9	- 4,3	14,3	18,1	- 3,8
Berlin-Mitte	24,7	29,1	- 4,4	16,8	22,0	- 5,2
Heidelberg, Stadt	23,9	28,6	- 4,7	14,8	17,6	- 2,8
Darmstadt, Stadt	22,7	27,6	- 4,9	14,2	17,1	- 2,9
Berlin-Pankow	22,4	29,4	- 7,0	14,1	19,8	- 5,7
Berlin- Tempelhof- Schöneberg	22,2	27,3	- 5,1	15,4	21,6	- 6,2
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	21,5	23,4	- 1,9	12,4	15,4	- 3,0

Wahlkreis <sup>88</sup>	Europa- wahl 2014 (Stimmen in %)	Europa- wahl 2009 (Stimmen in %)	Differenz zwischen den Europa- wahlen 2014 und 2009 (in %)	Bundes- tagswahl 2013 (Zweit- stimmen in %)	Bundes- tagswahl 2009 (Zweit- stimmen in %)	Differenz zwischen den Bundes- tags- wahlen 2013 und 2009 (in %)
Bamberg	21,0	24,6	+ 3,6	8,9	10,6	- 1,7
Berlin-Neukölln	20,9	22,9	- 2,0	13,9	17,6	- 3,7
Berlin- Charlottenburg- Wilmersdorf	20,7	26,9	- 6,2	15,4	22,1	- 6,7
Tübingen	20,4	24,2	- 3,8	14,8	19,0	- 4,2
Würzburg	19,8	20,0	- 0,2	11,7	14,4	- 2,7
Stuttgart, Lan- deshauptstadt <sup>89</sup>	19,6	24,0	- 4,4	17,5	22,0	- 4,5
München <sup>90</sup>	19,6	21,4	- 1,8	15,5	19,4	- 3,9
Karlsruhe, Stadt	19,2	21,9	- 2,7	15,0	18,4	- 3,4
Kassel, Stadt	19,2	22,7	- 3,5	12,7	14,8	- 2,1
Berlin-Steglitz- Zehlendorf	19,1	24,0	- 4,9	13,6	19,3	- 5,7
Kiel, Landes- hauptstadt	19,0	19,8	- 0,8	14,1	17,2	- 3,1
Erlangen, Stadt	18,9	19,7	- 0,8	11,5	13,4	- 1,9
Frankfurt am Main, Stadt <sup>91</sup>	18,9	23,1	- 4,2	15,4	18,3	- 2,9
Bremen, Stadt	18,8	23,6	- 4,8	13,9	17,5	- 3,6
Münster, Stadt	18,5	21,1	- 2,6	15,2	17,2	- 2,0
Köln, Stadt <sup>92</sup>	18,4	23,2	- 4,8	15,6	19,8	- 4,2

Die in der Tabelle 7 ausgewiesenen Hochburgen der *Grünen* bei der Europawahl 2014 sind weitgehend identisch mit denjenigen Wahlkreisen, in denen *Die Grünen* auch bei der Bundestagswahl 2013 ihre besten Ergebnisse erreichen konnten. Sie mussten jedoch bei beiden Wahlen gerade in ihren Hochburgen vielfach empfindliche Verluste hinnehmen. So büßten sie im Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg 6,6 Prozent der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013 und 9,2 Prozent der Stimmen bei der Europawahl 2014 jeweils gegenüber der vorangegangenen Wahl ein. Dennoch bleibt dieser Wahlkreis derjenige, in dem *Die Grünen* bei beiden Wahlen am erfolgreichsten waren.

Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten *Die Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 auch in den Wahlkreisen Hamburg-Altona (WK 19) mit 16,4 Prozent (2009: 19,2 %), Hamburg-Eimsbüttel (WK 20) mit 15,6 Prozent (18,3 %), Stadt Hannover II (WK 42) mit 15,5 Prozent (17,7 %), Köln III (WK 95) mit 14,9 Prozent (18,7 %) und München-Süd (WK 220) mit 14,0 Prozent (17,0 %).<sup>93</sup> Mit diesem Befund korrespondiert, dass *Die Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 in Großstädten mit 12 Prozent überdurchschnittlich gut abschnitten (bei einem Gesamtergebnis von 8,4 Prozent).<sup>94</sup>

Hinsichtlich der Wahlentscheidung nach dem Geschlecht werden *Die Grünen* häufiger von Frauen gewählt als von Männern. Bei der Europawahl 2014 schnitten *Die Grünen* mit 12 bzw. 13 Prozent bei Wählerinnen besser ab als bei Wählern mit 9 Prozent, und bei der Bundestagswahl 2013 konnten sie 9 bzw. 10 Prozent der Wählerinnen für sich gewinnen, aber nur 7 Prozent der Wähler (siehe Tabelle 8). Bei der Europawahl 2014 erzielten *Die Grünen* bei jungen Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahren mit 21 Prozent ein besonders gutes Ergebnis.<sup>95</sup> In der Wählerschaft der *Grünen* dominieren mit einem Anteil von 58 Prozent die Frauen gegenüber den Männern mit einem Anteil von nur 42 Prozent.<sup>96</sup>

**Tabelle 8: Zur Sozialstruktur der Grün-Wähler<sup>97</sup>**

(Angaben in Prozent)

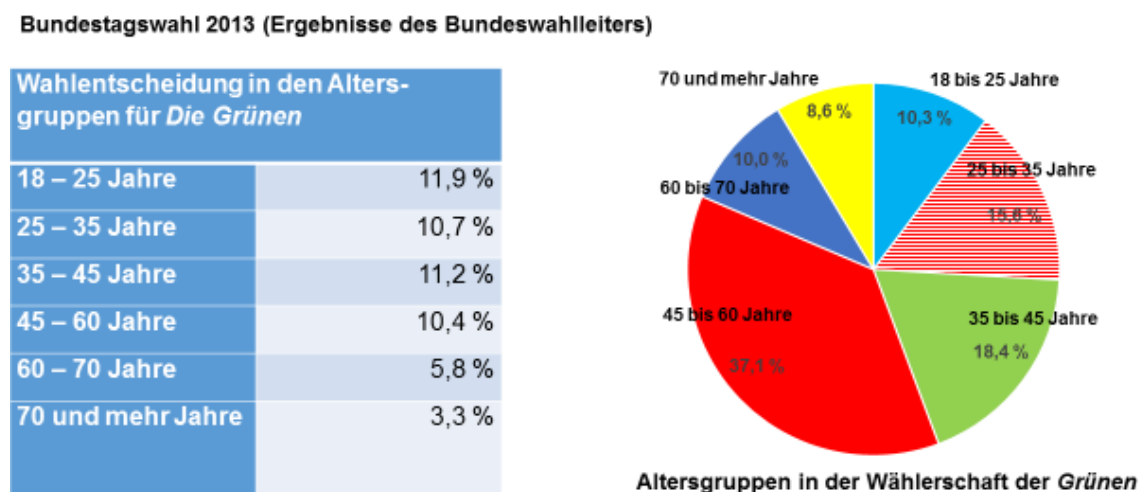
	Europa- wahl 2014	Europa- wahl 2009	Bundes- tagswahl 2013	Bundes- tagswahl 2009
Wahlergebnis (gerundet)	11	12	8	11
<b><i>Wahlentscheidung nach dem Geschlecht</i></b>				
<i>Ergebnisse von Infratest dimap:<sup>98</sup></i>				
Frauen	12	13	9	12
Männer	9	10	7	9
<i>Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen:</i>				
Frauen	13	14	10	13
Männer	9	11	7	9
<b><i>Wahlentscheidung nach dem Alter</i></b>				
<i>Ergebnisse von Infratest dimap:</i>				
18 bis 24 Jahre	18	18	11	15
25 bis 34 Jahre	16	16	10	14
35 bis 44 Jahre	15	17	11	15
45 bis 59 Jahre	14	14	10	12

	Europa- wahl 2014	Europa- wahl 2009	Bundes- tagswahl 2013	Bundes- tagswahl 2009
60 bis 69 Jahre	7	5 <sup>99</sup>	6	5 <sup>100</sup>
70 Jahre und älter	3		3	
<i>Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen:</i>				
unter 30 Jahre	17	15	10	14
30 bis 44 Jahre	14	17	10	12
45 bis 59 Jahre	14	15	10	13
60 Jahre und älter	5	5	4	6
<b>Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad</b>				
<i>Ergebnisse von Infratest dimap:</i>				
Arbeiter	7	7	4	7
Angestellte	14	16	11	14
Selbständige	15	15	11	14
Rentner	5	6	4	5
Arbeitslose	11	9	8	9
<i>Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen:</i>				
Arbeiter	6	6	5	7
Angestellte	12	14	10	12
Beamte	13	15	12	15
Selbständige	14	16	10	13
Hauptschule	4	4	4	5
Realschule	8	10	6	9
Abitur	15	18	12	16
Hochschule	19	23	15	18

Trotz Einbußen bei jüngeren Wählerinnen und Wählern gab es auch 2013 und 2014 bei den beiden Wahlen auf Bundesebene deutliche Unterschiede in der Wählerschaft der *Grünen* nach Altersgruppen. Während die Partei bei den über 60-Jährigen mit Abstand am schlechtesten abschnitt, liegen die Ergebnisse in den Alterskohorten bis 60 Jahre relativ homogen deutlich über dem Gesamtergebnis und sind bei den jüngsten Wählergruppen am besten. So wählten nach den Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen bei der Europawahl 2014 lediglich 4 Prozent der über 60-Jährigen, aber 14 Prozent der 30- bis 59-Jährigen und 17 Prozent der unter 30-Jährigen die Öko-Partei. Mit diesem Befund korrespondiert, dass bei der Europawahl 2014 das Ergebnis der *Grünen* bei den Erstwählern wie bei den Jungwählern mit jeweils 18

Prozent deutlich über dem Gesamtergebnis der Partei mit 10,7 Prozent lag.<sup>101</sup> Auch bei der Bundestagswahl 2013 gaben nach Ermittlungen von Infratest dimap 12 Prozent der Erstwähler den *Grünen* ihre Stimme (bei einem Gesamtergebnis von 8,4 Prozent).<sup>102</sup> Der Bundeswahlleiter ermittelte, dass *Die Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen mit 11,9 Prozent signifikant über ihrem durchschnittlichen Stimmenergebnis lagen (siehe Grafik 8) – ein Resultat, das in der Kontinuität der vorangegangenen Wahlen auf Bundesebene liegt. Das ist insofern für die Sicherung der künftigen Existenz der grünen Partei von Bedeutung, als „die in diesem Alter vollzogene politische Sozialisation erfahrungsgemäß über Jahrzehnte hinweg Bestand hat“<sup>103</sup>.

**Grafik 8: Wahlentscheidung in den Altersgruppen für Die Grünen und Altersgruppen in der Wählerschaft der Grünen<sup>104</sup>**



Die Tabelle zur Sozialstruktur der Grün-Wähler verdeutlicht, dass *Die Grünen* insbesondere unter den nach 1960 Geborenen über eine solide Stammwählerschaft verfügen. Diese Wählerinnen und Wähler bleiben der Öko-Partei auch treu, wenn sie (noch) älter werden. Der Berliner Politikwissenschaftler Bodo Zeuner resümierte: „Der demografische Wandel nützt den Grünen also langfristig, sofern sie es weiterhin vermögen, Jungwähler zu gewinnen.“<sup>105</sup> Zumindest bei den letzten beiden Wahlen auf Bundesebene war dies – siehe oben – der Fall.

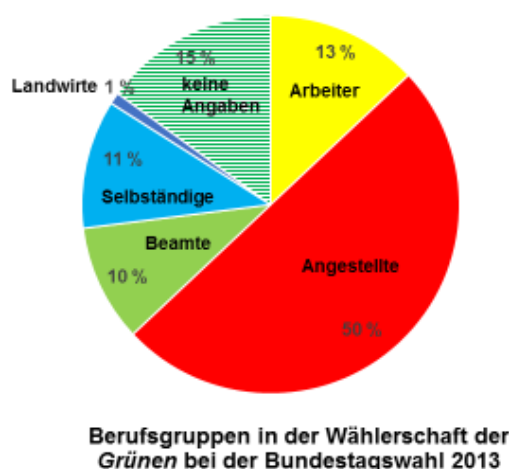
Hinsichtlich der Wahlentscheidung nach Beruf bzw. Tätigkeit erreichen *Die Grünen* bei den Angestellten, Beamten und Selbständigen überdurchschnittliche Werte. Bei Arbeitern und Rentnern kommen sie hingegen nur auf etwa die Hälfte ihres Gesamtergebnisses. Bei Arbeitslosen blieben sie in der Vergangenheit etwas unter ihrem Durchschnittswert. Bei den letzten beiden Wahlen auf nationaler Ebene wich jedoch das Ergebnis bei Arbeitslosen nicht vom Gesamtergebnis ab. Bei der Europawahl 2014 konnten *Die Grünen* beispielsweise nach den Recherchen von Infratest dimap bei den

Angestellten mit 14 Prozent, bei den Selbständigen mit 15 Prozent und bei den Arbeitslosen mit 11 Prozent punkten, erreichten bei Arbeitern aber nur 7 Prozent und bei den Rentnern lediglich 5 Prozent der Stimmen. Nach den Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen erzielte die Öko-Partei bei dieser Wahl 12 Prozent der Stimmen bei den Angestellten, 13 Prozent bei den Beamten und 14 Prozent bei den Selbständigen, aber nur 6 Prozent bei den Arbeitern (siehe Grafik 9).

**Grafik 9. Wahlentscheidung hinsichtlich der Berufsgruppen für Die Grünen und Berufsgruppen in der Wählerschaft der Grünen<sup>106</sup>**

Bundestagswahl 2013 (Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen)

Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit für Die Grünen	
Arbeiter	5 %
Angestellte	10 %
Beamte	12 %
Selbständige	10 %
Landwirte	4 %



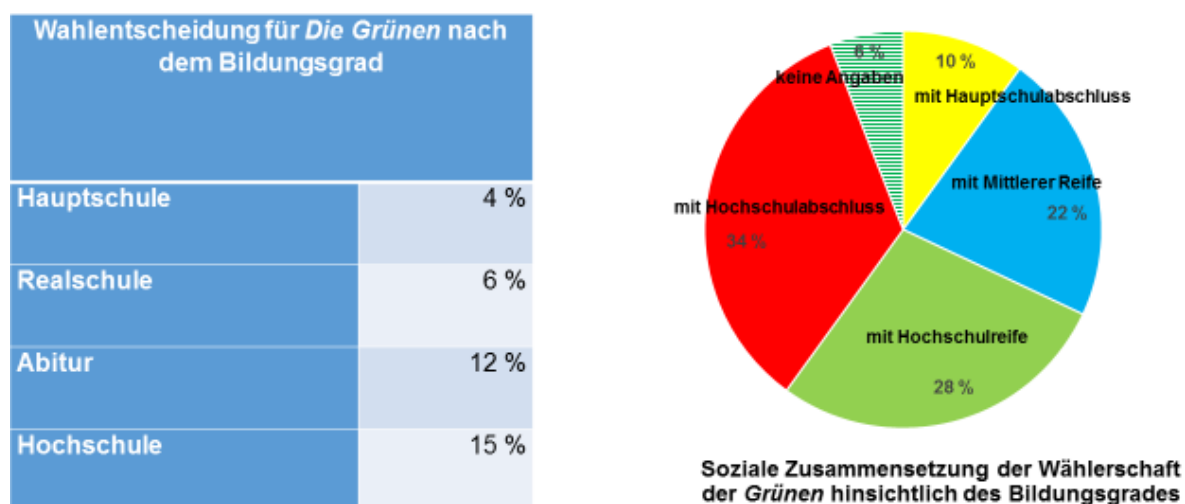
Wenn man zusätzlich zur beruflichen Stellung noch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft betrachtet, zeigen sich keine relevanten Abweichungen vom Gesamtergebnis der *Grünen*. Das gilt sowohl für die Bundestagswahlen 2013 und 2009, bei denen Werte von 8 bzw. 11 Prozent ermittelt wurden,<sup>107</sup> als auch für die Europawahlen 2014 und 2009, bei denen 10,2 bzw. 11,6 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder *Die Grünen* wählten.<sup>108</sup> Von den Meinungsforschungsinstituten wird zusätzlich unter den Gewerkschaftsmitgliedern das Wahlverhalten der Arbeiter abgefragt. Hier schneiden *Die Grünen* – analog zu ihren Ergebnissen bei Arbeitern insgesamt – stark unterdurchschnittlich ab, „was im Umkehrschluss bedeutet, dass sie ihre Stärken bei gewerkschaftlich organisierten Angestellten haben“<sup>109</sup>. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichten *Die Grünen* bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einen Anteil von 7 Prozent und bei der Bundestagswahl 2013 einen Anteil von 4 Prozent.<sup>110</sup>

Hinsichtlich des formalen Bildungsgrades schneiden *Die Grünen* regelmäßig bei Wählerinnen und Wählern mit Abitur oder mit Hochschulabschluss überdurchschnittlich gut ab, während ihre Ergebnisse bei denen mit Haupt- oder mit Realschulabschluss deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt liegen. Bei der Europawahl 2014 gewannen *Die Grünen* nach den Resultaten der Forschungsgruppe Wahlen bei Wählerinnen und

Wählern mit Abitur 15 Prozent der Stimmen und bei denjenigen mit Hochschulabschluss 19 Prozent, hingegen bei denjenigen mit Hauptschulabschluss lediglich 4 Prozent und bei denjenigen mit Realschulabschluss als höchstem Bildungsabschluss nur 8 Prozent (siehe Grafik 10).

**Grafik 10. Wahlentscheidung hinsichtlich des Bildungsgrades für Die Grünen und soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der Grünen hinsichtlich des Bildungsgrades<sup>111</sup>**

Bundestagswahl 2013 (Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen)



Die DIW-Forscher Martin Kroh und Jürgen Schupp weisen darauf hin, dass *Die Grünen* früher eine Partei der gebildeten, aber eher schlecht verdienenden sowie ökologisch orientierten Jungen repräsentierten. In den vergangenen Jahren sei es ihnen gelungen, sowohl die frühen Unterstützer dauerhaft an die Partei zu binden, als auch nach wie vor überdurchschnittlich erfolgreich bei Erst- und Jungwählern zu sein. „Heute sind die Grünen die Partei der umweltbewussten, gut gebildeten, gut verdienenden Beamten und Selbständigen mittleren Alters in Großstädten.“<sup>112</sup>

Mit diesen Ergebnissen korrespondiert, dass sich 85 Prozent der Anhänger der *Grünen* selbst zu den oberen zwei Dritteln der Gesellschaft rechnen und nur 15 Prozent zum unteren Drittel.<sup>113</sup> Zum Zeitpunkt der Europawahl 2014 schätzten 86 Prozent der Grün-Wähler ihre persönliche wirtschaftliche Situation als gut ein, nur 14 Prozent nannten sie schlecht.<sup>114</sup> Die DIW-Forscher Stefan Bach und Markus M. Grabka haben ermittelt, dass *Die Grünen* im obersten Einkommens-Quintil der Parteianhänger mit 17 Prozent einen deutlich höheren Anteil bei der Anhängerschaft auf sich vereinigen können als in den mittleren und unteren Einkommensgruppen mit jeweils 12 Prozent.<sup>115</sup> Bach und Grabka weisen darauf hin, dass die zumeist gut ausgebildeten Anhänger der *Grünen* in den letzten Jahrzehnten in viele Bereiche mit höheren Einkommen vorgedrungen sind. Sie seien relativ häufig im Öffentlichen Dienst beschäftigt oder würden als

Angestellte in staatsnahen Bereichen (etwa in der Wissenschaft oder im Sozialbereich) oder als Selbständige in den freien Berufen (Rechtsanwälte, Steuerberater etc.) arbeiten.<sup>116</sup>

Die Forscher interpretieren ihren Befund dahingehend, dass auch die Besserverdienenden unter den Anhängern der *Grünen* eher ein Interesse an leistungsfähigen Staatsfinanzen und höheren öffentlichen Ausgaben (zum Beispiel für Bildung und Kinderbetreuung) hätten. Das könnte sie veranlassen, eher bereit zu sein, höhere Steuerbelastungen mitzutragen. Nach Ansicht der Forscher könnten auch grundlegendere weltanschauliche Vorstellungen zur Verteilungs- und Steuergerechtigkeit oder Einschätzungen zu den Wirkungen der Besteuerung eine Rolle spielen.<sup>117</sup> „So dürften unter den Anhängern der Grünen post-materialistische und altruistische Wertvorstellungen eine größere Bedeutung haben als bei den traditionellen bürgerlichen Parteien, was für höhere Präferenzen zu staatlicher Umverteilung und öffentlichen Leistungen spricht.“<sup>118</sup>

Der Göttinger Parteienforscher Franz Walter hat in diesem Sinne schon 2010 nachgewiesen, dass Mitglieder und Anhänger der *Grünen* und der *Freien Demokraten* zwar den gutbürgerlichen Status teilen, jedoch gleichwohl verschiedenartige Lebenswelten im Milieu der Besserverdienenden begründen. „Zwischen diesen Welten gibt es bemerkenswert wenige soziale Kontakte und normative Berührungspunkte“<sup>119</sup>, schrieb Franz Walter. „Sie sind sich sozial nah, aber differieren im Ethos, in den Alltagsphilosophien, in ihren orientierenden Deutungsmustern nach wie vor erheblich.“<sup>120</sup> Der Göttinger Parteienforscher Michael Lühmann hat dies jüngst noch einmal bekräftigt. Zwar habe es beachtliche Wählerwanderungen bei der Bundestags- und der Europawahl gegeben, wo Teile der FDP-Anhänger zu den *Grünen* gewechselt seien, aber es greife zu kurz, „wenn man schlussfolgert, dass Wähler beider Parteien wegen ihres ähnlichen Einkommens auch sonst viel gemeinsam haben. Sie sind in völlig unterschiedlichen politischen Kulturen groß geworden.“<sup>121</sup>

Die Hamburger Sozialwissenschaftler Joachim Bischoff und Bernhard Müller stellen fest, dass den besserverdienenden Aufsteigerschichten, die in den *Grünen* **ihre** Partei sehen, Bürgerrechte wichtig sind. „Für sie sind zudem soziale Fragen, die Chancen der nächsten Generation und die Ökologie von Bedeutung. Ihnen brennen Themen wie Kinderbetreuung, Ganztagschule, Probleme von Alleinerziehenden und die städtebauliche Entwicklung unter den Nägeln.“<sup>122</sup> Gleichzeitig würden sie sich auch etwas mehr Ordnung und Kontrolle wünschen.<sup>123</sup> Zusammenfassen lässt sich dies wohl als Wunsch nach einer am Gemeinwohl orientierten Politik.<sup>124</sup>

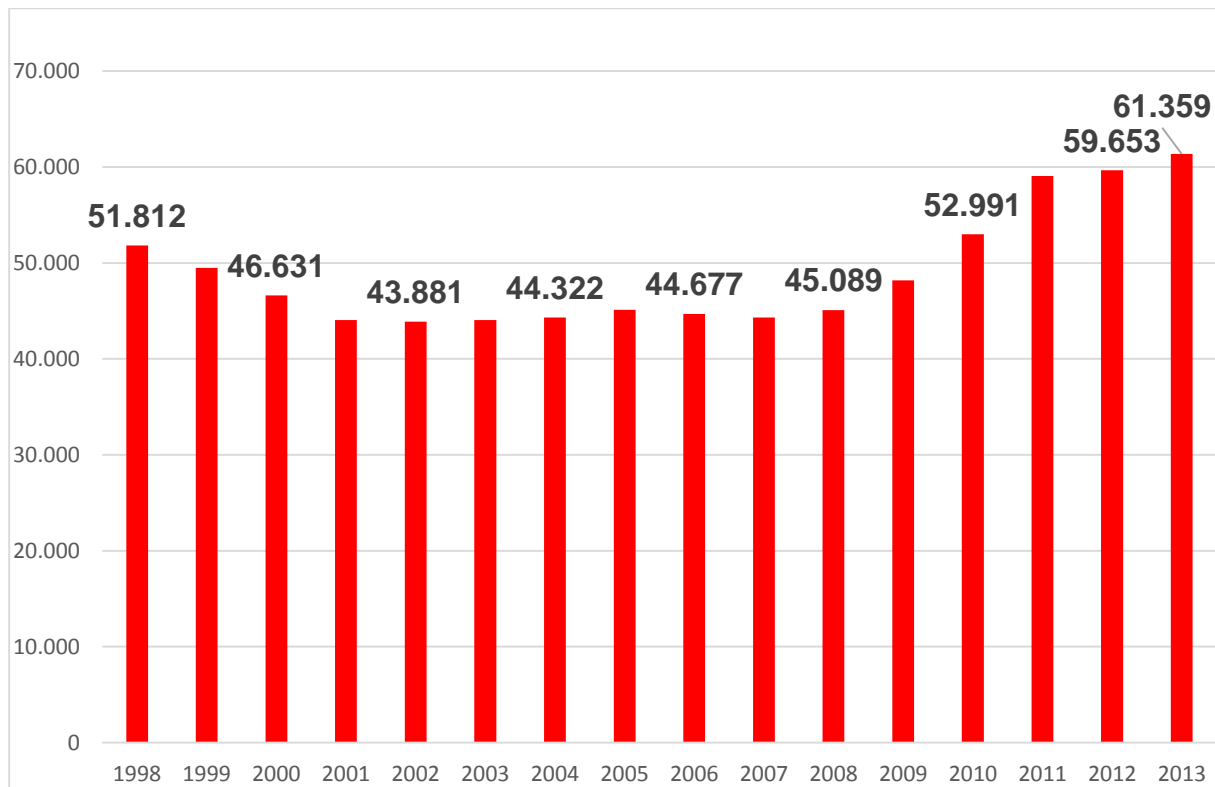
Die Daten zur Sozialstruktur der Grün-Wählerinnen und -Wähler bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen Ende August und Mitte September 2014 zeigen ein ähnliches Bild wie auf der Bundesebene (siehe Tabelle im Anhang). Allerdings liegen die Ergebnisse wiederum deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der *Grünen*, wie sich das bereits in der Vergangenheit für die fünf ostdeutschen Flächenländer dargestellt hat.



## Mitgliederentwicklung der Grünen

Die Grünen zählen inzwischen mehr als 61.000 Mitglieder (siehe Grafik 11). Sie haben damit ihr Ziel, in dieser Hinsicht die FDP zu überflügeln, erreicht.<sup>125</sup>

**Grafik 11: Mitgliederentwicklung der Grünen von 1998 bis 2013<sup>126</sup>**



Im vergangenen Jahr 2013 verzeichneten *Die Grünen* von allen im Bundestag vertretenen Parteien den größten Mitgliederzuwachs. Mit 2,9 Prozent blieb er allerdings weit hinter den Boom-Jahren 2009, 2010 und 2011 zurück (6,8, 10,0 bzw. 11,5 Prozent).<sup>127</sup> Seit 1990 vermochten es *Die Grünen*, ihre Mitgliedschaft fast um die Hälfte zu vergrößern.<sup>128</sup> Wie andere Bundestagsparteien konnten *Die Grünen* im Wahljahr eine Eintrittswelle verzeichnen, die bei der Öko-Partei rund neun Prozent des Mitgliederbestandes von Ende 2012 erreichte. Deutlich größere Neumitgliederquoten hatten *Die Grünen* allerdings in den Jahren 2009 bis 2011 (13,1 bis 16,4 Prozent).<sup>129</sup> Im Jahre 2013 standen 5.379 Eintritten in die Öko-Partei 3.424 Austritte und 154 Todesfälle gegenüber.<sup>130</sup>

Die größten Landesverbände der *Grünen* waren 2013 diejenigen in Nordrhein-Westfalen (13.019 Mitglieder, + 2,6 Prozent gegenüber 2012), in Baden-Württemberg (9.004 Mitglieder, + 2,1 Prozent) und in Bayern (8.520 Mitglieder, + 5,1 Prozent). Die kleinsten Landesverbände der Öko-Partei waren 2013 diejenigen in Mecklenburg-Vorpommern (583 Mitglieder, + 3,7 Prozent), in Bremen (719 Mitglieder, + 1,6 Prozent) und in Sachsen-Anhalt (726 Mitglieder, + 3,3 Prozent).<sup>131</sup> In den westdeutschen Lan-

desverbänden der Partei waren 83,9 Prozent der Mitglieder organisiert, in den ostdeutschen Landesverbänden lediglich 16,1 Prozent – weniger als ein Fünftel. Das Bild ist damit praktisch spiegelverkehrt zur Ost-West-Verteilung der Mitglieder der Partei DIE LINKE (siehe Tabelle 9 und Grafik 12).

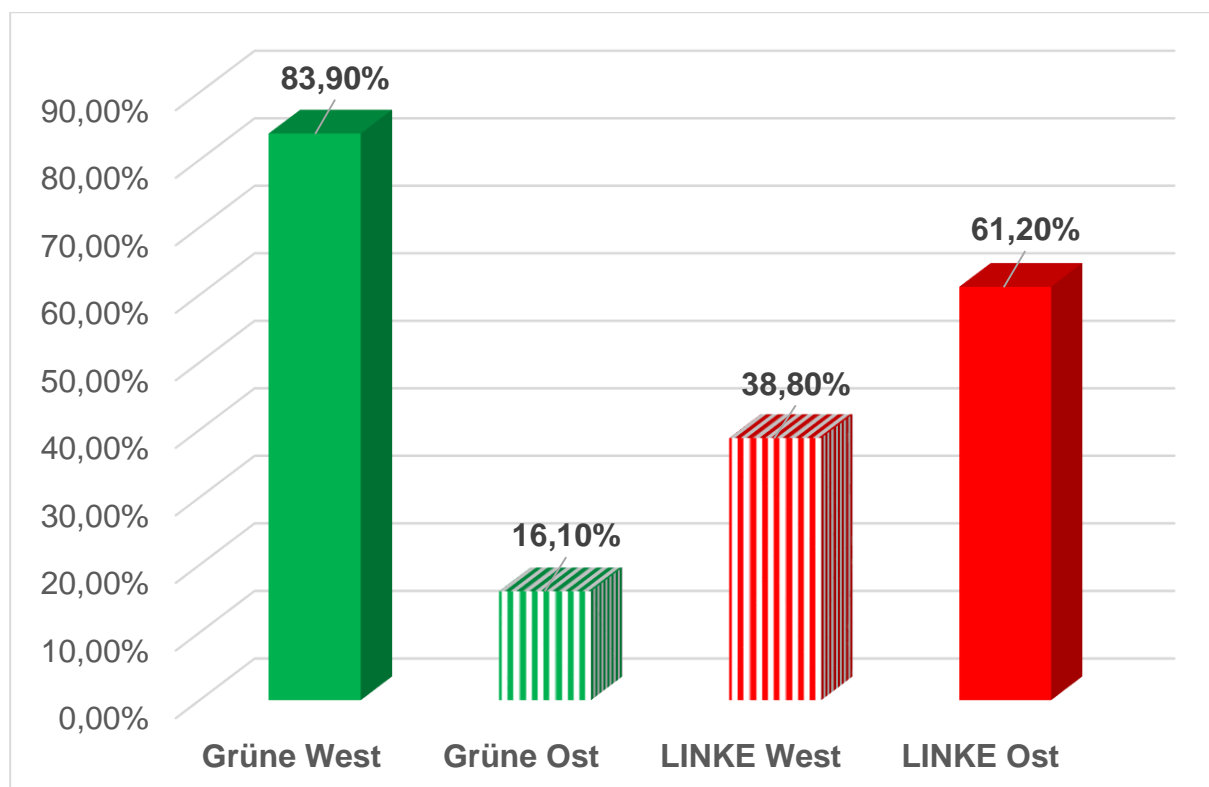
**Tabelle 9: Mitglieder der Grünen nach Bundesländern 2012 und 2013<sup>132</sup>**

<b>Bundesland</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>in %</b>
Baden-Württemberg	8.821	9.004	2,1
Bayern	8.105	8.520	5,1
Berlin	5.401	5.511	2,0
Brandenburg	936	971	3,7
Bremen	708	719	1,6
Hamburg	1.596	1.619	1,4
Hessen	5.244	5.379	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	562	583	3,7
Niedersachsen	6.356	6.527	2,7
Nordrhein-Westfalen	12.692	13.019	2,6
Rheinland-Pfalz	2.918	2.966	1,6
Saarland	1.428	1.415	- 0,9
Sachsen	1.310	1.365	4,2
Sachsen-Anhalt	703	726	3,3
Schleswig-Holstein	2.159	2.295	6,3
Thüringen	714	740	3,6
<b>Insgesamt</b>	<b>59.653</b>	<b>61.359</b>	<b>2,9</b>
davon in Westdeutschland	50.027	51.463	2,9
davon in Ostdeutschland	9.626	9.896	2,8

Das Bild relativiert sich aber, setzt man die Zahl der Parteimitglieder in West und Ost zu den Bevölkerungszahlen ins Verhältnis. Dann gibt es in den alten Bundesländern 8 Parteimitglieder je 10.000 Einwohner, in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) etwas mehr als 6 Parteimitglieder je 10.000 Einwohner. Auch nach dieser Betrachtungsweise sind *Die Grünen* im Osten weniger in der Bevölkerung verankert als im Westen. Betrachtet man nur die fünf ostdeutschen Flächenländer, entfallen lediglich

3,5 Parteimitglieder der *Grünen* auf 10.000 Einwohner. *Die Grünen* sind auch ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung Deutschlands eine westdeutsch geprägte und dominierte Partei.

**Grafik 12: Vergleich des Verhältnisses von West- zu Ost-Mitgliedschaft von Grünen und LINKE 2013<sup>133</sup>**



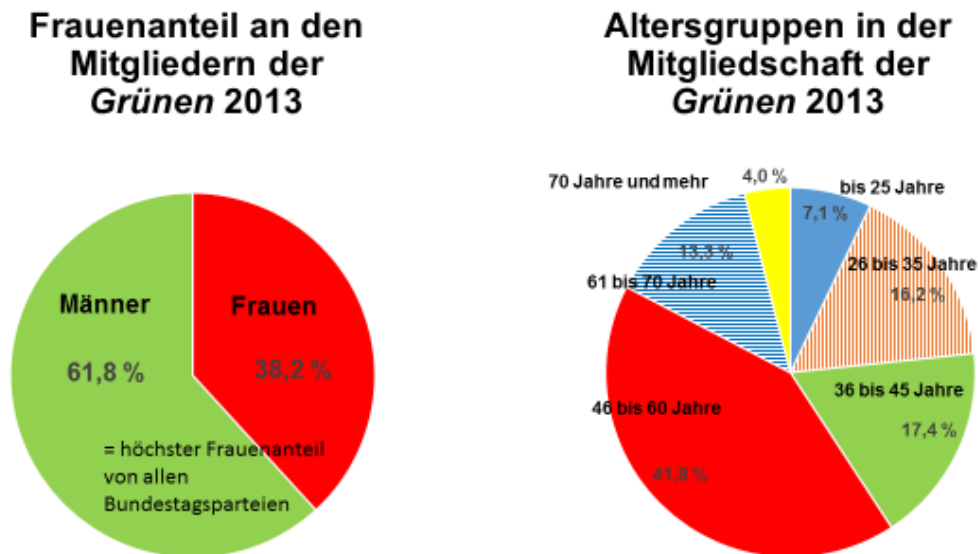
### **Zur Sozialstruktur der Mitglieder der *Grünen***

Unter den Mitgliedern der *Grünen* ist der Anteil der Frauen von allen im Bundestag vertretenen Parteien mit 38,2 Prozent (2013) am höchsten.<sup>134</sup> Zudem wiesen *Die Grünen* in diesem Vergleich den höchsten Anteil an jüngeren Parteimitgliedern auf. Sie sind mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren die „jüngste“ Partei (siehe Grafik 13).<sup>135</sup>

Allerdings sind auch bei den *Grünen* die 14- bis 20-Jährigen gegenüber der Bevölkerung sehr stark unterrepräsentiert, und selbst der Anteil der 21- bis 25-Jährigen an den Mitgliedern der *Grünen* ist noch kleiner als in der Bevölkerung.<sup>136</sup> 60,6 Prozent der *Grünen*-Mitglieder gehören zur Alterskohorte der 41- bis 65-Jährigen. 41,8 Prozent der *Grünen*-Mitglieder konzentrieren sich dabei in der Alterskohorte der 46- bis 60-Jährigen. Auf die über 65-Jährigen entfallen lediglich 8,3 Prozent der Mitglieder der Öko-

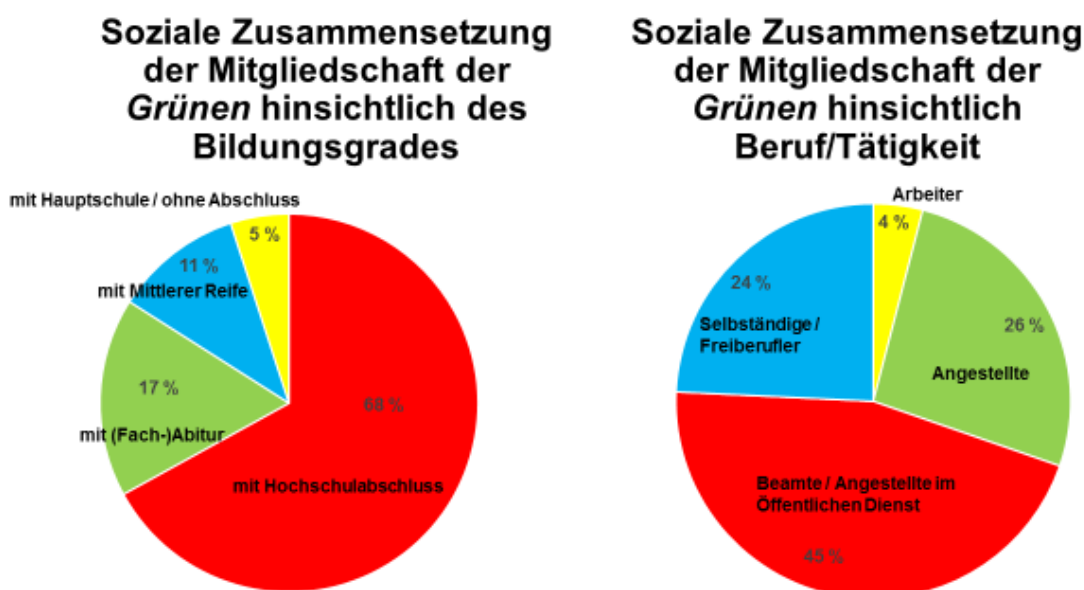
Partei.<sup>137</sup> Von denjenigen Personen, die 2013 neu in *Die Grünen* eintraten, gehörten 34,4 Prozent zur Alterskohorte der 21- bis 35-Jährigen und 31,9 Prozent zur Alterskohorte der 41- bis 55-Jährigen.<sup>138</sup>

**Grafik 13: Frauenanteil an den Mitgliedern und Altersgruppen in der Mitgliedschaft der Grünen**



Bei den *Grünen* sind Männer, Personen mit höherer Bildung, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, Freiberufler und Konfessionslose stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. 67 Prozent der Mitglieder der *Grünen* haben einen Hochschulabschluss und 17 Prozent ein (Fach-)Abitur als höchsten formalen Bildungsabschluss. Dagegen sind unter den Mitgliedern der Partei lediglich 11 Prozent, die bloß über die Mittlere Reife verfügen, und gar nur 5 Prozent, die allein einen Hauptschulabschluss haben bzw. die gar keinen Abschluss vorweisen können (Stand 2009). 45 Prozent der Mitglieder der Öko-Partei sind Beamte oder Angestellte im Öffentlichen Dienst, 26 Prozent Angestellte außerhalb des Öffentlichen Dienstes und 25 Prozent Selbständige. Nur 4 Prozent sind Arbeiter (Stand 2009). 26 Prozent der *Grünen* sind Gewerkschaftsmitglieder (Stand 2009).<sup>139</sup> Der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer resümiert: „Die Grünen haben mit Abstand den geringsten Anteil an Hauptschülern und den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen aller Parteien.“ Und: „Die Grünen haben nach der FDP den geringsten Arbeiteranteil und Beamte/Angestellte im öffentlichen Dienst sind bei ihnen am stärksten vertreten.“<sup>140</sup> (siehe Grafik 14)

### Grafik 14: Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Grünen hinsichtlich Bildungsgrad und Beruf/Tätigkeit



Der Parteienforscher Lothar Probst verwies 2013 hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale auf die Ähnlichkeiten im Profil der grünen Mitgliedschaft mit dem Profil der Wählerinnen und Wähler der *Grünen*. Auffällig sei nicht nur der hohe Anteil von Mitgliedern in der Alterskohorte der 30- bis 59-Jährigen, sondern auch der Anteil von Mitgliedern mit einem hohen formalen Bildungsabschluss, einem überdurchschnittlichen Einkommen und von Beamten oder Angestellten im Öffentlichen Dienst sowie von Erwerbstätigen.<sup>141</sup>

### **Politische Positionen der Partei *Bündnis 90/Die Grünen***

Kurz nach der Wahlniederlage der *Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 erklärte Winfried Kretschmann in einem Interview: „Die Partei ist aus der Spur geraten.“ Sie habe Politik zu lange entlang der alten Protestlinien gemacht. „Wir sollten vielmehr eine Partnerschaft zur Wirtschaft pflegen – kritisch, aber konstruktiv“<sup>142</sup>, forderte der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Vor allem aus dem Realo-Lager der Partei ertönte in diesem Kontext der Ruf nach einem neuen Grundsatzprogramm. So brachte Parteichef Cem Özdemir eine „Fortschreibung“ des grünen Grundsatzprogramms ins Gespräch.<sup>143</sup>

Diese Forderung wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Partei im Oktober 2013 mehrheitlich zurückgewiesen. Veränderungen wurden von der Mehrheit der Delegierten allerdings nicht nur im Auftreten, sondern teilweise auch im politischen Angebot (wie auf dem Gebiet der Steuerpolitik) für erforderlich gehalten.

Die aktuelle politische Programmatik der *Grünen* wird im Wahlprogramm zur Europawahl 2014 gespiegelt, das im Februar 2014 auf der BDK in Dresden beschlossen worden ist.<sup>144</sup> Vergleicht man das Wahlprogramm der *Grünen* zur Europawahl 2014 mit demjenigen zur Bundestagswahl 2013, fallen nur wenige Kurskorrekturen auf, die zudem noch dem unterschiedlichen Charakter beider Wahlen geschuldet sein können. Sie beziehen sich insbesondere auf die Steuerpolitik. Während im Bundestagswahlprogramm die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Vermögensabgabe, die Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftssteuer und das Abschmelzen des Ehegattensplittings gefordert wurden, spielen diese Fragen im Europawahlprogramm überhaupt keine Rolle. *Die Grünen* haben damit jenen Punkt, der im Bundestagswahlkampf für erhebliche Irritationen gesorgt hatte, geschickt ausgeklammert.

In ihrem Europawahlprogramm verbinden *Die Grünen* angesichts des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs und des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs und angesichts der zunehmenden Spannungen in Europa hinsichtlich der **weiteren Entwicklung der Europäischen Union (EU) und hinsichtlich außen- und sicherheitspolitischer Fragen** die Erfolgsgeschichte der EU mit ihrem friedenserhaltenden Beitrag. Sie betonen die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte und sehen in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung. *Die Grünen* schreiben: „Die EU ist unsere Antwort auf die Frage nach einer gerechten Gestaltung der Globalisierung.“<sup>145</sup>

Die Öko-Partei konstatiert jedoch, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise „Konstruktionsfehler und gefährliche Risse im Fundament“ der EU gezeigt und „nationale Fliehkräfte“ hervorgerufen habe.<sup>146</sup> Der Zusammenhalt der Union stehe in Frage: „Statt der Suche nach gemeinsamen Antworten droht der Rückzug in die jeweils eigenen nationalen Grenzen.“<sup>147</sup> Daher fordern *Die Grünen* einen Kurswechsel und sprechen sich für eine Erneuerung der Europäischen Union aus.

*Die Grünen* wollen ein „Angebot für ein anderes, ein besseres Europa“<sup>148</sup> machen. Es gehe ihnen um ein Europa, das seine Wirtschaft und Energieversorgung auf eine umweltfreundliche und nachhaltige Basis stellt, das gemeinsam, fair und solidarisch vor allem das Gemeinwohl im Auge hat, in dem die Krise nicht länger durch eine einseitige Kürzungspolitik verschärft wird, in dem der grüne Umbau der Wirtschaft, sinnvolle Investitionen und vermehrte Bildungsausgaben den Menschen wieder Perspektiven und Arbeitsplätze bieten. Es gehe ihnen um ein Europa, das jeden Menschen akzeptiert und schützt – unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Identität. Es gehe ihnen um ein Europa, das die Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger verteidigt und die Rechte und Würde auch von Flüchtlingen schützt. „Wir streiten mit Überzeugung für die weitere europäische Einigung, den Euro und den Zusammenhalt in Europa.“<sup>149</sup>

Für *Die Grünen* ist die *EU-Erweiterung* nicht abgeschlossen. Nach ihrer Meinung gelte es, an einer Beitrittsperspektive für weitere Staaten (namentlich der Staaten des westlichen Balkans und der Türkei) festzuhalten, denn die Erweiterung sei ein Beitrag dazu,

Europa zusammenzuhalten. *Die Grünen* vermeiden es allerdings in ihrem Wahlprogramm, sich zur Finalität der Europäischen Union zu äußern. Auf dem Europa-Parteitag der *Grünen* im Februar 2014 forderten Vertreter der *Grünen Jugend*, perspektivisch für einen föderalen europäischen Bundesstaat einzutreten. Parteichef Cem Özdemir entgegnete unter Verweis auf das Grundsatzprogramm der Öko-Partei, die EU sei weder Bundesstaat noch Staatenbund. Die EU sei etwas völlig Neues, das nicht mit den Kategorien des vergangenen Jahrhunderts erklärt werden könne.

Die derzeitige *Außen- und Sicherheitspolitik der EU* stellt sich für *Die Grünen* als ein chaotisches Nebeneinander von nationalem und zeitlich verspätetem europäischem Agieren dar. „Eine neu zu formulierende gemeinsame außenpolitische Strategie sollte die bestehende Europäische Sicherheitsstrategie ablösen und auf den Prinzipien der Multilateralität, der Internationalität, der parlamentarischen Kontrolle und des Primats des Zivilen basieren.“<sup>150</sup> Außerdem setzen sich *Die Grünen* in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein.

*Die Grünen* wollen die EU als Zivilmacht entwickeln, die sich für Abrüstung einsetzt und deren Mitgliedsstaaten keine Waffen an Diktaturen und in Krisengebiete liefern. Die EU sollte ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten direkt im Rahmen der *Friedenssicherung der UNO* einbringen. Langfristiges Ziel der *Grünen* sei es, der UNO „eigene ständige Truppen“ zu unterstellen, anstatt nationale Militärkontingente abzuordnen. Die Öko-Partei setzt sich zudem für eine Parlamentsbeteiligung des Europäischen Parlaments bei militärischen Einsätzen der EU ein. Die EU müsse dahingehend Einfluss ausüben, dass Waffenexporte global reduziert werden und sich die Rüstungsexportpolitik nicht an partikularen politischen und wirtschaftlichen Interessen ausrichtet.

Im Zusammenhang mit dem Konzept der „Responsibility to Protect“ schließen *Die Grünen* den Einsatz militärischer Gewalt nicht aus. Jedes gewaltsame militärische Eingreifen müsse allerdings an ein Mandat der UNO gebunden sein. „Es kann nur eine Ultima Ratio sein, wenn alle anderen Mittel allein keine Aussicht auf Erfolg haben, und es muss in einen aussichtsreichen politischen Gesamtansatz eingebunden sein“<sup>151</sup>, meint die Umweltpartei.

Hinsichtlich der *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)* wollen *Die Grünen* die Streitkräfte in Europa „integrieren und reduzieren“. *Die Grünen* denken darüber nach, militärische Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung innerhalb der EU effizienter zu gestalten. Durch aufeinander abgestimmte, möglichst weitgehend spezialisierte nationale Streitkräfte und gemeinsame Beschaffung könnten Synergien erzeugt und die militärischen Ausgaben gesamteuropäisch gesenkt werden.

*Die Grünen* möchten die *NATO* so reformieren, dass sie in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden könne, die künftig die europäischen NATO-Partner und die USA auf Augenhöhe agieren lässt. Grüne Friedenspolitik ziele allerdings auch auf eine Stärkung der OSZE, da die OSZE die einzige multilaterale Sicherheitsorganisation sei, die den gesamten euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt.

Die vielfältigen Beziehungen zwischen der EU und *Russland* wollen *Die Grünen* für die Unterstützung von Modernisierung und Demokratisierung nutzen. Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik möchten *Die Grünen* in ganz Osteuropa erreichen, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden und die ehemaligen Sowjetrepubliken eigenständig und selbstbestimmt ihre Zukunft gestalten können. Nach Auffassung der *Grünen* solle auch die *Ukraine*, wo hunderttausende Menschen für die Europäisierung des Landes und für die Annäherung an die Europäische Union auf die Straße gingen, eine klare Beitrittsperspektive zur EU erhalten.

*Die Grünen* fordern die EU auf, eine aktive, unterstützende Rolle für eine Friedenslösung im *Nahostkonflikt* einzunehmen. Dabei seien die Rechte und die Sicherheit Israels und Palästinas gleichermaßen zu berücksichtigen. „Die unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit Israels und seiner BürgerInnen ist Eckpfeiler europäischer und deutscher Außenpolitik.“<sup>152</sup> *Die Grünen* sind für die demokratische Stärkung des palästinensischen Staates, die Anerkennung durch Europa und die Aufnahme in die UNO. Dauerhaften Frieden werde es erst durch eine Zwei-Staaten-Regelung auf Grundlage der Grenzen von 1967 und ein Ende der Besatzung geben.

*Die Grünen* beschreiben die Janusköpfigkeit der *EU-Entwicklungszusammenarbeit*, die einerseits Hunger und Armut bekämpfe, doch zugleich mit ihrer Agrarpolitik die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstöre. Die Öko-Partei verknüpft die Fragen von Solidarität und Gerechtigkeit, von Klima- und Umweltschutz mit Entwicklungszusammenarbeit. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit müsse zu einem Kooperationsinstrument für die Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen entwickelt werden. Die EU müsse sich dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit im Zentrum der zukünftigen Entwicklungsziele der UNO stehe. *Die Grünen* verlangen Schuldenschnitte für die ärmsten Staaten, damit diese ihre Verschuldung schnell auf ein nachhaltiges Maß reduzieren können. Außerdem streben sie an, Steuerbehörden vor Ort zu stärken, einen globalen Finanzausgleich zu diskutieren und einen Insolvenzmechanismus für Staaten zu entwickeln.

In der europäischen **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** setzen *Die Grünen* auf einen „*Green New Deal*“ und präsentieren sich damit als *die* Partei der ökologischen wie der ökonomischen Vernunft. Während dieser Begriff im Bundestagswahlprogramm nur zwei Mal und eher en passant verwendet wurde, erhält er im Europawahlprogramm unter der Überschrift „Mit dem Green New Deal aus der Krise“<sup>153</sup> einen zentralen Stellenwert. Den Green New Deal verstehen *Die Grünen* als europäisches Investitionsprogramm, das gerade in den Staaten unter dem Euro-Rettungsschirm die ökologische Modernisierung und die Energiewende voranbringen und so neue Jobs und Zukunftsperspektiven schaffen könne.

Vielfach habe das Krisenmanagement mit seinem einseitigen Fokus auf staatliche Sparmaßnahmen und Lohnsenkungen die Wirtschaftskrise in den überschuldeten Ländern mit verschärft, kritisieren *Die Grünen* zu Recht auch die Politik der Bundesregierung. Zu wenig sei getan worden, um neben den notwendigen Strukturreformen und



Sparmaßnahmen auch positive Impulse für die Wirtschaft zu setzen. Die Öko-Partei plädiert für eine Politik, „die uns solide, solidarisch und nachhaltig aus der Krise führt“<sup>154</sup>. Die Grünen wollen mit dem „Green New Deal“ zugleich die Wirtschaftsunion um eine soziale Dimension ergänzen. „Wir verstehen die Wirtschaft als Partnerin und wollen eine starke europäische Industrie, die schonend mit Ressourcen umgeht und emissionsarm produziert.“<sup>155</sup> Es geht der Öko-Partei um nicht weniger als um eine „grüne industrielle Revolution“.<sup>156</sup>

Grünes Wirtschaften heiße geschlossene Stoffkreisläufe anzustreben – das müsse schon bei der Produktentwicklung ansetzen. „Das wollen wir fördern, indem wir vermehrt Ressourcenverbrauch statt Arbeitskraft besteuern und die europäische Ökodesign-Richtlinie um die Kriterien Wiederverwertung und Effizienz erweitern. Mit einer innovativen Rohstoffpolitik wollen wir wertvolle Ressourcen weniger verwenden, wiederverwenden oder durch andere Materialien ersetzen. Das vermindert die Abhängigkeit von Importen und macht Europas Unternehmen wettbewerbsfähiger. Wir sind überzeugt, dass ein effizienterer Verbrauch von Rohstoffen gerade in Krisenzeiten wie ein Konjunkturprogramm wirken kann.“<sup>157</sup> Zudem brauche Europa dringend andere Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung jenseits des Bruttoinlandsprodukts. Die soziale und ökologische Dimension dürfe nicht länger bei der Beurteilung unseres Wirtschaftens ausgespart werden.

Nach den Vorstellungen der *Grünen* soll durch ein langfristiges und sozial-ökologisch ausgestaltetes Programm im Rahmen des EU-Haushaltes, das u.a. aus einer europäischen Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sowie den Mehreinnahmen aus dem Trockenlegen sämtlicher (auch europäischer) Steueroasen zu finanzieren sei, die Rezession in den Krisenländern überwunden und das Fundament für ein nachhaltigeres Wirtschaftsmodell gelegt werden, das ohne Umweltzerstörung auskommt. Die *Grünen* betonen, dass deutsche Überschüsse und Defizite in Krisenländern zwei Seiten einer Medaille seien. Um die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU abzubauen, müsse die Binnenkonjunktur in den Überschussländern wie Deutschland (zum Beispiel durch Mindestlöhne, Maßnahmen gegen die Tariffucht und eine stärkere Orientierung der Entwicklung der Reallöhne am Produktivitätsfortschritt) gestärkt werden.

Hinsichtlich der geplanten *Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)* zwischen der EU und den USA treten Die *Grünen* für ein Aussetzen der Verhandlungen und für einen kompletten Neustart auf der Basis eines transparenten Verfahrens und eines neuen Verhandlungsmandats ein. Sie wollen keinem Abkommen zustimmen, das europäische Standards und Gesetze untergräbt.

Nach Auffassung der *Grünen* könnten mit kohärenter und nachhaltiger Politik neue Investitionen und viele grüne Jobs geschaffen werden, die zu guter und fairer *Arbeit* beitragen. Für die Umweltpartei seien ausbeuterische, unwürdige oder gefährdende Produktions- und Herstellungsbedingungen nicht akzeptabel. Sie würde sich deshalb für eine transparente Kennzeichnung und die Einhaltung ökologischer und sozialer

Standards einsetzen. *Die Grünen* treten dafür ein, dass Unternehmen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich der Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen. Die Generalunternehmerhaftung, die in Deutschland im Baugewerbe die Verantwortlichkeit von Unternehmen für die Arbeitsbedingungen ihrer Subunternehmen festschreibt, wollen sie europaweit verankern und auf weitere Branchen ausdehnen. Damit möchten sie verhindern, dass sich Großauftragnehmer durch eine Auftragsvergabe an Subunternehmen ihrer sozialen Verantwortung entledigen und Arbeitnehmer/innenrechte unterlaufen.

*Die Grünen* treten für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, auch für Frauen und Männer“ ein. Das Entsenderecht müsse so weiterentwickelt werden, dass Arbeitnehmer wirksam vor Lohn- und Sozialdumping geschützt werden. Die Öko-Partei hält die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für eine vorrangige europäische Aufgabe, erblickt in der „Europäischen Jugendgarantie“ ein geeignetes Instrument dafür und fordert, die „Jugendgarantie“ finanziell aufzustocken. *Die Grünen* plädieren für eine EU-weite Stärkung der Arbeitnehmer/innenrechte wie die Stärkung der Mitarbeiter/innen-Mitbestimmung. Sie unterstützen eine stärkere EU-weite Koordinierung von Tarifverhandlungen. Gleichzeitig setzen sie sich für eine Stärkung der Europäischen Betriebsräte ein. *Die Grünen* wollen prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen und treten für Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedsstaat ein, was zwar keinen einheitlichen Mindestlohn in der ganzen EU bedeute, aber einen garantierten Mindestlohn in allen EU-Staaten anhand von Kriterien, auf die sich innerhalb der EU verständigt werden müsse.

Auf dem Feld der **Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik** wollen *Die Grünen* die gemeinsame Wirtschafts- und Finanzunion weiter entwickeln und demokratisieren. Sie streiten für den Euro und plädieren für eine gemeinsame europäische *Finanzpolitik*. Ohne eine abgestimmte Wirtschafts- und Haushaltspolitik bleibe der politische Rahmen der gemeinsamen Währung unvollendet. „Eine gemeinsame Währung ist mit wirtschafts- und haushaltspolitischer Kleinstaaterei schwer zu vereinbaren.“<sup>158</sup> *Die Grünen* halten die Ausgabe von Eurobonds für sinnvoll und fordern die Schaffung eines Europäischen Schuldentilgungspaktes, der auf einem Schuldentilgungsfonds basiert. Sie plädieren für eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, für die Einschränkung des Hochfrequenzhandels und für eine europäische Bankenunion. Banken müssten ihre Verluste selber tragen, wozu gehöre, dass Aktionäre, Gläubiger und Einlagen über 100.000 Euro (in dieser Reihenfolge) als erstes herangezogen werden. *Die Grünen* treten für die klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanken, für eine Schuldenbremse und für eine Größenbremse für Banken und für die Gründung einer von den Banken unabhängigen europäischen Rating-Stiftung ein.

*Die Grünen* treten für einen zukunftsfähigen und starken EU-Haushalt und für eine abgestimmte *Haushaltspolitik* ein. Sie verfechten die Reform der Europäischen Kohäsionspolitik, die diese Politik auf die großen Zukunftsthemen der Strategie Europa 2020 ausgerichtet habe: Die Förderung von Beschäftigung und Innovation, Klimaschutz, ressourceneffizientes Wirtschaften, Armutsbekämpfung, Antidiskriminierung und soziale Inklusion. *Die Grünen* sind für einen größeren Eigenmittelanteil des EU-

Haushaltes. Als neue Eigenmittel könnten nach den Vorstellungen der Öko-Partei sowohl die Finanztransaktionssteuer als auch eine Abgabe auf Kerosin oder Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Emissionshandel dienen. Dies würde nach ihrer Auffassung nicht nur den EU-Haushalt stärken, sondern auch wichtige Lenkungseffekte erzielen.

In ihrem Europawahlprogramm plädieren *Die Grünen* für eine gemeinsame europäische *Steuerpolitik*. Sie sind für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die alle Arten von Finanztransaktionen umfasst. Sie fordern ein umfassendes Programm zum Kampf gegen Steuerdumping, die Verhinderung eines schädlichen Steuerwettbewerbs zwischen den Ländern und das Stopfen von Steuerschlupflöchern. Eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer sowie ein Mindeststeuersatz müssten folgen, um zu verhindern, dass sich EU-Länder bei der Unternehmensbesteuerung immer weiter unterbieten. *Die Grünen* wollen zudem nicht länger den Verkehr auf der Straße und in der Luft im Vergleich zur Schiene bevorteilen und daher die Befreiung der Fluggesellschaften von der Kerosinsteuer und die Befreiung auf Auslandsflügen auch von der Mehrwertsteuer abschaffen.

Auf dem Feld der europäischen **Sozialpolitik** thematisieren *Die Grünen* ein „soziales Europa“ als Gegenpol zu wirtschaftsliberalen Positionen und plädieren für einen (europäischen) *Sozialpakt*. Die Öko-Partei konstatiert, seit Gründung der EU gebe es eine Schieflage zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten. Sie plädiert für die Stärkung der sozialen Grundrechte in Europa, für gemeinsame europäische Regelungen und für eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Nach dem Willen der *Grünen* sollen soziale und arbeitsrechtliche Standards in der öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und gesundheitlichen Dienstleistungen, sowie bei der Wohnraumversorgung, Priorität gegenüber dem europäischen Wettbewerbsrecht haben.

*Die Grünen* wollen sich gegen eine Politik des einseitigen Sparens einsetzen, die Sozialabbau und Armut befördere und die die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas in skandalöse Höhen getrieben habe. Notwendige Reformen müssten sozial ausgewogen gestaltet werden und dürften nicht dazu führen, dass die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen, Wasserversorgung und Bildung privatisiert werden oder die Gesundheitsversorgung leidet. Die Kluft zwischen Arm und Reich wollen *Die Grünen* wieder abbauen und Reiche stärker an der Finanzierung von öffentlichen Leistungen und den Altlasten der Krise beteiligen.

Nach Auffassung der *Grünen* müssten *Solidarität und Zusammenhalt* in einer sich vertiefenden Europäischen Union neu gedacht werden. Es gehe nicht mehr nur um Solidarität mit den Benachteiligten der „eigenen“ Gesellschaft, sondern um gegenseitige Verantwortung für die Schwächsten überall in Europa. „Wir müssen füreinander eintreten über nationale Grenzen hinaus.“<sup>159</sup> Ziel der *Grünen* sei es, dass alle Menschen Anspruch auf eine soziale Grundsicherung erhalten. Die Höhe solle angelehnt sein an die wirtschaftliche und soziale Situation im jeweiligen Land und sich insbesondere an

der EU-Armutdefinition orientieren. Die Öko-Partei setzt sich deshalb für eine europäische Rahmenrichtlinie für eine Grundsicherung ein, die grundlegende Prinzipien europäisch festschreibt.

*Die Grünen* sprechen sich für eine gute *Gesundheits- und Pflegeversorgung* für alle Menschen in der EU aus. Sie wollen die gesundheitliche Daseinsvorsorge in allen Mitgliedstaaten stärken. Sie streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge auch hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.

Auf **umwelt- und energiepolitischem Gebiet** stehen für *Die Grünen* Klimaschutz und *Energiewende* im Zentrum. Sie sprechen sich für umweltfreundliche Energien und für Emissions-Vermeidung bzw. -Reduzierung aus. *Die Grünen* sehen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und wollen durch Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue Infrastrukturen dringend benötigte Jobs schaffen. Sie verbinden dabei nachhaltiges Wirtschaften mit Effizienz und formulieren Umwelt- und Klimaschutz als globales Problem. Die EU müsse zur Vorreiterin in Sachen Klimaschutz werden, für einen verbindlichen Steigerungsplan für die internationale Klimafinanzierung bis 2020 eintreten und die ab 2020 jährlich zugesagten 100 Milliarden Euro für Klimaanpassungen bereitstellen. Hierzu möchten *Die Grünen* einen „Green Climate Fund“ einrichten. Gleichzeitig verstehen sie Energie- und Klimapolitik als Probleme und Möglichkeiten demokratischer und sozialer Teilhabe vor allem auf kommunaler Ebene.

Ziel der *Grünen* ist ein Europa ohne Atom-, Kohleenergie und Fracking, ein Europa, dessen Wohlstand sich aus umwelt- und klimafreundlichen Energiequellen speist. Die Öko-Partei setzt auf erneuerbare Energien und auf Energieeffizienz, die das Klima schützen und zugleich sicher sind im Unterschied zur Atomkraft und zu fossilen Brennstoffen. *Die Grünen* gehen davon aus, dass die Potenziale an Windkraft, Sonnenenergie, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse „bei weitem“ ausreichen, um den gesamten Energiebedarf der EU in der Zukunft vollständig aus Erneuerbaren Energien zu decken, und fordern den Ausstieg aus der Atomenergie und aus der Kohleverstromung. Nach Dafürhalten der *Grünen* trage gerade die Verringerung des europäischen Kohle-, Gas- und Erdölverbrauchs nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern stärke auch Europas Wirtschaftskraft und beuge internationalen Konflikten um Rohstoffe vor. Durch Abbau von Subventionen würden die realen Kosten der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-intensiven Energieträger wie Kohle, Öl und Gas in den Preisen wiedergespiegelt. Dadurch könnten fast 6 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Aus Sicht der *Grünen* ist es deshalb Zeit für eine europäische Energiewende und für eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE).

*Die Grünen* wollen beim *Emissionshandel* einen Mindestpreis für Emissionszertifikate einführen und überschüssige Zertifikate dauerhaft vom Markt nehmen. Die durch den Emissionshandel eingenommenen Gelder sollen in globale Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen investiert werden. Außerdem müssten der Flugverkehr und die Seeschifffahrt einbezogen werden. Langfristig seien aus Sicht der *Grünen* gleiche

Emissionsrechte pro Kopf anzustreben. Ihr Ziel ist es, den globalen Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, um einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern. Dazu müsse die EU ihre klimaschädlichen Emissionen bis 2050 schrittweise um 90 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduzieren. Bis 2020 sei eine Emissionsminderung um mindestens 30 Prozent zu erreichen. Für 2030 fordert die Öko-Partei einen neuen Dreiklang der Ziele: mindestens 40 Prozent Energieeinsparung, mindestens 45 Prozent erneuerbare Energien und mindestens 55 Prozent Reduzierung der Treibhausgase.

*Die Grünen* halten sich zugute, dass die grüne Forderung nach einer *Verkehrswende* zum Leitmotiv der EU-Verkehrspolitik geworden sei. Ziel sei eine nachhaltige und barrierefreie Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial und wirtschaftlich effizient sein soll. Dies müsse durch Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung von Verkehr erreicht werden, um so die steigenden Verkehrsemissionen wirksam zu senken. Dazu sollen EU-Finanzmittel dort konzentriert werden, wo Konzeptionen transeuropäischer Verkehrsnetze entwickelt werden und zu realen Verbesserungen führen und nachhaltige Mobilität durch Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf Schiene und Wasserwege ermöglicht wird. Der Bau von Kleinstflughäfen oder ökologisch und ökonomisch fragwürdiger Tunnelgroßprojekte sowie überdimensionierte Wasserautobahnen für die Binnenschifffahrt werden abgelehnt. Außerdem setzen *Die Grünen* auf einen Wandel in der Autoindustrie hin zu Elektromobilität sowie ressourcenschonenden und schadstoffarmen Fahrzeugen. *Die Grünen* wollen in der Europäischen Union bis 2025 einen Grenzwert von 60 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer für den Flottendurchschnitt von Neuwagen erreichen.

Die Umweltpartei streitet für gesunde Lebensmittel, eine regional verankerte Lebensmittelerzeugung, bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung. Sie tritt dafür ein, den *ökologischen Landbau* als Leitbild für die Landwirtschaft der Zukunft weiterhin zu fördern und seine positiven Impulse für die Entwicklung ländlicher Regionen zu stärken. Die Öko-Partei strebt EU-weit Programme an, die die Kooperation zwischen Bauern, lokalen und regionalen Verarbeitern und Verbrauchern fördern. *Die Grünen* sind gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und gegen die Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel. Sie lehnen Patente auf Leben, Saatgut, Pflanzen und Tiere ab. Nach dem Willen der Öko-Partei sollen die Entwicklung agrarökologischer Systeme (wie die Kreislaufwirtschaft), dezentrale Energieversorgung und regionale und lokale Kooperationspartnerschaften in die neuen EU-Programme für Innovation, Forschung und Ausbildung Eingang finden.

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** sprechen sich *Die Grünen* für ein bürgernahes Europa und für die Stärkung des Europäischen Parlaments (EP) aus. Sie thematisieren die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie und fordern mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Sie setzen sich für EU-weite und verbindliche Volksentscheide ein und wollen die Europäische Bürgerinitiative zu einem wirksamen Instrument ausbauen. Die Öko-Partei plädiert für transparente Entscheidungen und für eine kleinere Kommission als Hüterin der Verträge. Die Forderung, dass jeder Mitgliedsstaat eine/-n Kommissar/in benennt, widerspreche nach ihrem Dafürhalten

dem Charakter der Kommission als Gemeinschaftsinstitution. *Die Grünen* wollen die Asyl- und Flüchtlingspolitik humaner gestalten.

*Die Grünen* streben ein *Europäisches Parlament* an, das sich auf Augenhöhe mit Rat und Kommission befindet – u.a. durch die volle Beteiligung an der Gesetzgebung in allen Politikbereichen und durch Mitwirkungsmöglichkeiten bei internationalen Verträgen. Dazu seien Vertragsänderungen erforderlich. Es gebe aber auch substantielle Verbesserungen, die sofort in Angriff genommen werden könnten: das Recht einer Minderheit, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, die Möglichkeit namentlicher Abstimmungen in den Ausschüssen und die individuelle Wahl und Abwahl des/der Kommissionspräsident/in durch das Parlament. Zudem müsse aus Sicht der *Grünen* die Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds gegenüber dem EU-Parlament verstärkt Rechenschaft ablegen. Dagegen lehnen *Die Grünen* ein Parallel-Eurozonen-Parlament, wie es von verschiedenen konservativen Kräften in die Diskussion gebracht wurde, entschieden ab.

*Die Grünen* möchten nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch die Rolle der nationalen Parlamente, der Regionen und der Kommunen stärken. Sie versprechen sich beispielsweise mehr Demokratie durch eine „Allianz der Parlamente“. Sie wollen das Instrument der Subsidiaritätskontrolle auf allen Ebenen ausbauen. Sie setzen sich dafür ein, dass kommunale und regionale Parlamente bzw. Gebietskörperschaften ein Recht auf Anhörung und Einflussnahme auf alle übergeordneten Ebenen bis zum Europäischen Parlament haben, ohne dass Länder oder Nationalstaaten dies mit Verweis auf ihre Landeshoheit blockieren könnten.

Die Umwelpartei fordert die Möglichkeit der individuellen Wahl und Abwahl des EU-Kommissionspräsidenten durch das Parlament. Sie verlangt ein *einheitliches europäisches Wahlrecht* bei der Wahl des EP, bei dem europäische Parteien zudem mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten antreten. *Die Grünen* schlagen deshalb eine schrittweise Einführung europaweiter Listen vor, um Wähler/innen die Möglichkeit zu geben, für die Kandidat/innen zu stimmen, die verstärkt gesamteuropäische Interessen vertreten. *Die Grünen* wollen das Wahlrecht außerdem so verändern, dass Unionsbürger/innen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in der EU mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – dies darüber hinaus auch bei kommunalen, regionalen und nationalen Wahlen.

*Die Grünen* wollen auf einem demokratisch legitimierten *Europäischen Konvent*, der – vom Europäischen Parlament geleitet – die Zivilgesellschaft und Sozialpartner einbezieht, die Überarbeitung der Europäischen Verträge vorbereiten und diskutieren. Insbesondere soll der Konvent Vorschläge erarbeiten, wie die europäische Demokratie und die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik weiterentwickelt werden sollen. Über die Ergebnisse dieses Konvents sollen die Bürger/innen in einem europaweiten Referendum abstimmen können.

*Die Grünen* fordern, *Menschenrechte* müssten überall in Europa und für alle durchgesetzt werden. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, ethnischer oder sozialer Herkunft, genetischer Merkmale, von Sprache, Religion oder Glaube,

einer politischen oder anderweitigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, von Eigentumsverhältnissen, Geburt, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder irgendeinem anderen Vorwand dürfe nicht toleriert werden. Die Religions- und Glaubensfreiheit finde ihre Schranken dort, wo im Namen der Religion die Menschenrechte anderer verletzt würden. *Die Grünen* würden deshalb im Europäischen Parlament die Initiative für den Schutz und die Hilfe für die Opfer religiös motivierter Gewalt und die aktive Aufnahme für religiös Verfolgte ergreifen. Sie verlangen zudem mehr Mitbestimmung für Bürgerinnen und Bürger zur Durchsetzung der Menschenrechte. Im Einsatz für die Menschenrechte seien *Die Grünen* gegen den Export von Überwachungstechnik und -software in autoritäre und diktatorische Staaten. *Die Grünen* treten zudem generell für ein Ende der Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa ein.

## Haltung der *Grünen* zu aktuellen Fragen

Im **Ukraine-Konflikt** haben sich führende Repräsentanten der *Grünen* (Rebecca Harms, Katrin Göring-Eckardt, Simone Peter) frühzeitig mit der Maidan-Bewegung solidarisiert und sich dann auf die Seite der neuen prowestlichen ukrainischen Regierung – und damit gegen Russland – gestellt. In diesem Konflikt offenbart sich exemplarisch, dass bei den *Grünen* mehrheitlich ein spezifisches Denken internationaler Beziehungen Platz gegriffen hat, das die Wissenschaft „idealistisch“ nennt und für das Max Weber den Begriff der „Gesinnungsethik“ prägte. Der Journalist Velten Schäfer schreibt, dass dieser Idealismus auf die Wirkmacht von Normen, auf UNO, Menschen- wie Völkerrecht, die „Weltgemeinschaft“ setze und einen progressiven Begriff von „Frieden“ formuliere, der nicht nur Nicht-Krieg zwischen Staaten, sondern Gerechtigkeit innerhalb derselben meine. Damit würden Prinzipien über Abwägungen gestellt.<sup>160</sup>

Von einer solchen Position ausgehend, spielten grüne Politiker den Einfluss rechtsextremistischer Kräfte in der Ukraine herunter und machten sich – bestätigt durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland – zur Speerspitze für Sanktionen gegen Russland. Rebecca Harms, Co-Vorsitzende der Fraktion *Die Grünen/Europäische Freie Allianz* im Europäischen Parlament, und Ralf Fücks, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung, schrieben Anfang März 2014 in einem gemeinsamen Beitrag, dass das Vorgehen Russlands die europäische Friedensordnung aushebele, die auf Gewaltverzicht beruhe. Es sei ein Bruch der UN-Charta durch ein Mitglied des Sicherheitsrats. Das Völkerrecht werde durch das Recht des Stärkeren ersetzt. Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, die von Russland so gern reklamiert werde, erweise sich als rein taktisches Argument. Für die Ukraine sei die Breschnew-Doktrin der „begrenzten Souveränität“ reaktiviert worden: Moskau behalte sich das Recht vor, gegen unliebsame Entwicklungen im „nahen Ausland“ mit allen Formen des politischen, ökonomischen und militärischen Drucks zu intervenieren.<sup>161</sup>

„Die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf diesen Rückfall in alte Zeiten muss klar und bestimmt sein“, forderten Harms und Fücks. „Klar in der Benennung der Ereignisse und bestimmt in der Antwort.“<sup>162</sup> Das gelte umso mehr für die Europäische Union. Es gehe nicht nur um die Verteidigung des demokratischen Aufbruchs in der Ukraine, es gehe um die Ideale eines freien Europas. „Bundesregierung und Europäische Union müssen sich mit allen friedlichen Mitteln gegen diese Aggression stellen. Es braucht eine schnelle und klare gemeinsame Botschaft an Präsident Putin, dass eine Fortsetzung der Gewaltpolitik gegen die Ukraine einen hohen wirtschaftlichen und politischen Preis haben wird.“<sup>163</sup>

Hinsichtlich der **Waffenlieferungen an die Kurden im Irak** zeigten sich *Die Grünen* gespalten.<sup>164</sup> Ein kleiner Teil der Bundestagsabgeordneten der *Grünen* befürwortete Waffenlieferungen, und Parteichef Cem Özdemir erklärte, der „Islamische Staat“ (IS) dürfe niemals erfolgreich sein, sonst drohe ein Terrorstaat schlimmster Prägung. Deshalb müssten die IS-Terrormilizen auf alle Fälle zurückgedrängt werden.<sup>165</sup> „In dieser Situation Waffenlieferungen pauschal abzulehnen, halte ich für falsch. Wenn das Haus brennt, nützt es wenig, wenn die Feuerwehr aus der Brandschutzordnung vorliest“<sup>166</sup>, sagte Özdemir vor der Sondersitzung in einem Zeitungsinterview. Özdemir und andere Befürworter von Waffenlieferungen an die irakischen Kurden konnten sich jedoch in den eigenen Reihen nicht durchsetzen und enthielten sich bei der Abstimmung über den Antrag der Großen Koalition im Bundestag.<sup>167</sup>

Für die Mehrheit der grünen Bundestagsabgeordneten begründete Fraktionschef Anton Hofreiter die Ablehnung des Antrags. Aus seiner Sicht seien die amerikanischen Luftschläge gegen den IS „richtig und notwendig“ gewesen. Er legte dar, dass der Einsatz von militärischer Gewalt manchmal unverzichtbar sein könne und daher in jedem Einzelfall gesondert zu prüfen sei. Und er wies darauf hin, dass es in den Reihen der grünen Bundestagsabgeordneten manchen gebe, der die Sorgen der Regierung teile. Dennoch würden im Fall von Waffenlieferungen in den Irak „die Risiken aus unserer Sicht den kurzfristigen Nutzen überragen“. Schließlich könne niemand mit Gewissheit sagen, ob die Waffen dauerhaft in den richtigen Händen verbleiben würden oder am Ende nicht doch neuen Treibstoff für innerirakische Konflikte liefern würden.<sup>168</sup>

In diesem Kontext forderte Jürgen Trittin im „Deutschlandradio Kultur“ am 3. September 2014 einen generellen Kurswechsel in der Nahostpolitik. Wenn man den IS und ähnliche Formationen eingrenzen und zurückdrängen wolle, dann dürfe man im Konflikt „nicht einseitig Partei ergreifen“ und nicht Regime, „die einem tagespolitisch in den Kram passen, plötzlich hochrücken, um dann im nächsten Fall festzustellen, dass deren Interessen sich gegen einen richten“.<sup>169</sup> Es gelte vielmehr die Finanzierung und die Finanzierungsquellen solcher Bewegungen auszutrocknen, und man dürfe nicht zulassen, dass eigene Verbündete wie Katar und Saudi-Arabien solche Kräfte hinten herum unterstützen. In diesem Kontext müsse man sich auch sehr hart mit der Türkei auseinandersetzen, die nach wie vor das logistische Hinterland für den IS bilde.<sup>170</sup>

In der Frage der **Asylrechtsänderung** brüskierte im September 2014 Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann seine Partei. Unionsgeführte



Landesregierungen hatten frühzeitig damit gedroht, im Bundesrat die Erleichterungen beim Doppelpass zu blockieren, wenn ihre Forderung, bei der Asylrechtsänderung Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer einzustufen, von den Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung blockiert werden würde. Trotz einer Reihe von Zugeständnissen in der Asylfrage (Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme, weitere Liberalisierung der Residenzpflicht, Abschaffung der Sachleistungen, mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge) entschieden der Bundesvorstand und der Parteirat der *Grünen* einen Tag vor der Bundesratssitzung, die Einstufung der drei Balkanländer als sichere Herkunftsländer abzulehnen. Auf der Bundesratssitzung am 19. September 2014 scherte Kretschmann aus der grünen Ablehnungsfront aus und stimmte für das Asylrechtsgesetz der Bundesregierung.<sup>171</sup> „Es ist ein rabenschwarzer Tag für die Flüchtlinge und für die Grünen“<sup>172</sup>, kommentierte Claudia Roth, die grüne Bundestagsvizepräsidentin. Menschenrechtspolitik sei eines der Identifikationsthemen der *Grünen*. Nun bestehe die Gefahr, dass viele sagen, jetzt habe man *Die Grünen* auch dazu gebracht, „zwischen richtigen und falschen Flüchtlingen zu unterscheiden“<sup>173</sup>. Kretschmann schoss mit seiner Zustimmung ein grünes Eigentor, wollten doch *Die Grünen* gerade den Bundesrat zur effektiven Bekämpfung der großen Koalition nutzen. Und: Der Alleingang Kretschmanns zeugt alles andere als von Führungsstärke der Parteispitze.

### **Innerparteiliche Differenzierungsprozesse bei den *Grünen***

Als Reaktion auf die Niederlage der *Grünen* bei der Bundestagswahl 2013 trat die gesamte Führungsspitze der Partei zurück. Während sich die alten Exponenten des linken Parteiflügels bei den Neuwahlen zum Partei- und zum Fraktionsvorstand zurückhielten, kandidierten der zum rechten Parteiflügel zählende bisherige Co-Parteivorsitzende Cem Özdemir erneut für diese Funktion und die ebenfalls zu den Realos gerechnete Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt für den Posten der Co-Fraktionschefin der Öko-Partei im Bundestag. Die Niederlage kreidete man so dem linken Parteiflügel an.

Zugleich wurde damit eine Debatte über eine Neuausrichtung der *Grünen* eingeleitet, die bis heute nicht entschieden ist. Der Flügelstreit schwelt vielmehr vor sich hin. Einflussreiche Landesvorsitzende monieren, die eigentlichen Kontroversen würden nicht ausgetragen. Malte Spitz, viele Jahre Mitglied des Bundesvorstandes und nun im einflussreichen Parteirat, sieht die Partei in der Findungsphase, „wer wir sind und wohin wir wollen“. Die Öko-Partei brauche jetzt grundsätzliche Diskussionen zu den Fragen: „Mit welcher Haltung treten die Grünen auf? Welche Inhalte stellen wir nach vorne?“<sup>174</sup> Wenn m. E. auch stark überinterpretiert, ist dies Ausdruck des Befundes, dass die Niederlage der Partei „zu schweren Beschädigungen des eigenen Selbstverständnisses“<sup>175</sup> (Gérard Bökenkamp) geführt hat. Es verwundert nicht, dass bei der Wahltagbefragung zur Europawahl im Mai 2014 denn auch 70 Prozent der befragten Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der *Grünen* meinten: „Man weiß nicht mehr genau, wofür sie stehen.“<sup>176</sup>

Im Kern geht es bei dem Flügelstreit darum, ob sich *Die Grünen* eher sozial (und damit links) verorten und sich im Interesse von Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und einer modernen Gesellschaft für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums engagieren oder ob sie sich „wirtschaftsnah“ orientieren und dem konservativen Lager annähern sollten, an das sie schon seit ihrer Gründung mit ihren Nachhaltigkeits- und Erhaltungsgedanken anschlussfähig sind. „Das Ökologische ist der Kern der Partei“, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, der Grüne Robert Habeck. „Und der ist anschlussfähig auch an einen konservativen Diskurs.“<sup>177</sup>

Mit der Begrifflichkeit des früheren *Grünen*-Parteichefs Ludger Volmer geht es faktisch darum, ob sich *Die Grünen* künftig eher „sozialökologisch“ oder eher „ökoliberal“ aufstellen.<sup>178</sup> Das Grundsatzprogramm der Partei aus dem Jahr 2002 bietet für beides genügend Ansätze.<sup>179</sup> Ganz praktisch kulminiert die Auseinandersetzung in der Frage: Soll sich die Öko-Partei weiter für höhere Steuern einsetzen oder soll sie diese Forderung fallen lassen?

Einige Vertreter des Realo-Flügels haben in verschiedenen Interviews verlangt, *Die Grünen* sollten das Erbe der FDP antreten.<sup>180</sup> „Wir sollten die liberale Partei in Deutschland sein, denn eine relevante andere gibt es nicht mehr“<sup>181</sup>, erklärte der grüne hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Er hofft, einen Teil der früheren FDP-Klientel, der sich enttäuscht von den Freien Demokraten abwendet, erfolgreich ansprechen zu können.<sup>182</sup> Auch der langjährige Landesvorsitzende der bayerischen *Grünen*, Dieter Janecek, will die Lücke, die die FDP hinterlassen hat, durch die Öko-Partei füllen. „Die Grünen sollten den Abgang der FDP nutzen, endlich konsequent für echten Wettbewerb einzutreten und dem Staatsdirigismus der großen Koalition Einhalt zu gebieten“, verlangte er und sieht darin die Chance, die Zustimmung zu den *Grünen* zu erhöhen. „Ökologie und Ökonomie versöhnen, die führende Stimme sein für Freiheit und Selbstbestimmung – so stelle ich mir die Rolle der Grünen vor“<sup>183</sup>, erklärte Janecek.

Offen blieb allerdings bei den verschiedenen Akteuren, *welches* Erbe der FDP gemeint war – das bürgerrechtlich-liberale im Sinne von mehr Demokratie und Teilhabe, das der Freiburger Thesen der FDP von 1971 mit ihrem reformorientierten „Sozialen Liberalismus“ oder das neoliberale im Sinne des wirtschaftspolitischen Laissez-faire und eines entfesselten marktradikalen Kapitalismus, eine Frage, auf die es auch nach einem eintägigen Freiheitskongress der grünen Bundestagsfraktion Mitte September 2014 in Berlin offenbar keine klare Antwort gab.<sup>184</sup> Das bürgerrechtlich-liberale Erbe, das die FDP der Westerwelles, Möllemanns und Röslers ausgeschlagen hatte, haben *Die Grünen* jedenfalls längst angetreten. Die Parteivorsitzende Simone Peter antwortete Anfang August 2014 auf die Frage nach der neuen politischen Ausrichtung der *Grünen*: „Ich würde uns als linkslibertäre Partei bezeichnen. Wir ermöglichen allen eine selbstbestimmte Lebensführung, die auf den Grundwerten Ökologie und soziale Gerechtigkeit fußt.“<sup>185</sup>

Zugleich machte die Parteichefin deutlich, dass sie auch im nächsten Bundestagswahlkampf für Steuererhöhungen eintreten will: „Klar ist, dass die Grünen keine Steuerersenkungspartei werden.“<sup>186</sup> Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Peter will bis 2017 ein Konzept zur Steuerpolitik vorlegen. Da werde es auch um Themen wie Vermögensbesteuerung und Spitzensteuersatz gehen. Steuererhöhungen seien unausweichlich, um die strukturellen Probleme der Verschuldung und der Verteilungsgerechtigkeit zu lösen. Zudem seien Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur in Deutschland unterfinanziert. In diesem Kontext wies Simone Peter den Vorschlag des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, zurück, um Mitglieder der FDP zu werben. Die FDP habe sich überflüssig gemacht, weil sie nur noch die wirtschaftliche Freiheit im Sinn hat. „Ich würde mich nicht dafür verkämpfen, die restlichen FDP-Mitglieder für uns zu gewinnen.“<sup>187</sup>

Drei Wochen später erklärte Katrin Göring-Eckardt, dass es falsch gewesen wäre, gleichzeitig eine höhere Erbschaftssteuer und eine Vermögenssteuer (resp. eine Vermögensabgabe) zu fordern. Den größten Sündenfall in der jüngsten Parteigeschichte sah sie darin, dass *Die Grünen* das Ehegattensplitting streichen wollten.<sup>188</sup> Sie begründete das nicht pragmatisch damit, dass sich die Wählerklientel der Öko-Partei im Bundestagswahlkampf 2013 dagegen ausgesprochen hatte, sondern argumentierte ideologisch: „Das Ehegattensplitting einfach abzuschaffen würde am Ende viele treffen, die Kinder haben.“<sup>189</sup> Es sei den *Grünen* zwar darum gegangen, nicht mehr die Ehe, sondern die Kinder zu fördern. Jedoch sei das Konzept der Kindergrundsicherung der *Grünen* im Bundestagswahlkampf noch kein überzeugendes Modell gewesen, „um das auszugleichen“<sup>190</sup>.

Gegen diese Position regte sich zugleich innerparteilicher Widerstand. Sogar Parteichef Cem Özdemir erklärte der Tageszeitung „taz“: „Das Ziel, das Ehegatten-Splitting abzuschaffen, bleibt. Das Splitting ist eine riesige sozialpolitische Schweinerei.“<sup>191</sup> Bundesgeschäftsführer Michael Kellner und die familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Franziska Brantner, verteidigten in einem gemeinsamen Papier mit dem Titel „Kinder sind unsere Großprojekte, nicht die Ehe“ die Forderung nach Abschaffung des Ehegatten-Splittings.<sup>192</sup> Künftige steuerliche Vorteile sollten daher „nicht für Ehen gelten, sondern für alle Formen der Partnerschaft, in denen Kinder erzogen werden“<sup>193</sup>. Steuervorteile sollen am Kind festgemacht werden und nicht am Trauschein. Den Steuervorteil für bereits verheiratete Paare wollen sie jedoch nicht antasten, da Lebensentwürfe nicht von heute auf morgen rückwirkend angepasst werden könnten.<sup>194</sup>

Eine Hauptrolle spielten Liberalismus- und Steuerdebatte auf der zweitägigen Klausur des Bundesvorstandes der Partei Anfang September 2014 in Potsdam und in ihrem Umfeld. Nach der Tagung erklärte Parteichef Özdemir, *Die Grünen* müssten sich aus seiner Sicht mehr um den Mittelstand kümmern<sup>195</sup> – ganz im Sinne von Winfried Kretschmann, der gefordert hatte, *Die Grünen* sollten Unternehmen keine zu hohen steuerlichen Belastungen zumuten.<sup>196</sup> Unterstützung erhielt diese Position durch ein Papier der finanzpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Titel „Nachhaltig aus der Schuldenkrise – für eine finanzpolitische Zeitenwende“, das am 7. Oktober 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die von der den Realos zugerechneten

Bundestagsabgeordneten Anja Hajduk geleitete Kommission kam darin zu dem Schluss, dass eine einmalige Vermögensabgabe oder eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer „wenig realistisch“ sei: „Vor allem die Mittelständler fühlten sich davon bedroht und machten ihren Einfluss gegen diese Pläne geltend.“<sup>197</sup>

Bereits Mitte August 2014 hatte sich Kretschmanns Wissenschaftsministerin Theresia Bauer in einem gemeinsamen Papier mit der für Wirtschaft zuständigen Bundestagsvizefraktionsvorsitzenden Kerstin Andreae und weiteren Autoren aus Baden-Württemberg für eine marktliberale Politik stark gemacht. Sie verlangten, *Die Grünen* müssten „wieder mutiger werden und Deregulierung und Entbürokratisierung nicht mehr nur mit spitzen Fingern anfassen“. Eine grüne „Politik der Freiheit“ bedeute „Freiräume im Markt zu erhalten, damit Menschen Möglichkeiten eröffnet werden, sich innovativ zu entfalten und den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen“.<sup>198</sup>

Parteichefin Simone Peter betonte hingegen nach der Klausur, dass zu einem liberalen Verständnis auch „soziale Verantwortung“ gehöre.<sup>199</sup> Der ebenfalls zum linken Parteiflügel gerechnete Michael Kellner hatte in einem Thesen-Papier „Freiheit und Selbstbestimmung“ für die Klausurtagung für dieses Verständnis von Liberalismus die Vorlage geliefert: „Es gibt unterschiedliche Freiheitsbegriffe. Dem neoliberalen Verständnis mit Fokus auf die Ellenbogen und das Recht des Stärkeren setzen wir unsere grüne Freiheitserzählung entgegen. Diese Freiheit ist voraussetzungsreich und braucht soziale Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibt die Freiheit zur Selbstbestimmung auf wenige begrenzt, die sich diese leisten können.“<sup>200</sup> Nicht zuletzt müsse der „aus dem Ruder gelaufene Wirtschaftsliberalismus [...] eingehegt werden“<sup>201</sup>.

In der Diskussion um die künftige Ausrichtung der *Grünen* meldete sich in der zweiten August-Hälfte 2014 auch der äußerste linke Flügel der Partei zu Wort. In einem Papier mit dem Titel „Grüner Neuaufbruch – grün. links. libertär“ forderten der Gelsenkirchener Parteirebell Robert Zion, der frühere Parteivorsitzende Ludger Volmer, der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Sebastian Lüdecke, das Bundesparteiratsmitglied Rasmus Andresen, die MdB Wolfgang Strengmann-Kuhn und Corinna Ruffer, der Mitbegründer des Neuen Forums, Hans-Jochen Tschiche, eine Reihe Landtagsabgeordneter und weitere Funktionsträger der Partei: „Keinen Schritt mehr nach rechts!“<sup>202</sup> Das Bürgerliche dürfe für *Die Grünen* keine Chiffre sein, um eine Rechtsverschiebung der Partei zu rechtfertigen. Die Unterzeichner des Papiers stellen sich „gegen den neoliberalen Mainstream in der Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik wie gegen den neokonservativen Mainstream in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, der auch in Teilen der Partei immer noch aufscheint“<sup>203</sup>.

Die Wirtschaft brauche ein klares sozial-ökologisches Regel- und Rahmenwerk für mehr Effizienz, Suffizienz und Konsistenz und eine „ehrliche Diskussion über unseren Lebensstil“,<sup>204</sup> heißt es in dem „Neuaufbruch“-Papier, das sich ausdrücklich auf die Freiburger Thesen der FDP bezieht und an die Ideen des Ordo-Liberalismus anknüpft. Dabei sei der Markt zuerst ein Instrument zur Machtminimierung in der Wirtschaft und kein Selbstzweck. Für *Die Grünen* sei das Recht zum Schutz derjenigen da, „die in unseren ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen sonst keinen

Schutz haben“. Darum seien das Ordnungsrecht und die Ordnungspolitik zentrale Hebel zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. „Machtpolitisch kommt dies einem sozial-ökologischen Interessenausgleich und damit einem gesellschaftlichen und politischen Mitte-Unten-Bündnis gleich.“<sup>205</sup> Die Unterzeichner wollen daher die ordo-liberale Tradition wieder aufgreifen, „unsere Machtwirtschaft überwinden und Konzerne und Konzernverbände entflechten, Geschäfts- von Investmentbanken trennen, sowie das Recht zur Geldschöpfung den Privatbanken entziehen und in öffentlich-rechtliche Hand geben“<sup>206</sup>.

Im „Neuaufbruch“-Papier wird konstatiert, dass die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriegesellschaften mittlerweile eine die Demokratie und die Freiheit zerstörende Form angenommen habe. Darum solle mittel- und langfristig eine breitere Vermögensstreuung erreicht werden. „In einem ersten Schritt halten wir daher an einer einmaligen Vermögensabgabe fest. Dem muss im zweiten Schritt eine breite Verteilung der Vermögenszuwächse durch die Einführung einer neu zu konzipierenden Erbschaftsabgabe folgen.“<sup>207</sup> Zudem soll nach einem Stufenmodell ein allgemeines Grundeinkommen eingeführt werden, denn die Diversifizierung des Arbeitslebens in der Gesellschaft verlange eine Abkehr von sozialdemokratischen und konservativen Sozialstaatsmodellen und eine Universalisierung der sozialen Sicherungen.<sup>208</sup> Die Unterzeichner wollen sich „nicht dem kapitalistischen Albtraum unterwerfen, aber auch keinen sozialistischen Träumereien nachjagen“<sup>209</sup>. Aber: „Wir brauchen wieder einen Horizont, der nicht nur auf die nächste Regierungsoption reduziert ist.“<sup>210</sup>

Im Kontext der Liberalismus-Diskussion und der steuerpolitischen Debatte wurden schwarz-grüne Farbenspiele neu belebt. Cem Özdemir nahm Anfang Juli 2014 eine Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Studenten an der Tsinghua-Universität in Peking zum Anlass, um in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur einem schwarz-grünen Bündnis auf Bundesebene neue Chancen einzuräumen. Die Kanzlerin habe klare Anleihen bei seiner Partei genommen und „in Teilen das Grundsatzzprogramm der Grünen vorgetragen. Es ging um die Energiewende, Nachhaltigkeit, Genderfragen, soziale Gerechtigkeit, sogar Lesben und Schwule fanden Erwähnung.“ Die CDU-Vorsitzende versuche, aus den grünen Ideen eine *deutsche Geschichte* zu machen. Das sei „ein großes Kompliment an uns Grüne und eigentlich eine nachträgliche Kritik an ihrer Politik und der ihrer Vorgänger“. Nun gehe es darum, mit der Verwirklichung grüner Politik zu beginnen. „Die anderen haben unsere Ideen zwar erkannt, aber wir sind die Erfinder und verstehen nun mal mehr davon. Deshalb wird es Zeit, dass meine Partei der Nachhaltigkeit an der Regierung für das neue ökologisch-soziale Made-in-Germany verantwortlich wird.“<sup>211</sup>

In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ Ende Juli 2014 erklärte Katrin Göring-Eckardt, sie halte eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene für möglich. *Die Grünen* gingen jedoch als eigenständige Kraft in den Wahlkampf. Ob Schwarz-Grün komme, würden die Inhalte entscheiden – in der Energie-, in der Landwirtschafts- oder auch in der Migrationspolitik. „Wir schließen nichts aus, wir verabreden aber auch nichts“, sagte die Fraktionschefin. „Eins ist jedoch schon jetzt klar: Das werden keine leichten Verhandlungen.“<sup>212</sup>

Im gleichen Interview äußerte sich Göring-Eckardt zu einem Dreierbündnis Rot-Rot-Grün nach der nächsten Bundestagswahl äußerst skeptisch: Wenn sich DIE LINKE außenpolitisch nicht bewege, werde es Rot-Rot-Grün im Bund nicht geben. „Ich habe den Eindruck, in der Linken gibt es starke Kräfte, die alles dafür tun, durch Radikalopposition eine Regierungsperspektive zu verhindern“<sup>213</sup>, betonte die Politikerin. Das schien sie allerdings nicht wirklich zu bekümmern, wie die „Süddeutsche Zeitung“ anmerkte. Zu deutlich sprach Göring-Eckardt in einem Interview mit dem Berliner „Tagespiegel“ von „Welten“, die *Die Grünen* und DIE LINKE in der Außenpolitik, aber auch in der Haushalts- und Finanzpolitik trennen.<sup>214</sup>

Demgegenüber sah Parteichefin Simone Peter im Sommer-Interview mit der Zeitung „Die Welt am Sonntag“ Anfang August 2014 nicht, dass die Schnittmengen für Schwarz-Grün nach der nächsten Bundestagswahl groß genug wären: „Bei den Sondierungen nach der vergangenen Bundestagswahl waren die Schnittmengen zu gering. Und ich sehe nicht, dass sich Union und Grüne seither in irgendeiner Form angenähert hätten. Rüstungsexporte, Flüchtlingspolitik, Klimafragen, Betreuungsgeld, Gleichstellung, Pkw-Maut – ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Punkten nennen, bei denen ich wenig Gemeinsamkeiten zwischen Union und Grünen entdecken kann. [...] Da sehe ich größere Schnittmengen mit Rot-Rot, etwa wenn es um Verteilungsgerechtigkeit und Bürgerrechte geht.“<sup>215</sup>

Auch Anton Hofreiter, der in den vergangenen Jahren „R2G“ in der sogenannten Oslo-Gruppe sondiert hatte, erklärte mehrfach seine Sympathien für eine Koalition aus SPD, *Grünen* und LINKEN, ohne Schwarz-Grün prinzipiell auszuschließen. Anfang November 2013 sagte er, er werde sich „weiter dafür engagieren, dass die demokratische Option Rot-Rot-Grün möglich sein muss“<sup>216</sup>.

Bei diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich natürlich auch mit persönlichen Ambitionen verbinden, geht es letztlich um den Platz der *Grünen* im politischen System der Bundesrepublik, um ihre Positionierung zu den konkurrierenden Parteien und um ihr spezifisches Profil. Für DIE LINKE ist dabei wichtig, dass *Die Grünen* in vielerlei Hinsicht im Widerspruch zur traditionellen Theorie der Linken stehen. „Die Grünen sind von ihrem theoretischen Anspruch her keine sozialistische Partei“, schrieb Daniel Cohn-Bendit bereits 2001. „Die Aufgabe der Grünen ist die Reform der Industriegesellschaft und nicht, ein neues sozialistisches Experiment zu wagen.“<sup>217</sup> In diesem Sinne formulierte Michael Kellner in seinem oben erwähnten Thesen-Papier für die Klausur der *Grünen*-Spitze Anfang September 2014: „Wir sind als Grüne weder eine konservative, noch eine liberale oder sozialdemokratische Partei, sondern eine eigenständige politische Kraft. Wir sind auch keine Scharnierpartei, sondern grün ist grün – das wird so bleiben. Die Nachfolgerin der FDP wollen wir nicht werden, sondern klar das grüne Profil herausarbeiten.“<sup>218</sup> Waren *Die Grünen* in den 1980er Jahren eine radikal-demokratische Umwelt-Partei, so sind sie heute eine linksliberale ökologische Reformpartei. Wenn auch damals in rebellischem Aufzug, waren *Die Grünen* soziologisch immer eine bürgerliche Partei. Sie sind heute eine Partei, die sich längst nicht mehr – wie damals – als Alternative *zum* Parteiensystem begreift, sondern sich als Alternative *in* diesem System sieht.

Die Perspektiven der *Grünen* als etablierte Partei im politischen Betrieb mit starkem gesellschaftlich-kulturellem Einfluss sind trotz der Wahlniederlage im Herbst 2013 keineswegs ungünstig, wie auch der Ausgang der Europawahl 2014 belegt, und mit dem Beschluss der BDK vom Oktober 2013 zur Frage künftiger Koalitionen sind die strategischen Optionen der Partei gewachsen. Die Politikwissenschaftlerin Saskia Richter schreibt, zwar hätten *Die Grünen* ihr zweistelliges Wahlziel bei der Bundestagswahl 2013 nicht erreicht, „doch die machtpolitischen Aussichten und Möglichkeiten sind nach der Bundestagswahl 2013 gar nicht so schlecht“<sup>219</sup>. Erstmals hätten *Die Grünen* drei Koalitionsoptionen auf Bundesebene: Rot-Grün, Rot-Rot-Grün und Schwarz-Grün. „Die reale Machtoption ist für die Umweltpartei *die* Chance, politischen Einfluss zu nehmen.“<sup>220</sup>

### **Ausblick: Schwarz-Grün auf Bundesebene?**

Nach wie vor übt Schwarz-Grün Strahlkraft wie ein ferner Leuchtturm auf das Feuilleton aus. Insbesondere unter Journalisten, aber auch unter professionellen Beobachtern der Berliner Politik-Szene finden sich die glühendsten Verfechter dieser Koalitionskonstellation auf Bundesebene.<sup>221</sup> Dabei dürfte diese Konstellation vor 2017 überhaupt nicht zum Tragen kommen. Und auch dann erscheint sie bei näherer Betrachtung höchstens als Reserveoption oder als Notlösung realistisch.<sup>222</sup> Krista Sager, die ehemalige grüne Hamburger Bürgermeisterin und Senatorin und dem Realo-Lager zugerechnet, betont: „Schwarz-Grün ist für beide Seiten keine Wunschpaarung, sondern eher eine zusätzliche denkbare Option unter den Bedingungen erschwerter Mehrheitsbildung.“<sup>223</sup>

Zwar haben *Die Grünen* auf ihrem Parteitag im Oktober 2013 unter dem Eindruck ihrer Wahlniederlage bei der Bundestagswahl formal den Weg für eine Koalition mit der Union auch auf Bundesebene frei gemacht, doch sprechen gewichtige Fakten gegen die Realisierung dieser Idee:

**Erstens** auf der *Ebene der politischen Inhalte bzw. programmatischen Schnittmengen*: Einerseits hat die Union bis dato unüberwindbar gehaltene Hürden mit ihrer doppelten Wende in der Atompolitik, mit dem Einlenken in Sachen gesetzlicher Mindestlohn oder mit dem Kompromiss hinsichtlich der doppelten Staatsbürgerschaft aus dem Weg geräumt. Andererseits verweigert sie sich notwendigen Steuererhöhungen für die Energiewende und für die Verringerung der sozialen Kluft in der Gesellschaft, die *Die Grünen* für notwendig halten. Die Haltung der CDU/CSU zur Integrations- und Einwanderungsfrage ist aus ihrer Sicht ungeklärt. Die Union setzt im Gegensatz zur Öko-Partei auf Braunkohleverstromung und bremst Erneuerbare Energien aus. Sie präferiert mit der „Herdprämie“ die häusliche Betreuung statt diejenige in der Kita. Die CDU/CSU befürwortet die Vorratsdatenspeicherung und stellt Sicherheit gegen Freiheit. Sie preist die Gentechnik und bevorzugt die konventionelle Landwirtschaft gegenüber dem Ökolandbau. Nicht zuletzt gibt es Differenzen zwischen CDU/CSU und *Grünen* in der

Europa-Politik – von der Frage des Umgangs mit den Krisenstaaten über die europäische Finanzpolitik (Stichwort: Eurobonds) und die europäische Sozialpolitik (Stichwort: Sozialpakt) bis zur Frage einer künftigen Voll-Mitgliedschaft der Türkei.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, einst zur „Pizza-Connection“ junger Abgeordneter aus Union und *Grünen* gehörend, konstatierte daher, dass vor allem auf Bundesebene gelte: „Für ein schwarz-grünes Bündnis müssten Union und Grüne mehr Kröten schlucken, als die Grünen bislang über die Straße getragen haben.“<sup>224</sup>

**Zweitens** auf der *soziologisch-mental* Ebene: Zwar gibt es in der Führungsetage der Union Modernisierer, die programmatisch Ökonomie und Ökologie mit einander verbinden wollen und die der Union ein zeitgemäßes Gesicht geben möchten, aber: „An der Basis der Union“ – so der Gießener Politikwissenschaftler Claus Leggewie – „bleibt das blanke Ressentiment gegen das grüne Milieu und die Verbundenheit mit der Großindustrie. Und bei vielen Wählern und Funktionären der Grünen ist es spiegelverkehrt.“<sup>225</sup>

Für den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter gehören *Die Grünen* nicht nur zum deutschen Bürgertum. Sie würden vielmehr gar dessen elitäre Ausprägung verkörpern. Gerade darin sieht Walter ein Problem für ein schwarz-grünes Bündnis. Denn die Union sei in ihrer Gesamtheit sehr viel weniger bürgerlich, „sehr viel weniger modern, urban, postindustriell, sozial privilegiert und säkularisiert“. Die „Heimaten der Union“ würden stattdessen im ländlichen Bereich, in kirchennahen Schichten, bei Zugehörigen des primären Sektors, bei älteren Menschen und (auch) bei gering verdienenden Bürgern liegen.<sup>226</sup> Von daher sei jede Koalition mit den *Grünen* „für eine Volkspartei mit plebejischen Traditionen und noch verbliebenen Sozialverwurzelungen auch in den Untergeschossen der Gesellschaft ganz unzweifelhaft riskant. Das gilt auch für Schwarz-Grün.“<sup>227</sup>

Franz Walter erinnert daran, dass sich politische Lager gesellschaftlich und politisch nicht ohne Grund bilden. „Sie bergen vielmehr lange, prägende historische Erfahrungen der sozialen Gegensätze, vor allem der kulturell aufgeladenen, dadurch [mit] von den Akteuren oft genug mit Verbitterung erinnelter Konfrontationen verbunden.“<sup>228</sup> Daher seien neue Lagerkonfigurationen keineswegs einfach taktisch herzustellen, seien sie nicht allein aus Gründen vermehrter Machtoptionen oder arithmetischer Möglichkeiten von oben einzuleiten.<sup>229</sup>

Krista Sager schreibt: „Wenn durch Koalitionsbildungen grundsätzliche Lebenseinstellungen und Wertemuster in Frage gestellt werden, dann ist klar, dass man mit schwarz-grünen Experimenten extrem behutsam umgehen muss und eine Überforderung der eigenen Wählerschaft eine ständige Gefahr darstellt.“<sup>230</sup> Und selbst Tarek Al-Wazir betont, für eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene „muss man auch eine Partei im Rücken haben, die das aushält“<sup>231</sup>.

Von daher warnt der grüne Realo-Vordenker Hubert Kleinert seine Partei vor einer offensiven Strategie des „Lagerwechsels“ von Rot zu Schwarz auf überregionaler Ebene, „weil sie die Grünen-Wählerschaft hochwahrscheinlich auseinanderreißen würde. Sie würde sowohl die klassische Kernwählerschaft der Grünen stark verunsichern als



auch einen erheblichen Teil der in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Wähler, die vielfach frühere SPD-Wähler sind, abschrecken.“<sup>232</sup> Kleinert hält dagegen eine defensiv angelegte Strategie, die mit der Alternativlosigkeit von Mehrheitskonstellationen im Rücken auf die Überzeugungskraft machtpragmatischer Argumente setzt, für weit eher vermittelbar.<sup>233</sup> Der Politikwissenschaftler Helmut Wiesenthal gab den *Grünen* zu bedenken: „Die Aussicht auf Schwarz-Grün würde die Grünen wesentlich mehr WählerInnen aus dem Mitte-links-Spektrum kosten, als sie aus dem Mitte-rechts-Spektrum gewinnen könnten.“<sup>234</sup> Schlimmer noch: *Die Grünen* würden eine Vielzahl treuer Stammwähler weit über den Wahltag hinaus enttäuschen.<sup>235</sup>

Nach wie vor überwiegen in der Anhängerschaft der *Grünen* die Befürworter von Rot-Grün und in derjenigen der CDU/CSU die Befürworter von Schwarz-Gelb. „Doch auf beiden Seiten ist die Offenheit für Schwarz-Grün deutlich gewachsen.“<sup>236</sup> Dies dürfte sich auf Seiten der Unions-Anhänger angesichts der Krise der FDP weiter verstärken.

Selbst in der Gesamtbevölkerung hat eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene einen weit geringeren Stellenwert als eine Koalition aus SPD und *Grünen* oder aus CDU/CSU und FDP. In der Wahltagbefragung von Infratest dimap für die ARD am 22. September 2013 antworteten auf die Frage „Welche Koalition wäre gut für das Land?“ 43 Prozent der Befragten „SPD/*Grüne*“ und 41 Prozent „Union/FDP“, aber nur 27 Prozent „Union/*Grüne*“.<sup>237</sup>

Bei der Wahltagbefragung von Infratest dimap am Tag der Bundestagswahl 2009 wünschten sich 70 Prozent der Unions-Wähler eine Koalition aus CDU/CSU und FDP, aber nur 3 Prozent eine Koalition aus Union und *Grünen*. Umgekehrt wünschten sich nur 15 Prozent der Grün-Wähler eine Koalition aus Union und *Grünen*, hingegen 39 Prozent eine Koalition aus SPD, LINKE und *Grünen* bzw. 32 Prozent eine Ampel-Koalition.<sup>238</sup> Vier Jahre später hatten sich die Gewichtungen deutlich zugunsten von Schwarz-Grün verschoben. Gleichwohl blieben die Anhänger dieser Koalitionskonstellation weiterhin in der Minderheit. In der Befragung der Forschungsgruppe Wahlen in der Woche vor der Bundestagswahl 2013 fanden unter Unionsanhängern 66 Prozent Schwarz-Gelb und 64 Prozent Schwarz-Rot gut, aber nur 38 Prozent Schwarz-Grün. Unter den Anhängern der Grünen bewerteten 52 Prozent Schwarz-Grün positiv, während 87 Prozent Rot-Grün begrüßt hätten.<sup>239</sup>

Nach wie vor ist die Wähler austausch zwischen *Grünen* und SPD deutlich stärker ausgeprägt als der zwischen *Grünen* und CDU/CSU, und umgekehrt ist in dieser Hinsicht die Nähe der FDP-Wähler zu denen der Union weitaus stärker als der zu denen der SPD. Bei der Bundestagswahl 2013 wanderten (im Vergleich mit der Bundestagswahl 2009) 1.430.000 Wähler zwischen *Grünen* und SPD und nur 700.000 Wähler zwischen *Grünen* und Union. Bei den Wanderungen zwischen FDP und CDU/CSU und denen zwischen FDP und SPD verhielt es sich spiegelverkehrt: Zwischen FDP und Union wanderten 2.810.000 Wähler, zwischen FDP und SPD nur 630.000 Wähler.<sup>240</sup>

**Drittens** auf der *Ebene der handelnden Personen*: In Hamburg hing Wohl und Wehe der schwarz-grünen Koalition auf Landesebene an dem CDU-Politiker Ole von Beust, der seiner Regierung das Flair einer liberalen weltoffenen Großstadtpolitik gab und der

damit das unterschiedliche Personal der beiden Parteien bündeln und zusammenhalten konnte. Sein Rückzug, der mit der Niederlage im Bürgerentscheid zur Schulreform zusammenfiel, leitete das Ende dieser Koalition ein. Mit Christoph Ahlhaus übernahm ein CDU-Politiker die Nachfolge von Ole von Beust, „der dessen Rolle in keiner Weise ersetzen konnte, sondern in jeder Hinsicht eine personelle Fehlbesetzung für eine glaubwürdige Schwarz-Grün-Option war“<sup>241</sup>.

Auf Bundesebene ist derzeit nicht zu erkennen, dass es in beiden Parteien genügend Führungspersönlichkeiten gibt, zwischen denen „die Chemie stimmt“, die in der Lage wären, ihre Parteimitglieder „mitzunehmen“, und die zum Kern einer schwarz-grünen Koalition werden könnten.

Insgesamt kann man m. E. den Politikwissenschaftlern Volker Kronenberg und Christoph Weckenbrock zustimmen, die die Auffassung vertreten, im Licht der Debatten um Selbstverständnis und strategische Ausrichtung der bundesrepublikanischen Parteien stehe generell bereits jetzt schon fest, dass von einer zwangsläufigen Entwicklung in eine bestimmte Richtung – aufeinander zu, voneinander weg, nebeneinander her – heute keine Rede mehr sein könne. Das bedeute, „dass von einem zwangsläufigen koalitionspolitischen Aufeinander-Zu-Bewegen von Schwarz und Grün nicht die Rede sein kann“<sup>242</sup>.

Berlin, 1. November 2014

# Anhang

## Zusammensetzung des Bundesvorstandes der *Grünen* (seit Oktober 2013)

Parteivorsitzende:	Simone Peter	mit 75,91 % der Stimmen gewählt	zum linken Flügel der Partei gerechnet
Parteivorsitzender:	Cem Özdemir	mit 71,41 % der Stimmen gewählt	zum Realo-Flügel gehörend
Politischer Bundesgeschäftsführer:	Michael Kellner	mit 88,53 % der Stimmen gewählt	zum linken Flügel der Partei gerechnet
Bundesschatzmeister:	Benedikt Mayer	mit 91,82 % der Stimmen gewählt	-
Beisitzerin und Frauenpolitische Sprecherin:	Gesine Agena	mit 80,94 % der Stimmen gewählt	zum linken Flügel der Partei gerechnet
Beisitzerin:	Bettina Jarasch	mit 84,53 % der Stimmen gewählt	zum Realo-Flügel gerechnet

## Zusammensetzung des Parteirates der *Grünen* (seit Oktober 2013)

Name, Vorname	Anteil der Stimmen in Prozent	Bemerkungen
Al-Wazir, Tarek	73,11	
Andresen, Rasmus	55,32	
Baerbock, Annalena	74,71	
Dalbert, Claudia	54,68	neu im Parteirat
Bonde, Alexander	50,83	neu im Parteirat
Göring-Eckardt, Katrin	64,62	
Harms, Rebecca	71,93	
Haßelmann, Britta	76,61	Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der <i>Grünen</i> im Bundestag; neu im Parteirat
Hofreiter, Anton	83,51	neu im Parteirat
Höhn, Bärbel	77,34	

Name, Vorname	Anteil der Stimmen in Prozent	Bemerkungen
Kellner, Michael	-	als Politischer Bundesgeschäftsführer geborenes Mitglied des Parteirats; neu im Parteirat
Löhrmann, Sylvia	79,82	Stellvertretende Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen; neu im Parteirat
Özdemir, Cem	-	als Bundesvorsitzender geborenes Mitglied des Parteirats
Peter, Simone	-	als Bundesvorsitzende geborenes Mitglied des Parteirats; neu im Parteirat
Schick, Gerhard	63,60	
Spitz, Malte	78,01	neu im Parteirat

*Nicht mehr zur Wahl in den Parteirat angetreten:* Gesine Agena, Volker Beck, Renate Künast, Johannes Remmel, Theresa Schopper und Jürgen Trittin.

*Durch Rücktritt vom Amt der Bundesvorsitzenden bzw. der Politischen Geschäftsführerin nicht mehr im Parteirat vertreten:* Claudia Roth und Steffi Lemke.

*Zur Wahl in den Parteirat angetreten, aber nicht gewählt:* Daniel Köbler, Jürgen Löhnert, Christian Ryll und Robert Zion.

## **Abgeordnete der *Grünen* im Deutschen Bundestag im Ergebnis der Bundestagswahl 2013<sup>243</sup>**

- Amtsberg, Luise
- Andreae, Kerstin (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Koordinatorin des Arbeitskreises Wirtschaft, Finanzen & Soziales)
- Baerbock, Annalena Charlotte Alma
- Beck, Marieluise
- Beck, Volker
- Brantner, Dr. Franziska
- Brugger, Agnes
- Deligöz, Ekin
- Dörner, Katja (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Koordinatorin des Arbeitskreises Wissen, Generationen und Gesundheit)
- Dröge, Katharina

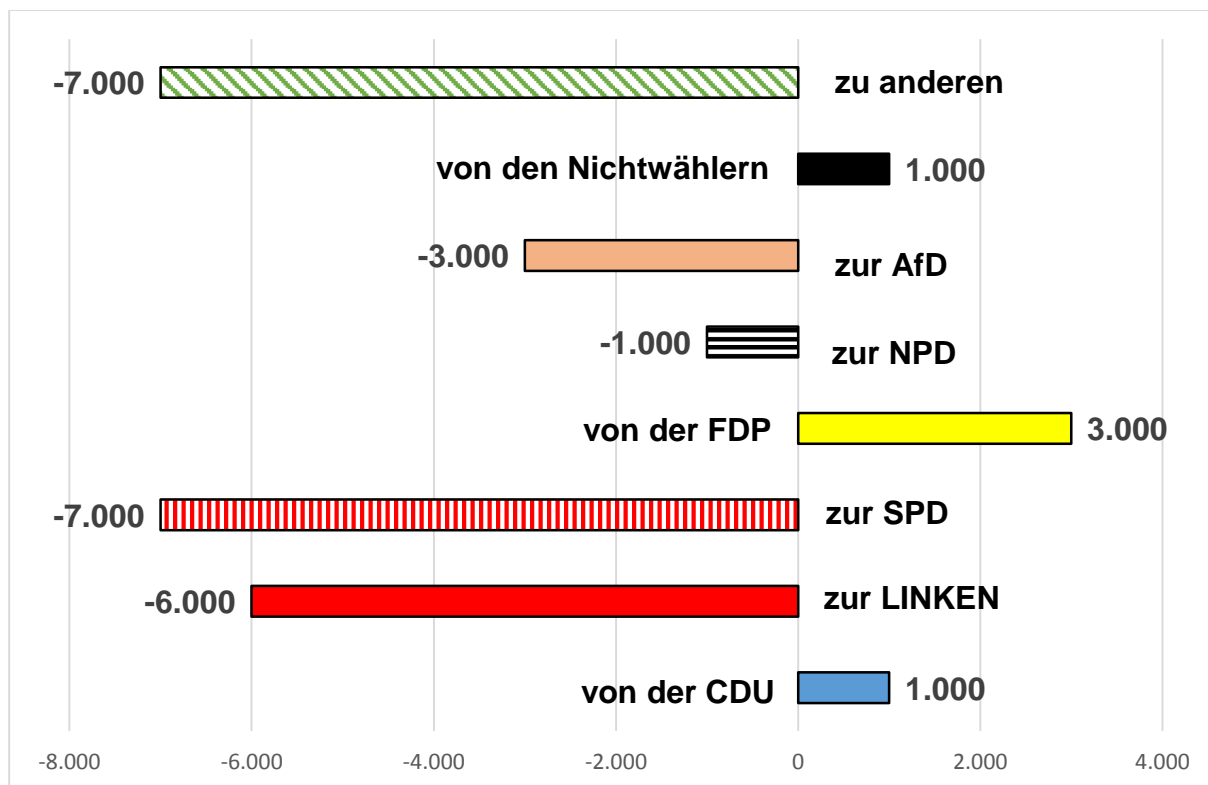
- Ebner, Harald
- Gambke, Dr. Thomas
- Gastel, Matthias
- Gehring, Kai
- Göring-Eckardt, Katrin Dagmar (Fraktionsvorsitzende)
- Hajduk, Anja Margarete Helene (Parlamentarische Geschäftsführerin)
- Haßelmann, Britta (Erste Parlamentarische Geschäftsführerin)
- Hinz, Priska Margarete
- Höhn, Bärbel
- Hofreiter, Dr. Anton (Fraktionsvorsitzender)
- Janecek, Dieter
- Kekeritz, Uwe
- Keul, Katja (Parlamentarische Geschäftsführerin)
- Kindler, Sven-Christian
- Klein-Schmeink, Maria Anna
- Koenigs, Thomas
- Kotting-Uhl, Sylvia
- Krischer, Oliver (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Koordinator des Arbeitskreises Umwelt & Energie, Landwirtschaft & Verkehr)
- Kühn, Christian
- Kühn, Stephan
- Künast, Renate Elly
- Kurth, Markus
- Lazar, Monika
- Lemke, Steffi (Parlamentarische Geschäftsführerin)
- Lindner, Dr. Tobias
- Maisch, Nicole Christa
- Meiwald, Peter
- Mihalic, Irene
- Müller-Gemmeke, Beate
- Mutlu, Özcan
- Notz, Dr. Konstantin von (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Koordinator des Arbeitskreises Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik)
- Nouripour, Omid
- Özdemir, Cem
- Ostendorff, Friedrich

- Paus, Lisa
- Pothmer, Brigitte
- Rößner, Tabea
- Roth, Claudia Benedikta (Bundestagsvizepräsidentin)
- Rüffer, Corinna
- Sarrazin, Manuel
- Scharfenberg, Elisabeth
- Schauws, Ursula
- Schick, Dr. Gerhard
- Schmidt, Dr. Frithjof (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Koordinator des Arbeitskreises Internationale Politik & Menschenrechte)
- Schulz-Asche, Kordula Anna Paula
- Ströbele, Hans-Christian
- Terpe, Dr. Frank Harald
- Tressel, Markus
- Trittin, Jürgen
- Verlinden, Julia
- Wagner, Doris
- Walter-Rosenheimer, Beate
- Wilms, Dr. Valerie

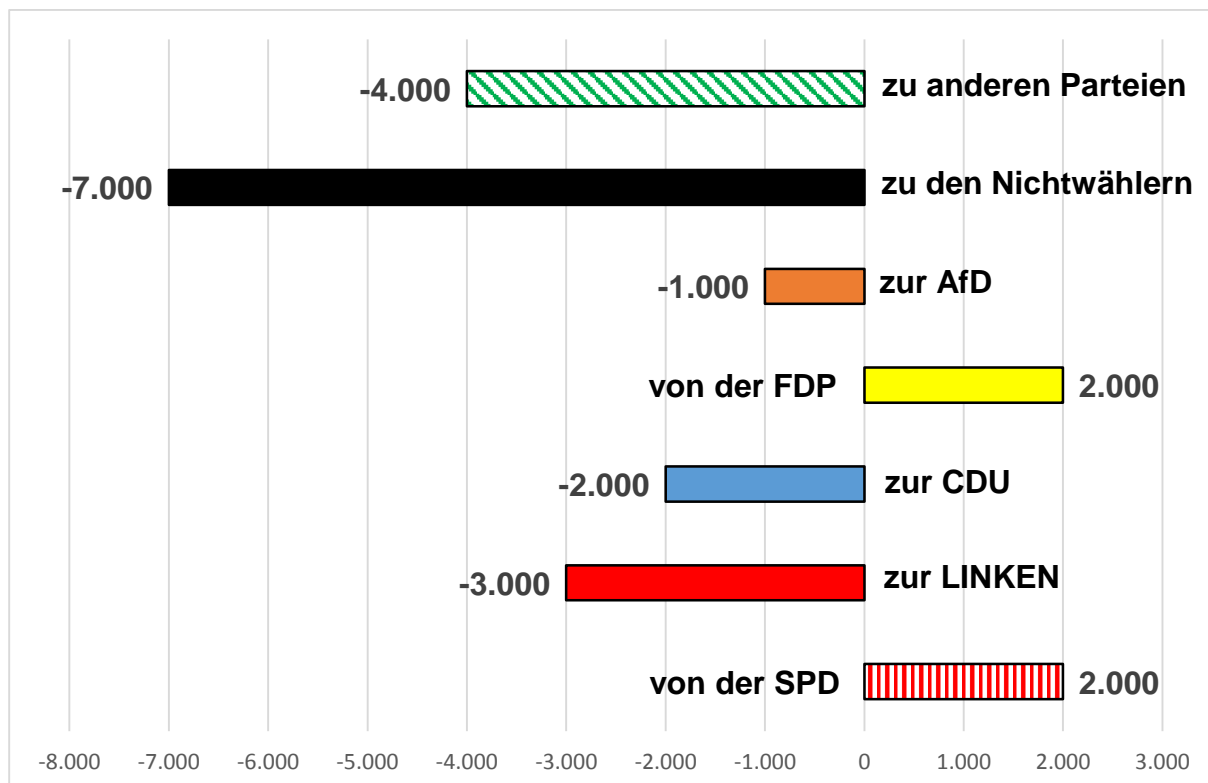
### **Abgeordnete der *Grünen* im Europäischen Parlament im Ergebnis der Europawahl 2014<sup>244</sup>**

- Albrecht, Jan Philipp
- Bütikofer, Reinhard
- Cramer, Michael
- Giegold, Sven
- Harms, Rebecca (Co-Vorsitzende der Fraktion *Die Grünen/Europäische Freie Allianz* im Europäischen Parlament)
- Häusling, Martin
- Heubuch, Maria
- Keller, Franziska
- Lochbihler, Barbara
- Reintke, Theresa
- Trüpel, Dr. Helga

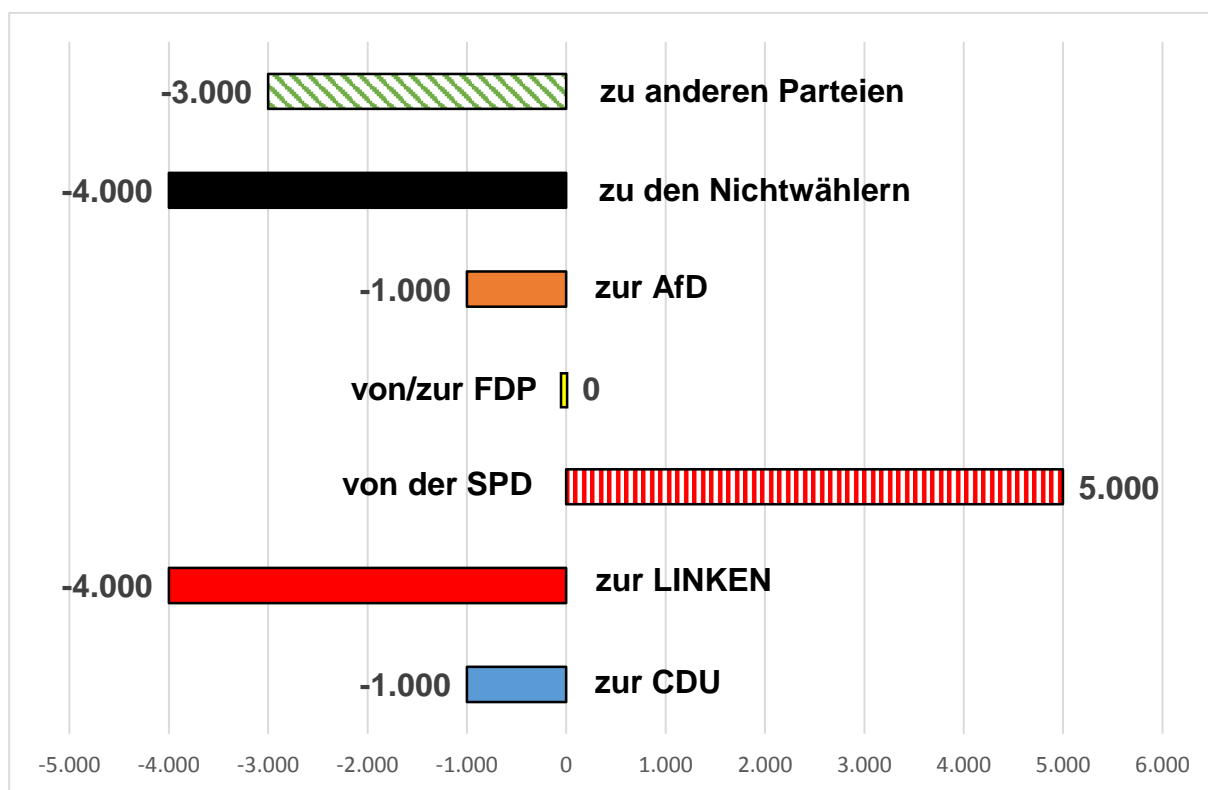
**Wählerwanderungen von bzw. zu den *Grünen* bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009<sup>245</sup>**



**Wählerwanderungen von bzw. zu den *Grünen* bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009<sup>246</sup>**



## Wählerwanderungen von bzw. zu den *Grünen* bei der Landtagswahl in Thüringen 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009<sup>247</sup>



## Zur Sozialstruktur der Grün-Wähler bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2014<sup>248</sup>

(Angaben in Prozent)

	Landtagswahl 2014 in Brandenburg	Landtagswahl 2014 in Sachsen	Landtagswahl 2014 in Thüringen
Wahlergebnis (gerundet)	6	6	6
<b>Wahlentscheidung nach dem Geschlecht</b>			
<i>Ergebnisse von Infratest dimap</i>			
Frauen	7	6	7
Männer	5	5	5
<i>Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen</i>			
Frauen	7	7	6
Männer	6	5	5
<b>Wahlentscheidung nach dem Alter</b>			
<i>Ergebnisse von Infratest dimap</i>			
Erstwähler	15	7	8
18 – 24 Jahre	13 <sup>249</sup>	k. A.	9



	Landtagswahl 2014 in Brandenburg	Landtagswahl 2014 in Sachsen	Landtagswahl 2014 in Thüringen
25 – 34 Jahre	7	k. A.	9
35 – 44 Jahre	9	k. A.	9
45 – 59 Jahre	8	k. A.	6
60 – 69 Jahre	4	k. A.	4
70 Jahre und älter	2	2	2
<i>Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen</i>			
unter 30 Jahren	10 <sup>250</sup>	9	8
30 – 44 Jahre	7	9	9
45 – 59 Jahre	9	6	6
über 60 Jahre	3	2	3
<b>Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad</b>			
<i>Ergebnisse von Infratest dimap</i>			
Arbeiter	4	3	3
Angestellte	8	9	7
Selbständige	10	8	9
Rentner	3	3	3
Arbeitslose	6	6	6
<i>Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen</i>			
Arbeiter	4	3	3
Angestellte	6	8	7
Beamte	7	6	10
Selbständige	10	9	7
Hauptschule	2	2	2
Realschule	4	3	4
Abitur	9	8	8
Hochschule	11	10	10

## Anmerkungen:

---

<sup>1</sup> Stand: 10.10.2014.

<sup>2</sup> CDU/CSU und SPD sind bei der Energiewende im Bundesrat auch auf Stimmen derjenigen Länder angewiesen, in denen *Die Grünen* mitregieren. Davon ausgehend, haben die Parteispitze der *Grünen*, die Bundestagsfraktion der Öko-Partei und sieben grüne Landesumwelt- bzw. Landesenergieminister im Januar 2014 ein Papier vorgelegt, nach dem in Sachen Energiewende und Erneuerbares Energien-Gesetz der Ausbau der Erneuerbaren Energien kosteneffizient weitergeführt und der Anteil von Ökostrom bis 2020 verdoppelt werden sollen. Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 18./19.01.2014.

<sup>3</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 09.02.2014.

<sup>4</sup> Vgl. Handelsblatt Online, Düsseldorf, 09.01.2014. URL:

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesrat-als-gegenregierung-linke-bietet-gruenen-anti-groko-buendnis-an/9308792.html> (abgerufen am 09.01.2014).

<sup>5</sup> Vgl. politik & kommunikation. politikszene, Berlin, 2014, Ausgabe Nr. 461 (07.01.-13.01.2014), S. 1.

<sup>6</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, 13.11.2013.

<sup>7</sup> „Schutzraum der Linken ist weg“ (Interview mit Anton Hofreiter). In: Berliner Zeitung, Berlin, 03.08.2014. URL: <http://www.berliner-zeitung.de/politik/-anton-hofreiter--schutzraum-der-linken-ist-weg-,10808018,28017640.html> (abgerufen am 04.08.2014). – Bereits Anfang November 2013 erklärte Hofreiter zu dieser Frage: „Eine kluge Opposition tut gut daran, sich die Vorlagen der Regierung genau anzuschauen. Wenn sie aus Prinzip alles ablehnt, macht sie sich unglaubwürdig.“ (Wie viel Opposition muss sein? [Doppelinterview mit Gregor Gysi und Anton Hofreiter]. In: Der Tagesspiegel, Berlin, 03.11.2013).

<sup>8</sup> Die Grafik basiert auf den Durchschnitten der monatlichen Mittelwerte der sieben Meinungsforschungsinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS), Infratest dimap und INSA. Vgl. Wahlen, Wahlrecht und Wahlsysteme. Sonntagsfrage Bundestagswahl. URL: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (abgerufen am 10.10.2014 und am 29.10.2014).

<sup>9</sup> Dirk Kurbjuweit: Grüne: Sound of Silence. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2014, Nr. 15 (vom 07.04.2014), S. 30/31.

<sup>10</sup> Ludger Volmer: Die Party ist vorbei! In: Focus Magazin, München/Berlin, 2014, Nr. 23 (vom 01.06.2014). URL: [http://www.focus.de/magazin/archiv/politik-die-party-ist-vorbei\\_id\\_3886929.html](http://www.focus.de/magazin/archiv/politik-die-party-ist-vorbei_id_3886929.html) (abgerufen am 07.06.2014).

<sup>11</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Aussagen zu den Parteien. URL:

<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/umfrage-aussagen.shtml> (abgerufen am 26.07.2014).

<sup>12</sup> Vgl. Dirk Kurbjuweit: Grüne: Sound of Silence, a.a.O., S. 31.

<sup>13</sup> Astrid Geisler, Malte Kreutzfeldt und Stefan Reinecke: Die Suchenden. In: taz – die tageszeitung, Berlin, vom 25.06.2014.

<sup>14</sup> Nicola Abé: Der edle Wilde. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2014, Nr. 32 (vom 04.08.2014), S. 34.

<sup>15</sup> Dirk Kurbjuweit: Grüne: Sound of Silence, a.a.O., S. 31.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda.

<sup>17</sup> Vgl. DER SPIEGEL. Bundestagswahl 2013 SPEZIAL. Analysen, Reportagen, Interviews, Hamburg, 25.09.2013, S. 15.

<sup>18</sup> Vgl. DER SPIEGEL. Wahlsonderheft '09, Hamburg, 28.09.2009, S. 45.

<sup>19</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Wahlkreisergebnisse. Wahlkreisergebnis Bundesland Berlin, Wahlkreis 083 – Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/wahlkreisergebnis/se/111/wk083/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/wahlkreisergebnis/se/111/wk083/) (abgerufen am 03.08.2014).

<sup>20</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2014 – 25.05.2014. URL:

[http://m.bundeswahlleiter.de/bundesergebnisse\\_zweitstimmen\\_tabellarisch.html](http://m.bundeswahlleiter.de/bundesergebnisse_zweitstimmen_tabellarisch.html) (abgerufen am 12.07.2014); Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/) (abgerufen am 12.07.2014).

- 
- <sup>21</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2014 im früheren Bundesgebiet mit Berlin-West; Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2014 in den neuen Ländern mit Berlin-Ost. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_14/veroeffentlichungen/ergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/veroeffentlichungen/ergebnisse/index.html) (abgerufen am 26.07.2014).
- <sup>22</sup> Vgl. Viola Neu: Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009. Wahlanalyse, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Juni 2009, S. 8. URL: <http://www.kas.de/wf/de/33.16755> (abgerufen am 24.07.2014).
- <sup>23</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2014 – 25.05.2014, a.a.O.; Der Bundeswahlleiter: Europawahl am 7. Juni 2009. Wahlergebnis in Deutschland. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_09/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/) (abgerufen am 12.07.2014); Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/) (abgerufen am 12.07.2014); Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html) (abgerufen am 12.07.2014).
- <sup>24</sup> Bei Bundestagswahlen Zweitstimmen.
- <sup>25</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2014 – 25.05.2014. Landesergebnisse. URL: <http://m.bundeswahlleiter.de/landesergebnisse.html> (abgerufen am 19.07.2014); Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/landesergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/landesergebnisse/) (abgerufen am 21.07.2014); Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs: Ergebnisse der Direktwahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 – korrigierte Fassung vom 10. Juni 2009, [Berlin 2009], S. 35 und 36.
- <sup>26</sup> Vgl. ähnlich für die Bundestagswahl 2009: Bundestagswahl 2009, 27. September 2009. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD. Willy-Brandt-Haus – Referat Konkurrenzbeobachtung / Forschung / Analysen, [Berlin], 28. September 2009, S. 17.
- <sup>27</sup> Vgl. DER SPIEGEL. Bundestagswahl 2013 SPEZIAL, a.a.O., S. 15.
- <sup>28</sup> Vgl. ebenda, S. 49.
- <sup>29</sup> Vgl. Horst Kahrs: Deutungen und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl aus linker Sicht. Ein Angebot zur Diskussion, [Berlin], 08.10.2013, S. 17.
- <sup>30</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl 22. September 2013, hrsg. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 2013, S. 2.
- <sup>31</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Landtagswahl in Hessen 22. September 2013, hrsg. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 2013, S. 2. – Ein analoges Bild zeigte sich bei der Wahltagbefragung durch die Forschungsgruppe Wahlen bei der Landtagswahl in Bayern am 15. September 2013 und bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Landtagswahl in Bayern 15. September 2013, hrsg. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 2013, S. 1; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Landtagswahl in Niedersachsen 20. Januar 2013, hrsg. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 2013, S. 2.
- <sup>32</sup> Vgl. Horst Kahrs: Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Wahlbericht und erste Analyse, [Berlin], 23.09.2013, S. 6.
- <sup>33</sup> Zit. in: Führung der Grünen tritt geschlossen zurück. In: Zeit online, Hamburg, 23.09.2013. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/gruene-ruecktritt> (abgerufen am 23.09.2013).
- <sup>34</sup> Matthias Jung, Yvonne Schroth, Andrea Wolf: Angela Merkels Sieg in der Mitte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 2013, Nr. 48-49, S. 12.
- <sup>35</sup> Der Gewerkschafts-Ökonom Dierk Hirschel stellte Ende September 2013 fest, dass Sozialdemokraten und *Grüne* bei der Bundestagswahl 2013 „die fortschrittlichsten Wahlprogramme der letzten 20 Jahre“ hatten, in denen sie die soziale Frage in den Mittelpunkt stellten. Vgl. Dierk Hirschel: Taktik frisst Politikwechsel. In: Neues Deutschland, Berlin, 30.09.2013.
- <sup>36</sup> Die Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, das im Frühjahr 2011 die deutlich vergrößerte Wählerschaft der *Grünen* in Baden-Württemberg untersucht hatte, verwies auf die große Heterogenität dieser Wählerschaft und machte deutlich, dass *Die Grünen* „als sehr breit aufgestellte Projektionsfläche“ fungierten: „Die Werthaushalte der neu dazugewonnenen Wähler sind, bezogen auf

---

Baden-Württemberg, vielgestaltig und lassen sich vielfach schwer vereinen. So bunt schillernd die Werthaushalte und Wertpräferenzen, so verschieden sind auch die Milieus und Lebenswelten der neuen Wähler. Eine klare Richtungsentscheidung im alten links-rechts-Gefüge ließ sich aus den Erhebungen nicht ableiten.“ (Michael Lühmann, Daniela Kallinich, Katharina Rahlf, Christian von Eichborn unter Mitarbeit von David Bebnowski, Klaudia Hanisch, Lea Heyne, Elena Segalen, Andreas Wagner & Benjamin Wochnik: Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel? Die neuen grünen Wähler\_innen in Baden-Württemberg. Projektbericht, Göttingen/Berlin 2012, S. 106).

<sup>37</sup> Vgl. Horst Kahrs: Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag, a.a.O., S. 13.

<sup>38</sup> Die EZB ist mit ihren Instrumenten am Ende. Lisa Paus (Grüne) fordert ein Investitionsprogramm in Europa und Steuern gegen die Vermögenskonzentration (Interview mit Lisa Paus). In: Neues Deutschland, Berlin, 14.07.2014.

<sup>39</sup> „Ich bin immer noch Kitsch“ (Interview mit Daniel Cohn-Bendit). In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2014, Nr. 14 (vom 31.03.2014), S. 46.

<sup>40</sup> Vgl. Ralf Tils, Joachim Raschke: Strategie zählt. Die Bundestagswahl 2013. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 2013, Nr. 48-49, S. 26.

<sup>41</sup> „Arroganz hat auch Vorteile“. SPIEGEL-Gespräch. Der Ökopolitiker Jürgen Trittin über die Moralisierung von Politik, die Grünen als Verbotsparterie und sein Image als eingebildeter Pinsel. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2014, Nr. 31 (vom 28.07.2014), S. 20.

<sup>42</sup> Peter Siller: Grün wohin? In: Berliner Republik, Berlin, 2013, Nr. 5, S. 49.

<sup>43</sup> Ralf Tils, Joachim Raschke: Strategie zählt, a.a.O., S. 25.

<sup>44</sup> „Es fehlt uns das Gespür“ (Interview mit Tarek Al-Wazir). In: DER SPIEGEL. Bundestagswahl 2013 SPEZIAL, a.a.O., S. 59.

<sup>45</sup> Vgl. dazu auch Horst Kahrs: Deutungen und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl [2013] aus linker Sicht, a.a.O., S. 2.

<sup>46</sup> „Arroganz hat auch Vorteile“, a.a.O., S. 20.

<sup>47</sup> „Jeden Zauber eingebüßt“ (Interview mit Robert Habeck). In: DER SPIEGEL. Bundestagswahl 2013 SPEZIAL, a.a.O., S. 29.

<sup>48</sup> Das Bundeswirtschaftsministerium errechnete, dass alle grünen Vorschläge zusammen dem Staat Mehreinnahmen von rund 32 Milliarden Euro einbringen würden – also die Steuerzahler entsprechend belasten würden. Obwohl das Ministeriumspapier als intern deklariert wurde, machte es sofort als Wahlkampfmunition die Runde. Vgl. Grüne: Die Robin-Hood-Partei. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2013, Nr. 15 (vom 08.04.2013), S. 29. – Anfang Mai 2013 titelte DER SPIEGEL „Raubzug mit Ansage“ und behauptete, dass *Die Grünen* mit ihrem Steuererhöhungsprogramm die Staatsschulden kaum senken könnten und dass diese Pläne „neben den Reichen [...] auch Normalverdiener“ treffen würden. Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg, 2013, Nr. 19 (vom 06.05.2013), S. 18.

<sup>49</sup> Vgl. Jürgen Trittin: Kämpfen oder schmollen. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2013, Nr. 27 (vom 01.07.2013), S. 26.

<sup>50</sup> „Die Freiheit, ein nachhaltiges Leben zu führen“ (Interview mit Renate Künast). In: taz – die tageszeitung, Berlin, 19.09.2014.

<sup>51</sup> Zit. in: Jochen Weichold: „Wir haben uns überschätzt“ [Zur 36. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 18. bis 20. Oktober 2013 in Berlin]. URL: <http://www.rosalux.de/news/39951/wir-haben-uns-ueberschaetzt.html> (abgerufen am 10.08.2014).

<sup>52</sup> Vgl. Wahlen, Wahlrecht und Wahlsysteme. Sonntagsfrage Bundestagswahl. URL: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (abgerufen am 02.08.2014).

<sup>53</sup> Vgl. Jochen Weichold: „Wir haben uns überschätzt“, a.a.O.

<sup>54</sup> Kretschmann sagte der Süddeutschen Zeitung: „Ich glaube nicht, dass man in einer Legislaturperiode mehr als zwei zentrale Steuern erhöhen kann.“ („Wir fremdeln nicht mit der Wirtschaft“. Vor dem Grünen-Parteitag warnt Ministerpräsident Winfried Kretschmann seine Partei vor einem wettbewerbsfeindlichen Kurs – mit Verweis auf die Mühen der Mittelständler und die Kehrwoche [Interview]. In: Süddeutsche Zeitung, München, 26.04.2013).

<sup>55</sup> Daniel Wesener: Auf den Leim gegangen. Warum wir Grüne aus unseren Fehlern nicht die falschen Schlüsse ziehen dürfen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, 2013, Nr. 11, S. 55.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 56.

---

<sup>57</sup> Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft (Beschluss der 36. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen), Berlin, 18.-20. Oktober 2013, S. 2.

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Vgl. Horst Kahrs: Deutungen und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl aus linker Sicht, a.a.O., S. 15.

<sup>63</sup> Erstellt nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 24.09.2013 (Quellen: Infratest dimap für ARD; Bundeswahlleiter).

<sup>64</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Analyse: Wählerwanderungen. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 20.07.2014).

<sup>65</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs: Ergebnisse der Direktwahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 – korrigierte Fassung vom 10. Juni 2009, a.a.O., S. 31; Viola Neu: Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009, a.a.O., S. 33.

<sup>66</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs: Ergebnisse der Direktwahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 – korrigierte Fassung vom 10. Juni 2009, a.a.O., S. 34.

<sup>67</sup> Zusammengestellt nach: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse der jeweils letzten Landtagswahlen. URL: <http://www.bundeswahlleiter.de/de/landtagswahlen/ergebnisse/> (abgerufen am 03.08.2014); Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Landtagswahlen. Stand: 6. Februar 2014 (Informationen des Bundeswahlleiters), Wiesbaden 2014, S. 13, 19, 24, 30, 32, 37, 43, 49, 52, 57, 63, 67, 71, 73, 76 und 81; Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlnachtbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, Berlin, 01.09.2014, S. 2. URL: <http://www.benjamin-hoff.de/article/3829.die-ergebnisse-der-landtagswahl-2014-in-sachsen-8211-wahlnachtbericht-und-update-der-ersten-analyse-von-horst-kahrs.html> (abgerufen am 02.09.2014); Der Landeswahlleiter: Landtagswahl am 14.09.2014 im Land Brandenburg. URL: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=1253&sel2=0651> (abgerufen am 14.09.2014); URL: [https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis100/karten/H\\_LT14\\_LTag\\_Sitze\\_karte.asp?sel1=1253&sel2=3025](https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis100/karten/H_LT14_LTag_Sitze_karte.asp?sel1=1253&sel2=3025) (abgerufen am 14.09.2014); Benjamin-Immanuel Hoff: Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014. Wahlnachtbericht, [Berlin 2014], S. 8. URL: <http://www.rosalux.de/publication/40784/ergebnisse-der-landtagswahl-in-thueringen-am-14-september-2014.html> (abgerufen am 15.09.2014).

<sup>68</sup> Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

<sup>69</sup> Zusammengestellt nach: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse der jeweils letzten Landtagswahlen [für 2009]. URL: <http://www.bundeswahlleiter.de/de/landtagswahlen/ergebnisse/> (abgerufen am 12.08.2014); Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlnachtbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, a.a.O., S. 2; Der Landeswahlleiter: Landtagswahl am 14.09.2014 im Land Brandenburg. URL: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=1253&sel2=0651> (abgerufen am 14.09.2014); <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis/ergebLandBB.asp?sel1=1253&sel2=0661> (abgerufen am 14.09.2014); [https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis100/karten/H\\_LT14\\_LTag\\_Sitze\\_karte.asp?sel1=1253&sel2=3025](https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis100/karten/H_LT14_LTag_Sitze_karte.asp?sel1=1253&sel2=3025) (abgerufen am 14.09.2014); Benjamin-Immanuel Hoff: Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014, a.a.O., S. 8.

<sup>70</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Sachsen 2014. Analysen Wählerwanderung. Wanderung Grüne. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 01.09.2014).

<sup>71</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Thüringen 2014. Analysen Wählerwanderung. Wanderung Grüne. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 14.09.2014).

<sup>72</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Brandenburg 2014. Analysen Wählerwanderung. Wanderung Grüne. URL: [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml#15\\_Wanderung\\_GRÜNE](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_GRÜNE) (abgerufen am 22.09.2014).

- 
- <sup>73</sup> Vgl. Cornelia Hildebrandt: Die Ergebnisse der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014. Wahlbericht, Berlin [2014], S. 5. URL: <http://www.rosalux.de/publication/40785/ergebnisse-der-landtagswahl-in-thueringen-am-14-september-2014-kopie-1.html> (abgerufen am 22.09.2014).
- <sup>74</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, a.a.O., S. 15.
- <sup>75</sup> Vgl. Infratest dimap: Umfragen Kompetenzen. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/umfrage-kompetenz.shtml> (abgerufen am 01.09.2014).
- <sup>76</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 07.08.2014 und 25.08.2014. – Die Sondierungsgespräche zwischen CDU und *Grünen* nach der Wahl scheiterten allerdings an unüberbrückbare Gegensätzen insbesondere in der Energiepolitik (Ausstieg oder Weiterführung der Braunkohleverstromung). Vgl. Sachsens Grüne geben Tillich einen Korb. In: Neues Deutschland, Berlin, 20./21.09.2014.
- <sup>77</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff: Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014, a.a.O., S. 16-18.
- <sup>78</sup> Vgl. z. B. Wahlkampfauftakt der Grünen. URL: [http://www.mdr.de/thueringen/gruene\\_wahlkampf100.html](http://www.mdr.de/thueringen/gruene_wahlkampf100.html) (abgerufen am 21.09.2014); Katrin Göring-Eckardt unterwegs in Thüringen. URL: <http://gruene-thueringen.de/wahl-2014/katrin-g%C3%B6ring-eckardt-unterwegs-th%C3%BCringen> (abgerufen am 21.09.2014); Grüne werfen Regierung Vetternwirtschaft vor. URL: [http://www.mdr.de/thueringen/gruene\\_abschluss100.html](http://www.mdr.de/thueringen/gruene_abschluss100.html) (abgerufen am 21.09.2014).
- <sup>79</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Sachsen 2014. Alle Wahlkreise im Überblick. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/html-wkreise-nordost.shtml> (abgerufen am 01.09.2014); <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/html-wkreise-nordost.shtml> (abgerufen am 01.09.2014); <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/html-wkreise-SN1.shtml> bis <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/html-wkreise-SN6.shtml> (abgerufen am 01.09.2014).
- <sup>80</sup> Vgl. Der Landeswahlleiter: Landtagswahl am 14.09.2014 im Land Brandenburg. URL: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=1253&sel2=0651> (abgerufen am 14.09.2014).
- <sup>81</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Brandenburg 2014. Umfragen: Wer wählte was? URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/umfrage-werwas.shtml> (abgerufen am 21.09.2014).
- <sup>82</sup> Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik: Landtagswahl 2014 in Thüringen – vorläufiges Ergebnis. Wahlkreise – Landesstimme – Stimmenanteile. URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp> (abgerufen am 21.09.2014).
- <sup>83</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 01.04.2014.
- <sup>84</sup> Vgl. Liste der Bürgermeister von Bündnis 90/Die Grünen. URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_B%C3%BCrgermeister\\_von\\_B%C3%BCndnis\\_90/Die\\_Gr%C3%BCnen](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_B%C3%BCrgermeister_von_B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen) (abgerufen am 06.08.2014).
- <sup>85</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>86</sup> Zusammengestellt nach: Liste von Kommunalwahlergebnissen. URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_von\\_Kommunalwahlergebnissen](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Kommunalwahlergebnissen) (abgerufen am 06.08.2014); Informationen der Landeswahlleiter und Pressemeldungen; Kommunalwahlen in Thüringen 2014. URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalwahlen\\_in\\_Th%C3%BCringen\\_2014](http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalwahlen_in_Th%C3%BCringen_2014) (abgerufen am 06.08.2014); Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2014. URL: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw14/index.html> (abgerufen am 06.08.2014).
- <sup>87</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2014 – 25.05.2014. URL: <http://m.bundeswahlleiter.de/wahlkreisergebnisse.html> (abgerufen am 24.07.2014); [https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/EU2014/Ergebnis/Karten/Ergebnis\\_Bezi\\_karte\\_html5.asp?sel1=3355&sel2=0696](https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/EU2014/Ergebnis/Karten/Ergebnis_Bezi_karte_html5.asp?sel1=3355&sel2=0696) (abgerufen am 24.07.2014); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 24.09.2013.
- <sup>88</sup> Die vom Bundeswahlleiter ausgewiesenen Wahlkreisergebnisse der Europawahlen sind nur eingeschränkt mit den Wahlkreisergebnissen der Bundestagswahlen vergleichbar, da die ausgewiesenen Wahlkreiseinteilungen bei Europawahlen von denen bei Bundestagswahlen abweichen.
- <sup>89</sup> Verglichen mit WK Stuttgart I bei Bundestagswahlen.
- <sup>90</sup> Verglichen mit WK München-West/Mitte bei Bundestagswahlen.

---

<sup>91</sup> Verglichen mit WK Frankfurt am Main II bei Bundestagswahlen.

<sup>92</sup> Verglichen mit WK Köln II bei Bundestagswahlen.

<sup>93</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 24.09.2013.

<sup>94</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 154), Mannheim, Oktober 2013, S. 56.

<sup>95</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 156), Mannheim, Juni 2014, S. 50.

<sup>96</sup> Berechnet nach Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Hrsg.: Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2014 (Informationen des Bundeswahlleiters), S. 11 und 13.

<sup>97</sup> Zusammengestellt nach: Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, a.a.O., S. 48, 49, 51 und 56; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, a.a.O., S. 43, 45, 46 und 51; Horst Kahrs: Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Wahlnachtbericht und erste Analyse, [Berlin], 23.09.2013, S. 14/15; Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs: Ergebnisse der Direktwahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 – korrigierte Fassung vom 10. Juni 2009, a.a.O., S. 28-31; Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Europawahl in Deutschland 2014 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, [Berlin 2014], S. 10. URL: <http://www.rosalux.de/publication/40522/die-ergebnisse-der-europawahl-in-deutschland-2014.html> (abgerufen am 19.07.2014); wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Wähler nach Altersgruppen. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nach-altersgruppen.shtml> (abgerufen am 20.07.2014); wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Wähler nach Tätigkeit. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nach-taetigkeit.shtml> (abgerufen am 20.07.2014); wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Wer wählte was? URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/wer-waehlte-was.shtml> (abgerufen am 20.07.2014); Matthias Jung, Yvonne Schroth, Andrea Wolf: Angela Merkels Sieg in der Mitte, a.a.O., S. 16 und 18; Viola Neu: Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009, a.a.O., S. 27; Viola Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009. Wahlanalyse, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Dezember 2009, S. 74-76; wahl.tagesschau.de: Europawahl [2009]. Wer wählte was? URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2009-06-07-EP-DE/wer-waehlte-was.shtml> (abgerufen am 26.07.2014).

<sup>98</sup> Für die Europawahl 2009 ließen sich keine Befragungsergebnisse von Infratest dimap hinsichtlich der Wahlentscheidung nach dem Geschlecht ermitteln. An dieser Stelle wurde auf Daten des Bundeswahlleiters zurückgegriffen. Nach seinen Angaben stimmten 10,9 Prozent der Männer und 13,3 Prozent der Frauen für *Die Grünen*. Vgl. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/downloads/repraesentative\\_wahlstatistik\\*/ew\\_ab79\\_rep\\_stimmabgabe.xls](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/downloads/repraesentative_wahlstatistik*/ew_ab79_rep_stimmabgabe.xls) (abgerufen am 24.07.2014).

<sup>99</sup> 60 Jahre und älter.

<sup>100</sup> 60 Jahre und älter.

<sup>101</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Wer wählte was? URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/wer-waehlte-was.shtml> (abgerufen am 27.07.2014).

<sup>102</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Bundestagswahl 2013. Wer wählte was? URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/umfrage-werwas.shtml> (abgerufen am 26.07.2014).

<sup>103</sup> Patrick Horst: Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Wiesbaden, 2001, Heft 4, S. 859.

<sup>104</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Hrsg.: Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2014 (Informationen des Bundeswahlleiters), S. 74; eigene Berechnungen.

<sup>105</sup> Bodo Zeuner: Die weiche Mitte. Warum die grüne Partei so viele Erwartungen auf sich zieht, und was von ihr erwartet werden kann. In: Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis, Köln, 2011, Nr. 1, S. 100.

<sup>106</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, a.a.O., S. 98 und 99.

---

<sup>107</sup> Vgl. Berlin aktuell. Ergebnisse der Bundestagswahl und der Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein am 27. September 2009, Hrsg.: IG Metall-Vorstand, FB Koordination der Vorstandsaufgaben, Berliner Büro, Berlin, 28.09.2009, S. 12; Matthias Jung, Yvonne Schroth, Andrea Wolf: Angela Merkels Sieg in der Mitte, a.a.O., S. 18.

<sup>108</sup> Vgl. GewerkschafterInnen: SPD klar vorn. Stimmenanteile bei der Europawahl vom 25. Mai 2014 (in Prozent). URL: <http://www.dgb.de/themen/++co++7e542eea-ea2b-11e3-bd6b-52540023ef1a> (abgerufen am 27.07.2014); Viola Neu: Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009, a.a.O., S. 28.

<sup>109</sup> Berlin aktuell. Ergebnisse der Bundestagswahl und der Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein am 27. September 2009, a.a.O., S. 12.

<sup>110</sup> Vgl. ebenda; Matthias Jung, Yvonne Schroth, Andrea Wolf: Angela Merkels Sieg in der Mitte, a.a.O., S. 18.

<sup>111</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, a.a.O., S. 102 und 103.

<sup>112</sup> Martin Kroh und Jürgen Schupp: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? In: Wochenbericht des DIW, Berlin, 2011, Nr. 12 (vom 24. März 2011), S. 9.

<sup>113</sup> Vgl. Horst Kahrs: Was kann Die Linke über ihre Wähler\_innen wissen?, RLS-Workshop, [Berlin], 12. Dezember 2013, Folie 30.

<sup>114</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Aktuelle Themen. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/index.shtml> (abgerufen am 26.07.2014).

<sup>115</sup> Vgl. Stefan Bach und Markus M. Grabka: Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen. In: Wochenbericht des DIW, Berlin, 2013, Nr. 37 (vom 11. September 2013), S. 14.

<sup>116</sup> Vgl. ebenda, S. 15.

<sup>117</sup> Vgl. ebenda.

<sup>118</sup> Ebenda, S. 15/16.

<sup>119</sup> Franz Walter: Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010, S. 125.

<sup>120</sup> Ebenda, S. 126. – Bereits 2006 kam Melanie Haas zu einem ähnlichen Befund: „Das Bürgertum der Grünen ist [...] libertär eingestellt bei einem gleichzeitig hohen Anspruch an soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft, während das Bürgertum der klassischen bürgerlichen Parteien schwächere libertäre Einstellungen mit deutlicher Favorisierung des Primats der Ökonomie aufweist. Damit weisen die jeweiligen Trägerschichten von FDP, Union und Bündnis 90/Die Grünen eine ähnliche soziale Struktur auf, zeigen jedoch deutliche Unterschiede bezüglich ihrer Wertorientierungen vor allem auf der sozio-ökonomischen Dimension.“ (Melanie Haas: Innovation mit einer neuen bürgerlichen Partei? Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005. In: Uwe Jun, Henry Kreikenbom, Viola Neu [Hrsg.]: Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt/Main 2006, S. 214).

<sup>121</sup> Die Grünen sind keine Öko-FDP (Interview mit Michael Lühmann). In: Neues Deutschland, Berlin, 03.07.2014.

<sup>122</sup> Joachim Bischoff und Bernhard Müller: Soziale Gerechtigkeit & Schuldenbremse? Die programmatischen Profil-Erweiterungen der Grünen. In: Sozialismus, Hamburg, 2012, Nr. 12, S. 4.

<sup>123</sup> Vgl. ebenda.

<sup>124</sup> Vgl. Albrecht von Lucke: Grün schlägt Schwarz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, 2011, Nr. 1, S. 8.

<sup>125</sup> Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2013. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Wiesbaden, 2014, Heft 2, S. 420.

<sup>126</sup> Vgl. ebenda.

<sup>127</sup> Eintritte minus Austritte und Todesfälle. Vgl. ebenda, S. 416 und 420.

<sup>128</sup> Vgl. ebenda, S. 417.

<sup>129</sup> Vgl. ebenda, S. 419.

<sup>130</sup> Vgl. ebenda, S. 434.

<sup>131</sup> Vgl. ebenda, S. 422.

<sup>132</sup> Stand jeweils 31. Dezember und Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Prozent. Vgl. ebenda.



- 
- <sup>133</sup> Berechnet nach: Ebenda.
- <sup>134</sup> Vgl. ebenda, S. 417 und 424.
- <sup>135</sup> Vgl. ebenda, S. 418.
- <sup>136</sup> Vgl. ebenda, S. 419.
- <sup>137</sup> Vgl. ebenda, S. 429.
- <sup>138</sup> Vgl. ebenda, S. 437.
- <sup>139</sup> Vgl. Oskar Niedermayer: Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft von Bündnis 90/Die Grünen (28.08.2013). URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42166/zusammensetzung-b90-gruene> (abgerufen am 29.07.2014).
- <sup>140</sup> Ebenda.
- <sup>141</sup> Vgl. Lothar Probst: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 523.
- <sup>142</sup> „Die Partei ist aus der Spur“ (Interview mit Winfried Kretschmann). In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2013, Nr. 42 (vom 14.10.2013), S. 22.
- <sup>143</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 30.09.2013. – Auch Peter Siller, einer der Vordenker der *Grünen*, thematisierte im Herbst 2013 ein „neues grünes Grundsatzprogramm“. Vgl. Peter Siller: Grün wohin? a.a.O., S. 49.
- <sup>144</sup> Vgl. Europa – mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2014, 144 S.
- <sup>145</sup> Ebenda, S. 96.
- <sup>146</sup> Vgl. ebenda, S. 7.
- <sup>147</sup> Ebenda.
- <sup>148</sup> Ebenda.
- <sup>149</sup> Ebenda.
- <sup>150</sup> Ebenda, S. 119.
- <sup>151</sup> Ebenda, S. 115.
- <sup>152</sup> Ebenda, S. 110.
- <sup>153</sup> Vgl. ebenda, S. 48.
- <sup>154</sup> Ebenda, S. 10.
- <sup>155</sup> Ebenda, S. 23.
- <sup>156</sup> Vgl. ebenda, S. 15.
- <sup>157</sup> Ebenda, S. 24.
- <sup>158</sup> Ebenda, S. 57.
- <sup>159</sup> Ebenda, S. 62.
- <sup>160</sup> Vgl. Velten Schäfer: Eine Partei in vollem Harnisch. Die Grünen und die Krise in der Ukraine. In: Neues Deutschland, Berlin, 18.03.2014.
- <sup>161</sup> Vgl. Rebecca Harms und Ralf Fücks: Russland, die Ukraine und wir (06.03.2014). URL: <http://www.gruene.de/themen/meinungsseite-ukraine/rebecca-harms-und-ralf-fuecks-russland-die-ukraine-und-wir.html> (abgerufen am 05.09.2014).
- <sup>162</sup> Ebenda.
- <sup>163</sup> Ebenda.
- <sup>164</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 01.09.2014.
- <sup>165</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 02.09.2014.
- <sup>166</sup> Zit. in: SPIEGEL ONLINE, Hamburg, 01.09.2014.
- <sup>167</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 04.09.2014.
- <sup>168</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 02.09.2014.
- <sup>169</sup> Naher Osten: Auch der Westen hat „islamische Bewegungen stark“ gemacht (Interview mit Jürgen Trittin). In: Deutschlandradio Kultur, Köln – Berlin, 03.09.2014. URL: [http://www.deutschlandradiokultur.de/naher-osten-auch-der-westen-hat-islamische-bewegungen-stark.1008.de.html?dram:article\\_id=296401](http://www.deutschlandradiokultur.de/naher-osten-auch-der-westen-hat-islamische-bewegungen-stark.1008.de.html?dram:article_id=296401) (abgerufen am 04.09.2014).

---

<sup>170</sup> Vgl. ebenda.

<sup>171</sup> Vgl. taz – die tageszeitung, Berlin, 20./21.09.2014 und 22.09.2014; Neues Deutschland, Berlin, 20./21.09.2014.

<sup>172</sup> Grüne: „Ein rabenschwarzer Tag“ (Interview mit Claudia Roth). In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2014, Nr. 39 (vom 22.09.2014), S. 19.

<sup>173</sup> Ebenda.

<sup>174</sup> Zit. in: taz – die tageszeitung, Berlin, vom 25.06.2014.

<sup>175</sup> Gérard Bökenkamp: *Raider* heißt jetzt *Twix*. Politik: Grüne und Freiheit. In: liberal, Hrsg.: Friedrich-Naumann-Stiftung, Berlin, 2014, Nr. 4, S. 34.

<sup>176</sup> Vgl. wahl.tagesschau.de: Europawahl 2014. Aussagen zu den Parteien. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/umfrage-aussagen.shtml> (abgerufen am 03.08.2014).

<sup>177</sup> Bullerbü (Interview mit Robert Habeck). In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 06.10.2013.

<sup>178</sup> Vgl. Ludger Volmer: Die Party ist vorbei! a.a.O.

<sup>179</sup> Vgl. Jochen Weichold: Abschied von der Zukunft. Zur Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Berlin vom 15. bis zum 17. März 2002 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Text der Woche, 13/2002). URL: <http://www.rosalux.de/publication/13675/abschied-von-der-zukunft.html> (abgerufen am 18.08.2014).

<sup>180</sup> Bereits im Januar 2014 hatte der *Grünen*-Politiker Reinhard Loske, von 2007 bis 2011 Umweltsenator in Bremen, in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gefragt, ob die Zukunft der *Grünen* nicht in einem neuen Liberalismus liege. Drei linke Parteien brauche Deutschland nicht, das politische Erbe des Liberalismus liege dagegen hierzulande brach und harre der Aneignung. Vgl. Reinhard Loske: Liegt die Zukunft der Grünen in einem neuen Liberalismus? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 14.01.2014.

<sup>181</sup> Zit. in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 08.06.2014.

<sup>182</sup> Vgl. ebenda.

<sup>183</sup> Zit. in: ebenda.

<sup>184</sup> Vgl. Aert van Riel: Grüne Lockerungsübungen. Partei und Bundestagsfraktion suchen bei einem Kongress nach ihrem Freiheitskonzept. In: Neues Deutschland, Berlin, 22.09.2014. – Ende Dezember 2013 hatten Bundestagsabgeordnete der *Grünen* und weitere Mitglieder beider Parteiflügel ein Kompromiss-Papier mit dem Titel „Die Farbe der Freiheit ist grün“ vorgelegt, in dem sie sich darüber äußerten, wie ein Liberalismus jenseits der FDP aussehen könnte – allerdings ohne dazu neue Ideen zu liefern. Vgl. Die Farbe der Freiheit ist grün. URL: <http://www.gruen-und-frei.de/die-farbe-der-freiheit-ist-gruen/> (abgerufen am 24.09.2014).

<sup>185</sup> Grüne beharren auf höheren Steuern (Interview mit Simone Peter). In: Die Welt am Sonntag, Berlin, 03.08.2014. URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article130820051/Gruene-beharren-auf-hoeheren-Steuern.html> (abgerufen am 03.08.2014).

<sup>186</sup> Ebenda.

<sup>187</sup> Ebenda.

<sup>188</sup> Vgl. Markus Wehner: Jetzt mal vielleicht eher ohne Zeigefinger. Die Grünen kämpfen um ihre Zukunft. Göring-Eckardt schlägt irgendwas irgendwo ein – so was wie Pflöcke in so was wie Mitte. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 24.08.2014.

<sup>189</sup> Zit. in: ebenda.

<sup>190</sup> Zit. in: ebenda.

<sup>191</sup> Zit. in: taz – die tageszeitung, Berlin, 26.08.2014.

<sup>192</sup> Vgl. Franziska Brantner und Michael Kellner: Kinder sind unsere Großprojekte, nicht die Ehe (veröffentlicht am 25. August 2014 um 18:41 Uhr). URL: <http://michael-kellner.info/2014/08/25/kinder-sind-unsere-grossprojekte-nicht-die-ehe/> (abgerufen am 03.09.2014).

<sup>193</sup> Ebenda.

<sup>194</sup> Vgl. ebenda.

<sup>195</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 04.09.2014.

- 
- <sup>196</sup> Vgl. Stuttgarter Zeitung (Online-Ausgabe), Stuttgart, 20.08.2014. URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.unternehmen-schuetzen-kretschmann-mahnt-zur-ruecksicht.4b073c5d-7c90-4a2b-a25e-44612d6c1be7.html> (abgerufen am 04.09.2014).
- <sup>197</sup> Nachhaltig aus der Schuldenkrise – für eine finanzpolitische Zeitenwende. Bericht der finanzpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung (Reihe: Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 14), hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2014, S. 89. URL: <http://www.boell.de/de/2014/10/04/nachhaltig-aus-der-schuldenkrise-fuer-eine-finanzpolitische-zeitenwende> (abgerufen am 10.10.2014).
- <sup>198</sup> Vgl. Freiräume schaffen und schützen. Thesen zur grünen Freiheitsdebatte von Kerstin Andreae, Theresia Bauer, Danyal Bayaz, Stefan Benzing, Anna Christmann, Stephan Ertner, Jochen Hefer. URL: <http://kerstin-andreae.de/gruene-politik/meine-arbeit/detail/nachricht/freiraeume-schaffen-und-schuetzen.html> (abgerufen am 04.09.2014).
- <sup>199</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 04.09.2014.
- <sup>200</sup> Michael Kellner: Freiheit und Selbstbestimmung. Thesenpapier (vom 2. September 2014, um 6:59 Uhr), S. 1. URL: <http://michael-kellner.info/2014/09/02/freiheit-und-selbstbestimmung/> (abgerufen am 04.09.2014).
- <sup>201</sup> Ebenda, S. 3.
- <sup>202</sup> Grüner Neuaufbruch – grün. links. libertär (posted on August 24, 2014 by Robert Zion), S. 2. URL: <http://robert-zion.de/?p=149> (abgerufen am 26.08.2014).
- <sup>203</sup> Ebenda.
- <sup>204</sup> Vgl. ebenda, S. 3.
- <sup>205</sup> Ebenda, S. 4.
- <sup>206</sup> Ebenda.
- <sup>207</sup> Ebenda.
- <sup>208</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>209</sup> Ebenda, S. 2.
- <sup>210</sup> Ebenda, S. 5.
- <sup>211</sup> Zit. in: Die Welt, Berlin, 10.07.2014.
- <sup>212</sup> Zit. in: Neue Osnabrücker Zeitung, Osnabrück, 26.07.2014. – Vgl. auch taz – die tageszeitung, Berlin, 28.07.2014.
- <sup>213</sup> Zit. in: Neue Osnabrücker Zeitung, Osnabrück, 26.07.2014. – Vgl. auch taz – die tageszeitung, Berlin, 28.07.2014.
- <sup>214</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 04.08.2014.
- <sup>215</sup> Grüne beharren auf höheren Steuern (Interview mit Simone Peter), a.a.O.
- <sup>216</sup> Wie viel Opposition muss sein? (Doppelinterview mit Gregor Gysi und Anton Hofreiter), a.a.O.
- <sup>217</sup> Daniel Cohn-Bendit: Wer vom Totalitarismus schweigt, sollte auch nicht über die Freiheit reden. In: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Frankfurt am Main, 2001, Nr. 3, S. 8.
- <sup>218</sup> Michael Kellner: Freiheit und Selbstbestimmung, a.a.O., S. 1.
- <sup>219</sup> Saskia Richter: Paradoxie gesellschaftlicher Revolutionen. Wie Grüne und Piraten den Zeitgeist verloren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 2013, Nr. 48-49, S. 32.
- <sup>220</sup> Ebenda.
- <sup>221</sup> Vgl. Cem Özdemir: Geleitwort. In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Eine Debatte, Wiesbaden 2011, S. 9.
- <sup>222</sup> Vgl. Hubert Kleinert: Voraussetzungen und Grenzen schwarz-grüner Optionen. In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün, a.a.O., S. 189/190.
- <sup>223</sup> Krista Sager: Wer die fremde Nachbarsfrau einmal schön redet... In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün, a.a.O., S. 439.
- <sup>224</sup> Hermann Gröhe: Geleitwort. In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün, a.a.O., S. 14. – Gröhe war zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Bandes Generalsekretär der CDU.

- 
- <sup>225</sup> Claus Leggewie: Zu spät. Abgang eines Hirngespinnst in drei kurzen Akten. In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün, a.a.O., S. 155.
- <sup>226</sup> Vgl. Franz Walter: Riskante Überbürgerlichkeit. In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün, a.a.O., S. 140.
- <sup>227</sup> Ebenda, S. 142.
- <sup>228</sup> Ebenda, S. 134.
- <sup>229</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>230</sup> Krista Sager: Wer die fremde Nachbarsfrau einmal schön redet..., a.a.O., S. 444.
- <sup>231</sup> „Helden oder Deppen“ (Interview mit Tarek Al-Wazir). In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2013, Nr. 49 (vom 02.12.2013), S. 41.
- <sup>232</sup> Hubert Kleinert: Voraussetzungen und Grenzen schwarz-grüner Optionen, a.a.O., S. 188.
- <sup>233</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>234</sup> Helmut Wiesenthal: Auf dem Weg in die Regierung? Die Grünen vor der Bundestagswahl. In: Kommune, Frankfurt am Main, 2012, Nr. 3, S. 11.
- <sup>235</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>236</sup> Hubert Kleinert: Voraussetzungen und Grenzen schwarz-grüner Optionen, a.a.O., S. 187.
- <sup>237</sup> Vgl. DER SPIEGEL. Bundestagswahl 2013 SPEZIAL, a.a.O., S. 21.
- <sup>238</sup> Vgl. Bundestagswahl 2009, 27. September 2009. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD. Willy-Brandt-Haus – Referat Konkurrenzbeobachtung / Forschung / Analysen, [Berlin], 28. September 2009, S. 15.
- <sup>239</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, a.a.O., S. 23.
- <sup>240</sup> Vgl. Horst Kahrs: Deutungen und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl [2013] aus linker Sicht, a.a.O., S. 15. – 990.000 Wähler, die 2009 den *Grünen* ihre Stimme gegeben hatten, wählten 2013 die SPD; 440.000 Wähler, die 2009 die SPD gewählt hatten, gaben 2013 ihre Stimme den *Grünen*. 560.000 Wähler, die 2009 *Die Grünen* gewählt hatten, gaben 2013 ihre Stimme der CDU/CSU; 140.000 Wähler, die 2009 für die CDU/CSU gestimmt hatten, wählten 2013 *Die Grünen*. 2.460.000 Wähler, die 2009 die FDP gewählt hatten, gaben 2013 ihre Stimme der CDU/CSU; 350.000 Wähler, die 2009 die Union gewählt hatten, stimmten 2013 für die FDP. 580.000 Wähler, die 2009 die FDP gewählt hatten, gaben 2013 ihre Stimme der SPD; 50.000 Wähler, die 2009 die SPD gewählt hatten, stimmten 2013 für die FDP. Vgl. ebenda.
- <sup>241</sup> Krista Sager: Wer die fremde Nachbarsfrau einmal schön redet..., a.a.O., S. 450.
- <sup>242</sup> Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock: Wie aus Gegensätzen Optionen wurden. Ein Beitrag zur Debatte um Schwarz und Grün. In: Volker Kronenberg / Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün, a.a.O., S. 18.
- <sup>243</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. URL: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/gewaehlte/partei/gewaehlte\\_partei\\_5.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/gewaehlte/partei/gewaehlte_partei_5.html) (abgerufen am 12.07.2014); Bündnis 90/Die Grünen. Bundestagsfraktion. Vorstand. URL: [http://www.gruene-bundestag.de/fraktion/vorstand\\_ID\\_4377984.html](http://www.gruene-bundestag.de/fraktion/vorstand_ID_4377984.html) (abgerufen am 03.08.2014); [http://www.gruene-bundestag.de/fraktion/organisation\\_ID\\_2000014.html](http://www.gruene-bundestag.de/fraktion/organisation_ID_2000014.html) (abgerufen am 09.08.2014); Neues Deutschland, Berlin, 21./22.12.2013.
- <sup>244</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2014 – 25.05.2014. URL: <http://m.bundeswahlleiter.de/gewaehlte.html> (abgerufen am 12.07.2014).
- <sup>245</sup> Erstellt nach Angaben von Infratest dimap. Quelle: wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Sachsen 2014. Analysen Wählerwanderung. Wanderung Grüne. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 01.09.2014).
- <sup>246</sup> Erstellt nach Angaben von Infratest dimap. Quelle: wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Brandenburg 2014. Analysen Wählerwanderung. Wanderung Grüne. URL: [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml#15\\_Wanderung\\_GRÜNE](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_GRÜNE) (abgerufen am 22.09.2014).
- <sup>247</sup> Erstellt nach Angaben von Infratest dimap. Quelle: wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Thüringen 2014. Analysen Wählerwanderung. Wanderung Grüne. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen am 14.09.2014).

---

<sup>248</sup> Zusammengestellt nach: Benjamin-Immanuel Hoff: Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014. Wahlrechtbericht, [Berlin 2014], S. 30. URL: <http://www.rosalux.de/publication/40784/ergebnisse-der-landtagswahl-in-thueringen-am-14-september-2014.html> (abgerufen am 15.09.2014), Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlrechtbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, Berlin, 01.09.2014, S. 29. URL: <http://www.benjamin-hoff.de/article/3829.die-ergebnisse-der-landtagswahl-2014-in-sachsen-8211-wahlrechtbericht-und-update-der-ersten-analyse-von-horst-kahrs.html> (abgerufen am 02.09.2014); wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Brandenburg 2014. Umfragen: Wer wählte was? URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/umfrage-werwas.shtml> (abgerufen am 21.09.2014); wahl.tagesschau.de: Landtagswahl Brandenburg 2014. Umfragen: Wähler nach Altersgruppen. URL: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/umfrage-alter.shtml> (abgerufen am 21.09.2014); Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 31. August 2014 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 157), Mannheim, September 2014, S. 40, 41, 44, 49, 78, 80 und 84; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 158), Mannheim, Oktober 2014, S. 32, 33, 36, 41, 70, 72 und 76; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 159), Mannheim, Oktober 2014, S. 32, 33, 35, 39, 41, 68, 70 und 74.

<sup>249</sup> in Brandenburg 16 bis 24 Jahre.

<sup>250</sup> 18 Prozent der 16- bis 17-Jährigen, die in Brandenburg 2014 erstmals wählen durften, entschieden sich für *Die Grünen*. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, a.a.O., S. 70.